

SITUATIONS- UND RESSOURCENANALYSE DER PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE DES LANDKREISES GÖRLITZ

(Ohne Städte Görlitz, Zittau und Weißwasser)

BERLIN 2026

CAMINO

Im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie des Landkreises Görlitz

Gefördert vom im Rahmen des Bundesprogramms

sowie vom Landkreis Görlitz

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMBFSFJ bzw. des BAFzA und des Landkreises Görlitz dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

INHALTSVERZEICHNIS

1 EINLEITUNG 5

2 METHODISCHES VORGEHEN 6

3 KONTEXTUALISIERUNGEN 7
3.1 Bundesweiter Kontext 7
3.2 Lokaler Kontext 7
3.2.1 Demokratische Bildung und Demokratiearbeit in ländlichen Räumen Sachsens 10
3.3 Die Partnerschaft für Demokratie 11

4 HERAUSFORDERUNGEN IN BEZUG AUF DIE LEBENSWELT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN 12
4.1 Alltag, Freizeit und soziale Einbindung 12
4.1.1 Freizeit und Treffpunkte Jugendlicher 14

5 HERAUSFORDERUNGEN IN BEZUG AUF KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG 15
5.1 Übergreifende Zugänge und Bedingungen von Beteiligung 15
5.1.1 Strukturelle Bedingungen und Herausforderungen 16
5.2 Kommunale Beteiligung 17
5.2.1 Kommunale Kinderbeteiligung 18
5.2.2 Kommunale Jugendbeteiligung 19
5.3 Beteiligung in Vereinen und Feuerwehren 19
5.4 Beteiligung in Kitas und Schulen 20
5.5 Präventive Potenziale von Kinder- und Jugendbeteiligung 20

6 HERAUSFORDERUNGEN IN BEZUG AUF EXTREMISMUS 22
6.1 Rechtsextremismus 22
6.1.1 Strukturen, Erscheinungsformen und Dynamiken 23
6.1.2 Rechtsextreme Straftaten, Gewalt und Einschüchterungsdynamiken 24
6.1.3 Aktuelle Erscheinungsformen und Dynamiken im Jugendkontext 25
6.1.4 Gesellschaftliche Einbettung rechtsextremer Einstellungen und Strukturen 27
6.2 Reichbürger*innen bzw. Selbstverwalter*innen 29
6.2.1 Strukturen, Erscheinungsformen und Dynamiken 29
6.2.2 Schulpflichtverletzungen und elternveranlasster Schulentzug 30

7 RESSOURCEN UND POTENZIALE 31
7.1 Akteurslandschaft und Strukturen 31
7.1.1 Partnerschaft für Demokratie als Förder-, Beratungs- und Vernetzungsstruktur 31
7.1.2 Kommunale Akteur*innen und Strukturen 34
7.1.3 Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendverbände 35
7.1.4 Zivilgesellschaft, Vereine und kirchliche Träger 36
7.1.5 Bildungsinstitutionen 37
7.1.6 Netzwerke und Kooperationsstrukturen 38
7.1.7 Überregionale Fach- und Beratungsakteur*innen 39

7.1.8 Unternehmen und Stiftungen 40

7.1.9 Räumliche Schwerpunkte vorhandener Ressourcen 40

7.2 Potenziale und Erfahrungen 41

7.2.1 Vielfältige Beteiligungserfahrungen 41

7.2.2 Strukturwandel und Zukunftsthemen als Anknüpfungspunkte für Beteiligung 43

7.2.3 Erfahrungen mit erfolgreicher gemeinsamer Problembearbeitung im Kontext Rechtsextremismus und Reichsbürger*innen 44

8 STRATEGIEN, BEDARFE UND EMPFEHLUNGEN 46

9 LITERATURVERZEICHNIS 48

10 ANHANG 52

10.1 Projektübersicht 2023 52

10.2 Projektübersicht 2024 54

10.3 Projektübersicht 2025 57

10.4 Projektübersicht 2026 60

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Planungsräume im Landkreis Görlitz 9

Abbildung 2: Netzwerkkarte der PfD des Landkreises Görlitz 32

Abbildung 3: Verteilung von PfD-Projekten im Landkreis 34

Abbildung 4: Eindrücke lokaler Kinder- und Jugendbeteiligung 41

Abbildung 5: Medienbildung für Jugendliche 44

1 EINLEITUNG

Mit den Partnerschaften für Demokratie (PfD) werden im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) Kommunen gefördert und dabei unterstützt, Maßnahmen zur Stärkung von Demokratie, Vielfalt und Toleranz in Zusammenarbeit mit relevanten Akteur*innen vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Im Mittelpunkt steht dabei eine partizipative und gemeinwesenorientierte Arbeitsweise. Verwaltung, Kommunalpolitik und engagierte Zivilgesellschaft bringen ihre jeweiligen Perspektiven und Erfahrungen ein und arbeiten gemeinsam an der Bearbeitung lokaler Herausforderungen.

Für die dritte Förderperiode des Bundesprogramms ist die Erarbeitung einer Situations- und Ressourcenanalyse vorgesehen. Vor diesem Hintergrund beauftragte die PfD des Landkreises Görlitz Camino im Sommer 2026 mit der Durchführung der vorliegenden Untersuchung. Die Analyse nimmt zentrale lokale Problemlagen in den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention in den Blick und arbeitet zugleich vorhandene Ressourcen sowie bestehende Unterstützungsstrukturen heraus. Auf dieser Grundlage sollen die weitere strategische Ausrichtung der PfD Landkreis Görlitz unterstützt und Ansatzpunkte für die Entwicklung eines bedarfsorientierten Handlungskonzepts gewonnen werden.

Die Analyse folgt einem multiperspektivischen Ansatz. Unter der Annahme, dass unterschiedliche Akteur*innen vor Ort über spezifische Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Entwicklungen im Landkreis Görlitz verfügen, stützt sich der Bericht auf Einschätzungen und Perspektiven von Fachkräften aus verschiedenen Handlungsfeldern sowie einzelnen ehrenamtlich Engagierten aus Initiativen, Netzwerken und Vereinen sowie kommunalpolitischen Akteur*innen, die sich für ein demokratisches Zusammenleben im Landkreis einsetzen.

Der Bericht ist folgendermaßen aufgebaut: Zunächst werden das methodische Vorgehen erläutert und der bundesweite gesellschaftliche sowie lokale Kontext skizziert. Anschließend wird die aktuelle Situation in den Bereichen Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention mit Blick auf bestehende Herausforderungen und Problemlagen betrachtet. Im Fokus stehen dabei die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, Kinder- und Jugendbeteiligung sowie einzelne Themenfelder im Bereich des Extremismus (Rechtsextremismus und Selbstverwalter*innen). Darauf aufbauend richtet sich der Fokus auf vorhandene Ressourcen, darunter die lokale Akteurslandschaft, sowie auf bestehende Strukturen, bisherige Erfahrungen und Potenziale. Den Abschluss bilden daraus abgeleitete Handlungsbedarfe und erste Handlungsempfehlungen.

2 METHODISCHES VORGEHEN

Die Situations- und Ressourcenanalyse basiert auf einem multiperspektivischen und multimethodischen Vorgehen, das in enger Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt der PfD Landkreis Görlitz entwickelt und realisiert wurde.

Zur Erfassung des lokalen Kontextes wurde eine Dokumentenanalyse durchgeführt. Dabei wurden vom Auftraggeber bereitgestellten Unterlagen ausgewertet (u.a. Kriminalitäts- und Sozialdaten, Studien und Statistiken mit regionalem Bezug, Dokumente der PfD sowie eine Auswahl an lokaler Berichterstattung). In Abstimmung mit der PfD wurden darauf aufbauend folgende thematischen Schwerpunkte der Situations- und Ressourcenanalyse definiert:

- Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen,
- Kinder- und Jugendbeteiligung sowie
- Extremismus (Rechtsextremismus und Reichbürger*innen bzw. Selbstverwalter*innen).

Die leitfadengestützten Fokusgruppen und Interviews wurden mit Akteur*innen aus verschiedenen Handlungsfeldern[1] (darunter Kommunalpolitik und Verwaltung, Kinder- und Jugendarbeit, Beratung und Bildungsarbeit, Feuerwehr sowie regionale Entwicklung und lokale Zivilgesellschaft) geführt und griffen die definierten Themenschwerpunkte auf. Die drei themenspezifischen Fokusgruppen (FG1 zu jugendlichen Lebenswelten und Jugendbeteiligung, FG2 zur Extremismusprävention, FG3 zur Lebenswelt von Kindern und Kinderbeteiligung) fanden im Juli 2026 im Landratsamt in Görlitz statt. Teilgenommen haben Fach- und Praxisakteur*innen aus Verwaltung, Kinder- und Jugendhilfe, frühkindlicher Bildung, politischer Bildung und Demokratiearbeit, Zivilgesellschaft, Feuerwehrwesen und Stadtentwicklung. Die Fokusgruppen umfassten jeweils vier bis sieben Teilnehmer*innen und dauerten jeweils zwei Stunden.

Ergänzend wurden drei themenzentrierte Online-Interviews (I1 bis I3) zur Vertiefung einzelner Fragestellungen und zum Schließen inhaltlicher Lücken geführt. Interviewt wurden eine Fachkraft aus der Kinderbeteiligung, eine Fachkraft der Landkreisverwaltung im Bereich Extremismusprävention sowie eine kommunale Leitungsperson aus einer kreisangehörigen Kommune.

Im September 2026 fand im Landratsamt des Landkreises in Görlitz ein Werkstattgespräch statt. Insgesamt nahmen rund 15 Personen teil, darunter Teilnehmer*innen der Fokusgruppen und Interviews sowie weitere Personen aus der kommunalen und Kreisverwaltung, der Kinder- und Jugendarbeit, dem Bildungsbereich, der Zivilgesellschaft und Soziokultur, der Demokratie- und Extremismusprävention sowie der Stadt- und Regionalentwicklung. Ziel des Werkstattgesprächs war es, die bisherigen Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse vorzustellen, gemeinsam zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Nach einer Begrüßung durch das Jugendamt des Landkreises Görlitz (vertreten durch die Leiterin des Sachgebiets Kinder, Jugend und Familie) präsentierte Camino zentrale Zwischenergebnisse. Im Anschluss fand ein World Café in Form von drei Thementischen (Kinder- und Jugendbeteiligung, Extremismus, Ressourcen) statt. Dabei wurden bestehende Problemlagen vertieft, ergänzt und diskutiert. Zudem wurden weitere Ressourcen sowie Handlungsansätze gesammelt und weiterentwickelt. Das Werkstattgespräch lieferte inhaltliche Ergänzungen und trug dazu bei, die bisherigen Ergebnisse zu schärfen und zu präzisieren.

Aufgrund der Größe und Heterogenität des Fördergebiets sowie des begrenzten Untersuchungszeitraums von rund vier Monaten kann die Analyse nur einen ausschnitthaften Einblick in die regionalen Strukturen und Entwicklungen geben. Sie erhebt daher keinen Anspruch auf eine flächendeckende oder umfassende Bestandsaufnahme, sondern bündelt zentrale Befunde und wiederkehrende Einschätzungen aus den erhobenen Daten.

[1] Dabei waren Perspektiven aus Verwaltung und professionellen Fachstrukturen stärker vertreten als solche aus Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen.

3 KONTEXTUALISIERUNGEN

Folgend wird zunächst die aktuelle Situation in der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf die Themenfelder der Analyse skizziert. Hierauf wird der lokale Kontext des Fördergebiets der Partnerschaft für Demokratie (PfD) beschrieben und abschließend die PfD des Landkreises Görlitz kurz vorgestellt.

3.1 BUNDESWEITER KONTEXT

Aktuelle Befunde zeigen deutliche Unterschiede darin, wie Kinder und Jugendliche Mitbestimmung in verschiedenen Lebensbereichen erleben. Die Ergebnisse lassen ein offenkundiges Gefälle zwischen Beteiligung im unmittelbaren persönlichen Umfeld (z.B. in der Familie) und Mitbestimmung im weiteren sozialen und kommunalen Umfeld (z.B. im eigenen Ort) erkennen (Stegemann/Keltek 2025). Beteiligung und Einbindung in kommunale Strukturen gelten als wichtige Faktoren, welche die regionale Bindung stärken können und damit ein Bleiben oder eine Rückkehr in ländliche Räume wahrscheinlicher machen (Fehser/Tillmann/Reißig 2024, 103; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2024).

Bundesweite Einstellungsstudien verweisen zudem übereinstimmend auf wachsende Spannungen in der politischen Kultur Deutschlands (Decker et al. 2024; Zick et al. 2025). In der Mitte-Studie 2024/25 äußern z.B. 21,5 % der Befragten Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen wie Behörden, Gerichten und Universitäten (Zick et al. 2025). Auch die Leipziger Autoritarismus-Studie zeigt, dass die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie deutlich stärker ausgeprägt ist als die Zufriedenheit mit ihrer konkreten Ausgestaltung und Funktionsweise. Viele Befragte erleben sich als politisch wenig wirksam: 71,7 % stimmen der Aussage zu, Menschen wie sie hätten keinen Einfluss darauf, was die Regierung tue, für Ostdeutschland sind es 77,8 % (Decker et al. 2024). Gesellschaftliche Transformationsprozesse, ökonomische Unsicherheiten und Zukunftsängste, aber auch Vertrauensverluste in demokratische Institutionen bilden dabei einen Kontext, in dem autoritäre, menschenfeindliche oder verschwörungsideologische Deutungsmuster an Anschlussfähigkeit gewinnen können (Decker et al. 2024).

Rechtsextreme Einstellungen ergeben eine weitergehende Form demokratiefeindlicher Orientierung. Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild weisen 4,5 % der Befragten der Leipziger Autoritarismus-Studie 2024 und 3,3 % der Befragten der Mitte-Studie 2024/25 auf (Decker et al. 2024; Zick et al. 2025). Rund jede fünfte befragte Person (20,6 %) bewegt sich hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen im Graubereich, stimmt entsprechenden Aussagen also weder eindeutig zu noch lehnt sie diese klar ab (Zick et al. 2025).

3.2 LOKALER KONTEXT

Der Landkreis Görlitz ist ein heterogener, maßgeblich ländlich geprägter Landkreis im Osten Sachsens. Aktuell leben im Landkreis 241.749 Einwohner*innen (Stand 2025 (Landkreis Görlitz 2025a)). Mit einer Fläche von 2.111,41 km² und rund 85 km Nord-Süd-Ausdehnung ist er der flächenmäßig drittgrößte Landkreis Sachsens. Innerhalb des Landkreises liegen 53 Städte und Gemeinden. Die Stadt Görlitz ist rund 50.000 Einwohner*innen die mit Abstand größte Kommune im Landkreis. Weitere größere Kommunen sind Zittau, Weißwasser/Oberlausitz, Löbau, Ebersbach-Neugersdorf und Niesky (Bertelsmann Stiftung 2023a). Die Städte Görlitz, Zittau und Weißwasser verfügen über eigene Partnerschaften für Demokratie, entsprechend umfasst das Fördergebiet der PfD des Landkreises Görlitz maßgeblich ländlichere Räume mit 50 Gemeinden bzw. Städten im Fördergebiet. Der Transformationsprozess bzw. Strukturwandel im Zuge des Kohleausstiegs im Norden sowie die Grenzlage zu Polen und Tschechien prägen den Landkreis zusätzlich räumlich.

Zunächst wird der demografische und soziale Kontext des Landkreises als Ganzes beschrieben[2], anschließend werden einige Rahmenbedingungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit der einzelnen Planungsräume des Landkreises dargestellt.

Der demografische Wandel prägt die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis. Seit 2011 ist die Bevölkerung insgesamt um 7,2 % zurückgegangen, in den vergangenen fünf Jahren um 2,5 %. Auffällig ist, dass der Landkreis Görlitz trotz eines positiven Wanderungssaldos von 7,8 je 1.000 Einwohner*innen weiter von einem Bevölkerungsrückgang geprägt ist. Grund dafür ist der deutlich negative natürliche Saldo. Die Wanderungsdaten zeigen positive Salden bei Familien, älteren Menschen und Personen zu Beginn der zweiten Lebenshälfte, während die Bildungswanderung mit -22,4 je 1.000 Einwohner*innen deutlich negativ ausfällt. Dies spricht dafür, dass vor allem junge Menschen in Ausbildungs-, Studien- oder Berufseinstiegsphasen den Landkreis verlassen (Bertelsmann Stiftung 2023a).

Die Alterung der Bevölkerung im Landkreis ist stark ausgeprägt. Das Medianalter liegt bei 53,8 Jahren, über dem sächsischen Wert von 48,1 Jahren (Bertelsmann Stiftung 2023e). Unter 18-Jährige machen 15,6 % der Bevölkerung aus, während 20,4 % der Bevölkerung zwischen 65 und 79 Jahre alt sind und weitere 10,8 % 80 Jahre oder älter (Bertelsmann Stiftung 2023a).

Im Landkreis Görlitz leben 18.134 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Das entspricht einem Anteil von 7,3 % an der Gesamtbevölkerung und liegt damit etwas unter dem sächsischen Wert von 8,1 % (Bertelsmann Stiftung 2023f). In den jüngeren Altersgruppen fällt der Anteil höher aus. Unter den unter 15-Jährigen betrug er 12,0 %, bei den 15- bis 24-Jährigen 12,4 % (Bertelsmann Stiftung 2023c). Die Übersicht des Landkreises Görlitz zum Bereich Asyl- und Ausländerrecht (Landkreis Görlitz 2026) weist mehrere ausländerrechtliche Gruppen aus. Bezogen auf die in der Übersicht genannten Gruppen entfallen rechnerisch rund 39,7 % auf EU-Ausländer*innen, 38,1 % auf sonstige Ausländer*innen mit Aufenthaltserlaubnis, 15,5 % auf ukrainische Flüchtlinge sowie 6,7 % auf asylsuchende Personen und Kontingentflüchtlinge[3].

Der Landkreis Görlitz weist verschiedene Indikatoren sozialer Belastung auf. Die SGB-II-Quote lag mit 10,2 % über den Vergleichswerten für Sachsen (8,2 %) und Deutschland (8,3 %). Auch die ALG-II-Quote befand sich mit 9,2 % über dem Landes- und Bundeswert. Die Kinderarmut fiel mit 14,1 % leicht höher aus als in Sachsen und Deutschland; die Jugendarmut lag mit 12,6 % ebenfalls über dem sächsischen Wert und etwa auf Höhe des Bundesdurchschnitts (Bertelsmann Stiftung 2023d).

Daneben weist der Landkreis hohe institutionelle Betreuungsquoten im Kindesalter auf. Bereits bei den unter 3-Jährigen lag die Betreuungsquote bei 51,3 %, bei den 3- bis 5-Jährigen bei 91,1 %. Auch im Grundschulalter ist die Betreuung stark verankert: 81,8 % der 5- bis 10-Jährigen wurden in einer Tageseinrichtung betreut. Im schulischen Bereich zeigt sich eine starke Bedeutung mittlerer Bildungswege. 8,6 % verließen die Schule ohne Hauptschulabschluss (Bertelsmann Stiftung 2023b).

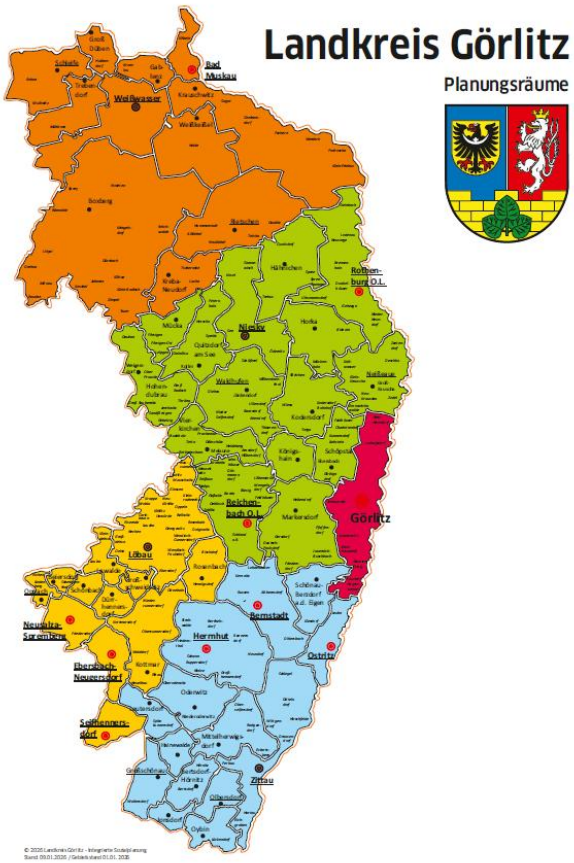
Ebenfalls außerhalb der größeren Städte ist das gesellschaftliche Leben im Landkreis durch Vereine und ehrenamtliche Strukturen geprägt. Dazu gehören unter anderem Heimat-, Kultur-, Sport- und Feuerwehrvereine sowie kleinere Kultur- und Bildungsorte. Einen institutionellen Rahmen für die Kulturlandschaft bildet der Kulturraum Oberlausitz-Niederschlesien, der unter anderem Einrichtungen und Angebote in den Bereichen Soziokultur, Museen, Bibliotheken und kulturelle Bildung fördert. Auf das ehrenamtliche Engagement verweist auch das Ehrenamtsbudget des Landkreises, aus dem 2025 insgesamt 424 Projekte gefördert wurden (Landkreis Görlitz o.J.a).

[2] Die demografischen, Sozial- und Bildungsdaten stammen aus dem Wegweiser Kommune und beziehen sich auf das Jahr 2023 (Bertelsmann Stiftung 2023a; b; c; d).

[3] Insgesamt umfasst diese Darstellung 25.710 Personen. Die Angaben zu EU-Ausländer*innen und sonstigen Ausländer*innen mit Aufenthaltserlaubnis beziehen sich auf den Datenstand vom 30. April 2026.

Landrat des Landkreises Görlitz ist seit 2022 Dr. Stephan Meyer (CDU), der sich im zweiten Wahlgang mit 56,5 % der Stimmen durchsetzte (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2022). Das politische Umfeld des Landkreises ist durch hohe Stimmenanteile der AfD geprägt. Bei der Bundestagswahl 2025 wurde sie mit 46,7 % der Zweitstimmen mit deutlichem Abstand stärkste Kraft; es folgten CDU mit 19,8 % und BSW mit 9,0 % (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2025). Bei der Landtagswahl 2024 fiel der Abstand geringer aus: Im Kreisgebiet entfielen rund 39,3 % der Listenstimmen auf die AfD, 33,9 % auf die CDU und 10,8 % auf das BSW (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024a). Auch bei der Kreistagswahl 2024 wurde die AfD mit 36,1 % stärkste Kraft, gefolgt von der CDU mit 23,6 %, den FREIEN WÄHLERN KV Görlitz mit 11,7 % und dem BSW mit 10,4 % (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2024b). Das Ergebnis verweist zugleich auf die Relevanz kommunaler Wählervereinigungen neben den überregionalen Parteien. Innerhalb des Landkreises zeigen sich deutliche räumliche Unterschiede. Der Stimmenanteil der AfD variierte bei der Kreistagswahl zwischen 31,2 % im Wahlkreis Zittau/Mittelherwigsdorf und 42,5 % im nördlichen Wahlkreis um Weißwasser und Bad Muskau.

Abbildung 1: Planungsräume im Landkreis Görlitz



Der heutige Landkreis Görlitz entstand 2008 aus dem Niederschlesischen Oberlausitzkreis, dem Landkreis Löbau-Zittau und der zuvor kreisfreien Stadt Görlitz (Landkreis Görlitz o.J.b). Damit wurden historisch und administrativ unterschiedlich geprägte Teilräume zusammengeführt. Für die Sozialplanung wird der Landkreis in fünf Planungsräume [4] gegliedert. Planungsraum 1 (orange) umfasst den nördlichen Raum um Weißwasser, Planungsraum 2 (grün) den Raum um Niesky, Rothenburg/O.L. und Reichenbach/O.L., Planungsraum 3 (rot) die Stadt Görlitz, Planungsraum 4 (gelb) den Raum um Löbau, Ebersbach-Neugersdorf, Seifhennersdorf und Neusalza-Spremberg sowie Planungsraum 5 (blau) den südlichen Raum um Zittau, Ostritz, Herrnhut und Bernstadt.

Die Betrachtung zeigt, dass sich „der ländliche Raum“ im Landkreis Görlitz in sehr unterschiedliche ländliche Räume mit eigenen Rahmenbedingungen für die Demokratieförderung gliedert. So sind z.B. die Planungsräume 1 und 2 im Norden des Landkreises dünner besiedelt, wobei in Planungsraum 1 die einzelnen Ortschaften aufgrund des Tagebaus und Truppenübungsgebietes weiter auseinander liegen. Die Planungsräume im Süden (4 und 5 ohne Zittau) sind hingegen dichter besiedelt.

[4] Die zugrunde liegenden Informationen stammen aus der Jugendhilfeplanung des Landkreises (Landratsamt Görlitz 2023). Der Planungsraum 3 wird aufgrund seiner Konzentration auf die Stadt Görlitz nicht im lokalen Kontext betrachtet. Planungsraum 1 (Weißwasser) und 5 (Zittau) umfassen neben der jeweiligen Kernstadt weitere Kommunen, die für die PfD relevant sind.

Hinzu kommen lokale unterschiedliche kulturelle Prägungen, etwa durch sorbische Traditionen oder die Karnevalskultur im Norden des Landkreises.

Unterschiede zeigen sich auch in der jugendbezogenen Infrastruktur. Während in den Planungsräumen 1, 2 und 5 (ohne Zittau) jeweils 17 bis 19 Jugendclubs und -treffs ausgewiesen werden, sind es in Planungsraum 4 lediglich sechs. Auffällig ist dies insbesondere deshalb, weil Planungsraum 4 zugleich der am dichtesten besiedelte der betrachteten Räume ist. Die absoluten Zahlen erlauben zwar keine Aussage über die tatsächliche Versorgung oder Erreichbarkeit, verweisen aber auf unterschiedliche infrastrukturelle Ausgangslagen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Insgesamt beschreiben die Gesprächspartner*innen von Camino eine geringere Dichte freier Träger und Angebote für Kinder und Jugendliche im Norden des Landkreises. Jugendfeuerwehren sind demgegenüber in allen vier betrachteten Planungsräumen breit vertreten. Die Zahl der Standorte liegt zwischen 20 und 27 in den betrachteten Planungsräumen.

3.2.1 Demokratische Bildung und Demokratiearbeit in ländlichen Räumen Sachsens

Eine zentrale Einordnung zur demokratischen Bildung im ländlichen Raum in Sachsen bietet die JoDDiD-Studie von Jugel und Hertel (Jugel/Hertel 2024). Nach der zugrunde gelegten Typisierung umfasst der ländliche Raum in Sachsen rund 95 % der Fläche und 66 % der Bevölkerung. Zugleich steht die Studie im Kontext einer politischen Situation, in der rechtsextreme Parteien, Netzwerke und verschwörungsideologische Milieus gerade in ländlichen Räumen Rückhalt finden.

Die Studie beschreibt ländliche Räume als ambivalent im Beteiligungskontext. Einerseits bieten sie durch geringere Anonymität, stabile Netzwerke und geteilte Lebenswelten gute Voraussetzungen für direkte Ansprache, Beziehungsaufbau und lokale Mitgestaltung. Beteiligung kann hier an bestehende Orte und Beziehungen anknüpfen, etwa an Vereine, Jugendtreffs, Schulen, Feuerwehren, Initiativen oder kommunale Schlüsselpersonen. Andererseits können dieselben engen Strukturen auch hemmend wirken. Die Studie verweist auf soziale Kontrolle, Konformitätsdruck, verengte Diskursräume, Skepsis gegenüber neuen Akteur*innen und die Angst, sich öffentlich zu positionieren. Für junge Menschen kann Beteiligung dadurch niedrigschwellig erreichbar, aber zugleich mit höheren sozialen Risiken verbunden sein, weil Positionierungen im Dorf oder in der Kleinstadt sichtbarer werden als in anonymen städtischen Räumen.

Hinzu kommen strukturelle Bedingungen, die Beteiligung erschweren. Genannt werden unter anderem schlechter ÖPNV, fehlende Infrastruktur, lange Wege, Überalterung, Wegzug junger Menschen und eine starke Mehrfachbelastung derjenigen, die sich bereits engagieren. Die Studie betont, dass dadurch nicht nur die Teilnahme an Bildungs- und Freizeitangeboten erschwert wird, sondern auch Beteiligung selbst voraussetzungsvoller wird.

Die Studie verweist darauf, dass städtisch geprägte Konzepte nicht ohne Weiteres auf ländliche Realitäten übertragbar sind. Beteiligung braucht vielmehr eine langfristige Präsenz, Vertrauen, lokale Netzwerke und lebensweltnahe Formate. Entscheidend sind sogenannte Türöffner*innen bzw. Scharnierpersonen, die Zugang zu lokalen Netzwerken, kommunaler Politik, Verwaltung und Bevölkerung eröffnen können.

Aktuelle Befunde zeigen darüber hinaus, dass die demokratische Bildungsarbeit in Sachsen unter politisch schwieriger werdenden Rahmenbedingungen stattfindet. In einer Befragung von 25 sächsischen Partnerschaften für Demokratie im Herbst 2025 nannten 32 % die fehlende kommunale Unterstützung als Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit; 44 % berichteten, dass sich ihre Arbeit nach den Kommunalwahlen 2024 erschwert hat. Zugleich beschreiben die Befragten einen wachsenden Rechtfertigungs- und Legitimationsdruck durch politische Anfragen, die Diskreditierung von Förderstrukturen und Forderungen nach Mittelkürzungen. Wie unmittelbar sich dies auf bestehende Strukturen auswirken kann, zeigt der Landkreis Bautzen: Dort konnte die bereits bewilligte PfD in der neuen Förderperiode nicht fortgeführt werden, nachdem

der Kreistag auf Initiative des CDU-Landrats mit Stimmen von AfD, CDU, Freien Wählern und weiteren Abgeordneten die kommunalen Eigenmittel nicht mehr bereitgestellt hatte (Dresselhaus/Kiess 2026).

3.3 DIE PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE

Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) des Landkreises Görlitz (ohne GR, ZI, WSW) existiert seit 2015 und befindet sich seit Beginn der Förderperiode 2025 in einer neuen Programmphase. Die PfD des Landkreises Görlitz ist beim Jugendamt des Landkreises als federführendem Amt (FFA) angesiedelt. Seit 2026 erfolgt die Besetzung der Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) intern. Eine Neubesetzung mit einem externen Träger ist aktuell nicht vorgesehen, um die verfügbaren Fördermittel für weitere Projekte zielgerichtet nutzen zu können. Die inhaltlich-fachliche Begleitung erfolgte in der Vergangenheit u. a. auch durch die langjährige Projektleitung im Jugendamt.

Anstelle eines landkreisweiten Jugendforums bestehen mehrere zeitlich begrenzte lokale Jugendforen in einzelnen Gemeinden, die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen vor Ort schaffen. Sie fungieren als offene Beteiligungsplattformen für junge Menschen, die dort unverbindlich und eigenverantwortlich Projekte entwickeln und jugendpolitische Anliegen bündeln können. Gleichzeitig erhält die PfD dadurch Einblicke in verschiedene Themen und Bedarfe von Jugendlichen unterschiedlicher Lebenslagen in den verschiedenen Orten des Fördergebietes.

Zentrales Steuerungsgremium der PfD ist ein Bündnis. Es vereint Akteur*innen aus Verwaltung, Bildung, Sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft (vgl. Kap. 7.1).

Der Antrag für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beschreibt als zentrale Herausforderungen die anhaltende Präsenz rechtsextremer und verschwörungsideologischer Strukturen im Fördergebiet sowie ein zunehmendes Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen und Institutionen. Als weitere Handlungsbedarfe werden politische Teilhabe und Demokratiebildung insbesondere im ländlichen Raum sowie der Umgang mit Desinformation, Hass und extremistischen Inhalten in digitalen Medien benannt. Die Größe und räumliche Struktur des Fördergebiets mit seinen zahlreichen Gemeinden erschweren den flächendeckenden Aufbau von Beteiligungs- und Bildungsangeboten (Partnerschaft für Demokratie Landkreis Görlitz 2024).

Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus der PfD auf präventiven Maßnahmen, welche sich vorrangig an Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern richten. Die PfD darauf, demokratische Selbstwirksamkeit und Beteiligungsmöglichkeiten im unmittelbaren Lebensumfeld zu stärken. Zugleich sollen die Bekanntheit der PfD und ihres Netzwerks erhöht und die beteiligten Akteur*innen im Umgang mit lokalen Herausforderungen handlungssicherer werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Gesprächs-, Konfliktlösungs- und Handlungskompetenzen sowie dem Aufbau einer nachhaltigen demokratischen Dialog- und Konfliktkultur.

Für das Jahr 2026 sind hierzu verschiedene Informations-, Bildungs-, Beteiligungs- und Präventionsmaßnahmen vorgesehen. Dazu zählen unter anderem eine Demokratiekonferenz, Qualifizierungsangebote zu Extremismus und Antisemitismus, Maßnahmen gegen Diskriminierung und Mobbing sowie Angebote zur Stärkung interkultureller und digitaler Kompetenzen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch lokale Jugendforen und weitere Projekte, die demokratische Beteiligung und positive Erfahrungen gesellschaftlicher Mitwirkung ermöglichen sollen (Partnerschaft für Demokratie Landkreis Görlitz 2026a).

Die PfD versteht sich damit vor allem als Vernetzungs- und Unterstützungsstruktur für demokratisches Engagement im ländlich geprägten Fördergebiet. Neben konkreten Bildungs- und Beteiligungsangeboten stehen die Stärkung lokaler Akteur*innen, die Sichtbarkeit demokratischen Engagements und der Ausbau tragfähiger Strukturen für eine Beteiligung und Konfliktbearbeitung im Mittelpunkt.

4 HERAUSFORDERUNGEN IN BEZUG AUF DIE LEBENSWELT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Im folgenden Kapitel werden die Herausforderungen bezüglich der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen[5] im Fördergebiet der PfD Landkreis Görlitz beschrieben, wie sie sich aus den Schilderungen der Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit und kommunalpolitischen Akteur*innen ergibt. Diese werden durch Befunde aus der Dokumentenanalyse ergänzt.

Zur Einordnung der lokalen Befunde werden zunächst ausgewählte sachsenweite Ergebnisse herangezogen. Die Studie „Das ist mein Recht!“ (Valtin et al. 2024) verweist bei Kindern und Jugendlichen unter anderem auf Unsicherheits- und Diskriminierungserfahrungen sowie auf die Bedeutung erreichbarer und bezahlbarer Freizeitangebote; in sehr ländlichen Gemeinden werden insbesondere Schule und öffentliche Verkehrsmittel häufiger als unsicher bewertet. Die Metaanalyse von Prävention im Team (PiT) Sachsen (PiT Sachsen 2025) nimmt ergänzend Risiko- und Schutzfaktoren für unterschiedliche Belastungen und problematische Verhaltensweisen (darunter Gewalt, Substanzkonsum, Mobbing, Delinquenz sowie ausländerfeindliche und intolerante Einstellungen) in den Blick. Risikofaktoren zeigen sich insbesondere im schulischen Umfeld (46 %) und in der Peergroup (40 %), Schutzfaktoren vor allem im familiären Bereich. Insgesamt weist die Analyse nur geringe Unterschiede zwischen Stadt und Land aus; stärker unterscheiden sich die Befunde nach Alter und Schulart.

4.1 ALLTAG, FREIZEIT UND SOZIALE EINBINDUNG

Fachkräfte und kommunalpolitische Akteur*innen berichten, dass sich die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen sowohl nach der Größe und Struktur des Wohnortes als auch zwischen einzelnen Gemeinden deutlich unterscheiden. Ihrer Beobachtung zufolge leben in einigen Orten nur noch wenige Kinder; zugleich variieren die Freizeitmöglichkeiten stark. Während mancherorts selbst offen zugängliche Spielplätze oder Angebote für Kinder bei Dorffesten fehlen, bestehen andernorts regelmäßige Kinder- und Freizeitangebote. Eine Fachkraft schildert ein sehr differenziertes Bild:

> *„Aber ich glaube, dass Kinder grundsätzlich in der Freizeitgestaltung der Gemeinde gar nicht so berücksichtigt werden. Also, wenn es dann in der Regel gibt es ja immer irgendwie einmal im Jahr so ein Dorffest, wo sich die Älteren treffen. Und da gab es dann nicht ein Angebot für Kinder. Nicht eins. Sondern einfach nur Bierbude, Biergarnitur und das war's. Das ist dann das Dorffest. Es sind aber auch Gemeinden, die das super machen. Die auch wirklich Kinderfeste organisieren mit riesen Angeboten für Kinder regelmäßig jedes Jahr“ (FG3).*

Welche Freizeitmöglichkeiten Kindern und Jugendlichen tatsächlich zur Verfügung stehen, hängt jedoch nicht nur von dem Angebot, sondern auch von dessen Erreichbarkeit ab.

Eine zentrale Herausforderung für Kinder und Jugendliche ist die Mobilität. Alltägliche Orte und Freizeitangebote liegen nicht immer in unmittelbarer Nähe und sind ohne Fahrdienst der Eltern oder ausreichende Busverbindungen schwer erreichbar. Ab etwa 15 Jahren erweitert ein Moped den Bewegungsradius einzelner Jugendlicher. Gerade am Nachmittag und Abend schränkt die schwache Verkehrsanbindung die selbstständige Mobilität ein. Nur 10,1 % der Jugendlichen geben bei der Jugendbefragung 2025[6] (Ku-Weit gGmbH/Volkshochschule Dreiländereck 2025)

[5] Im vorliegenden Bericht werden als Kinder Personen bis einschließlich 13 Jahre und als Jugendliche Personen im Alter von 14 bis 20 Jahren bezeichnet.

[6] An der Jugendbefragung 2025 nahmen 942 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 14 bis 27 Jahren aus dem Landkreis Görlitz mit vollständig auswertbaren Antworten teil; rund 70 % waren 14 bis 17 Jahre alt. Die nachfolgend dargestellten Befunde beziehen sich auf den gesamten Landkreis und lassen sich nicht gesondert für das Fördergebiet ohne die Städte Görlitz, Zittau und Weißwasser ausweisen.

an, mit den Bus- und Bahnverbindungen zu Freizeitangeboten sehr zufrieden zu sein, während 36,8 % diese als eher oder sehr unzureichend bewerten.

Lokale Vereine bilden wichtige Bestandteile des sozialen Lebens, sind jedoch nicht überall gleichermaßen vorhanden und zugänglich. Sportvereine vermitteln Gemeinschaft, richten sich nach Einschätzung von Fachkräften jedoch häufig stärker an sportlicher Leistung aus und bieten Kindern und Jugendlichen mit höherem Begleitungsbedarf nicht immer einen passenden Zugang. Heimat- und andere lokale Vereine sind vorhanden, werden den Schilderungen zufolge jedoch stärker von älteren Erwachsenen geprägt. Im Norden des Landkreises kommen Karnevalsvereine hinzu.

Die Jugendfeuerwehr ist dagegen in fast allen Gemeinden präsent und erreicht Mädchen wie Jungen. Sie ist stark in das lokale Gemeinschaftsleben eingebunden und etwa bei Festen und Veranstaltungen sichtbar. Viele Jugendfeuerwehren engagieren sich im Natur- und Umweltschutz sowie an Schulen und Kindergärten (KJF Görlitz/LJF Sachsen 2025). Im Berichtsjahr 2025 zählten die Jugendfeuerwehren insgesamt 1.417 Mitglieder, von denen rund 91 % zwischen acht und 15 Jahre alt waren. Fachkräfte benennen insbesondere einen hohen Zulauf bei Kindern und führen die Attraktivität unter anderem auf die sichtbare Präsenz der Feuerwehr im Ort, die Attraktivität von Feuerwehrautos, die Kontinuität der Struktur, das gemeinschaftliche Miteinander und die klaren Aufgaben zurück. Gleichzeitig berichten etwa ein Drittel der Jugendfeuerwehren von zu wenigen Betreuer*innen und etwa ein Fünftel von Nachwuchssorgen (KJF Görlitz/LJF Sachsen 2025).

Der Zugang zu Vereinen und Freizeitangeboten entsteht Fachkräften zufolge häufig über vorhandene soziale Beziehungen, insbesondere über Eltern, Geschwister oder die Schule. Neu zugezogene Kinder und Jugendliche oder junge Menschen ohne familiäre Kontakte zu einem Verein müssen dagegen eher allein in bereits bestehende Gruppen hineinfinden. Bei Kindern spielen zusätzlich Kita und Grundschule eine wichtige Rolle. Bei offen angekündigten Veranstaltungen werden nach Einschätzung von Fachkräften und kommunalpolitischen Akteur*innen vor allem Kinder erreicht, die eine Einrichtung im Ort besuchen, dort Informationen erhalten und andere teilnehmende Kinder bereits kennen.

Gleichzeitig beobachten Fachkräfte und kommunalpolitische Akteur*innen eine abnehmende Verbindlichkeit bei der Teilnahme an Freizeitaktivitäten. Insbesondere einige Jugendliche möchten nach Einschätzung der Fachkräfte spontan entscheiden, wo sie ihre Freizeit verbringen und ob sie an einem Angebot teilnehmen. Offene Treffs können daher auch junge Menschen erreichen, die keine dauerhafte Mitgliedschaft oder feste Mitarbeit wünschen. Andere Kinder und Jugendliche finden dagegen gerade in festen Gruppen, klaren Aufgaben und verbindlichen Regeln Sicherheit, wie dies etwa für die Jugendfeuerwehr beschrieben wird. Die Befunde verweisen damit auf unterschiedliche Bedürfnisse zwischen offen nutzbaren Freizeitorten und stärker strukturierten Gemeinschaftsangeboten.

Fachkräfte beschreiben die Corona-Pandemie als Einschnitt in der Freizeit- und Kontaktgestaltung von Kindern und insbesondere Jugendlichen. Ihrer Wahrnehmung nach werden Kontakte seither stärker digital gepflegt, junge Menschen bleiben häufiger zu Hause. Fachkräfte berichten, dass sich einzelne Kinder und Jugendliche eher für Gaming oder andere digitale Beschäftigungen entscheiden als für Präsenzangebote. Auch während gemeinsamer Veranstaltungen bindet die Smartphone-Nutzung Fachkräften zufolge immer wieder Aufmerksamkeit.

Ebenso prägen Kita bzw. Schule den Alltag von Kindern und Jugendlichen. Fachkräfte und kommunalpolitische Akteur*innen berichten jedoch von häufigem Unterrichtsausfall an Grund-, Ober- und Förderschulen. Die Gesprächspartner*innen führen zudem Konflikte, Mobbing und Ausgrenzung in Kitas und Schulen an, darunter auch rassistische Formen der Ausgrenzung (vgl. Kap. 6.1.4). Jüngere Kinder werden von Fachkräften zunächst als offen, zugewandt und aneinander interessiert beschrieben. Mit zunehmendem Alter beobachten Fachkräfte eine stärkere Abgrenzung und Gruppenbildung.

4.1.1 Freizeit und Treffpunkte Jugendlicher

Die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Freizeitgestaltung von Jugendlichen werden wesentlich davon geprägt, welche Angebote, Zugänge und Räume ihnen vor Ort zur Verfügung stehen. In der Jugendbefragung 2025 geben 51 % der Jugendlichen an, derzeit nicht in Vereinen, bei Veranstaltungen oder Projekten aktiv zu sein. Als Gründe werden vor allem Zeitmangel, wenig interessante Angebote, andere Hobbys, fehlende Kontakte sowie Unsicherheit darüber genannt, wo und wie man mitmachen kann. Informationen über Freizeitangebote erhalten Jugendliche insbesondere über ihre persönlichen und digitalen Netzwerke: 74,8 % informieren sich über Social Media und 68,1 % über Freund*innen, während kommunale Websites oder Veranstaltungskalender lediglich 8,3 % nutzen (KuWeit gGmbH/Volkshochschule Dreiländereck 2025).

Ein wiederkehrendes Thema sind eigene Treffpunkte. Fachkräfte und kommunalpolitische Akteur*innen äußern, dass sich Jugendliche Orte wünschen, an denen sie sich ohne die dauerhafte Anwesenheit von Kindern oder Erwachsenen treffen können. Jugendliche erschließen sich teilweise selbst informelle Treffpunkte wie Parks, Grünflächen oder Sportanlagen und richten diese vereinzelt mit Sofas, Bänken oder anderem Mobiliar her. In einem geschilderten Fall versucht eine Gemeinde, einen solchen selbst gewählten Treffpunkt zu erhalten, muss zugleich aber Fragen der Sicherheit und Absicherung des Geländes klären.

Klassische Jugendclubs werden nur von einem Teil der Jugendlichen genutzt; 74,5 % der Befragten geben an, diese nie zu besuchen (KuWeit gGmbH/Volkshochschule Dreiländereck 2025). Nicht jede Gemeinde verfügt über einen solchen Ort (vgl. Kap. 3.2), teilweise stehen Räume lediglich während zeitlich begrenzter Projekte zur Verfügung oder die Öffnungszeiten passen nicht zu den Zeiten, in denen Jugendliche sie nutzen möchten (insbesondere abends und am Wochenende). Aufgrund der großen räumlichen Ausdehnung des Landkreises lassen sich zudem eine kontinuierliche Begleitung und Vernetzung der Jugendclubs nach Angaben von Verwaltungsfachkräften nur schwer sicherstellen.

Die Erfahrungen mit selbstverwalteten Jugendtreffs fallen unterschiedlich aus. FlexJuma beschreibt für einen begleiteten Treff, dass der Wunsch nach einem eigenen Ort nicht automatisch mit der Bereitschaft zur dauerhaften Selbstverwaltung einhergeht; schwierige Gruppendynamiken und Sachbeschädigungen machten dort eine kontinuierlichere Begleitung erforderlich (Flexibles Jugendmanagement im Landkreis Görlitz o.J.). Auch kommunalpolitische Akteur*innen berichten aus einzelnen Jugendclubs von Regelverstößen und Vandalismus; vereinzelt äußern Fachkräfte zudem Sorgen hinsichtlich rechtsextremer Einflüsse (vgl. Kap. 6.1.3). Ein*e andere*r Akteur*in aus der Kommunalpolitik schildert dagegen einen weitgehend gut funktionierenden Treffpunkt, zu dessen Jugendlichen ein enger persönlicher Kontakt besteht. Sie kennt die Jugendlichen beim Vornamen, sucht den Treff bei Bedarf selbst auf und klärt auftretende Fragen oder Konflikte, etwa zu Sicherheit und Haftung, im direkten Gespräch. Insgesamt zeigen die Erfahrungen, dass der Unterstützungsbedarf je nach Jugendgruppe unterschiedlich ausfällt und die Selbstverwaltung dort an Grenzen stoßen kann, wo eine kontinuierliche Begleitung nicht geleistet werden kann. Gerade in kleinen Verwaltungen und ehrenamtlichen Strukturen fehlen hierfür teilweise die Kapazitäten.

5 HERAUSFORDERUNGEN IN BEZUG AUF KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

Unter Kinder- und Jugendbeteiligung wird die Einbeziehung junger Menschen in Angelegenheiten verstanden, die ihre Lebenswelt betreffen. Sie umfasst unterschiedliche Grade der Einflussnahme – von dem Gehörtwerden und der Berücksichtigung eigener Interessen über die Mitbestimmung bis hin zu selbstorganisierten Formen. Entscheidend ist damit nicht allein die Teilnahme an einem Angebot, sondern die Möglichkeit, auf Entscheidungen und deren Gestaltung Einfluss zu nehmen (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz 2018).

Besonders gering fällt in einer sachsenweiten Befragung (Valtin et al. 2024) die wahrgenommene Einbeziehung am eigenen Wohnort aus. Nur 9 % der Befragten gaben an, in ihrer Stadt bzw. ihrem Dorf häufig nach ihrer Meinung gefragt zu werden, während fast 80 % dies nie oder nur selten erleben. Zugleich besteht konkretes Interesse an Mitsprache: 38 % wünschen sich mehr Mitbestimmung bei Fahrplänen von Bus und Bahn und 37 % bei örtlichen Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten. In der Studie zeigte sich zudem, dass kommunale Beteiligung für viele junge Menschen kaum als selbstverständliche Option wahrgenommen wird. Auch in Vereinen und Jugendclubs bestehen Unterschiede in den wahrgenommenen Einflussmöglichkeiten. 27 % der Befragten geben an, dort häufig nach ihrer Meinung gefragt zu werden; mindestens ein Fünftel erlebt dies dagegen nie oder nur selten. 11 % der Befragten wünschen sich ausdrücklich mehr Mitbestimmung darüber, was sie dort machen und wie sie sich organisieren können. In der Schule geben insgesamt 69 % an, häufig oder gelegentlich nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Gleichzeitig wünschen sich jeweils über 23 % mehr Mitsprache bei der Gestaltung von Räumen und Pausenhof sowie bei Klassenregeln.

Im Fördergebiet der PfD findet Kinder- und Jugendbeteiligung in unterschiedlichen Zusammenhängen statt. Die folgenden Abschnitte nehmen zunächst übergreifende Problemlagen und Herausforderungen auf und betrachten anschließend kommunale Beteiligung sowie Beteiligungsmöglichkeiten in Vereinen, Feuerwehr, Kita und Schule. Ressourcen und positive Erfahrungen werden gesondert im Kapitel 7 behandelt.

5.1 ÜBERGREIFENDE ZUGÄNGE UND BEDINGUNGEN VON BETEILIGUNG

Ein übergreifender Befund betrifft die Zugänge zu Beteiligungsangeboten. Häufig werden Kinder und Jugendliche erreicht, die bereits in Vereinen, Gremien, Ganztagsangeboten oder anderen bestehenden Strukturen aktiv sind; zugleich haben gerade diese jungen Menschen oftmals bereits viele feste Termine. Unterschiede zeigen sich zwischen den Altersgruppen. Kinder finden insbesondere über Grundschule, Eltern oder bestehende Gruppen vergleichsweise gut Zugang, während Jugendliche außerhalb von Schule, Vereinen, Feuerwehr oder anderen festen Strukturen deutlich schwerer zu erreichen sind.

> *„Aber die Jugendlichen abzuholen, jetzt ist es erfahrungsgemäß seit Jahren eine Schwierigkeit. Gerade im ländlichen Raum, außerhalb von Schule, außerhalb von irgendwelchen Vereinsstrukturen oder Feuerwehr ist es schwierig“ (FG1).*

Eine Fachkraft beobachtet zudem eine höhere Zugangsschwelle für Kinder aus prekären Lebensverhältnissen. Insgesamt erleichtern bestehende soziale und institutionelle Einbindungen den Zugang zu Beteiligung, während junge Menschen ohne entsprechende Anbindungen seltener erreicht werden.

Persönliche Kontakte und Vertrauen werden als wichtigste Voraussetzungen für Ansprache und Beteiligung beschrieben. Wo Beziehungen fehlen, bleiben offen beworbene Angebote teils ohne Resonanz. Solche Erfahrungen schildern die Gesprächspartner*innen für einzelne Veranstal-

tungen sowie für kommunale Bestrebungen, einen Jugendtreff aufzubauen. Entsprechend wichtig sind Personen vor Ort, die bereits über Kontakte zu Kindern, Jugendlichen oder bestehenden Gruppen verfügen.

Beteiligung erfordert darüber hinaus kontinuierliche Begleitung. Wie diese aussieht, unterscheidet sich je nach Alter, Erfahrungen und den Aufgaben, die Kinder und Jugendliche im Beteiligungsprozess übernehmen. Gerade bei jüngeren Kindern sind auch einzelne Schritte wie das Formulieren eines Briefes, das Erstellen eines Flyers bis hin zur Kontaktaufnahme mit Entscheidungsträger*innen voraussetzungsvoll. Eine Fachkraft berichtet, dass Kinder dabei immer wieder Ermutigung und konkrete Unterstützung benötigen und diese kleinteilige Begleitungsarbeit von außen häufig wenig sichtbar ist. Auch die schrittweise Übernahme komplexerer Aufgaben benötigt Zeit und Unterstützung.

5.1.1 Strukturelle Bedingungen und Herausforderungen

Tragfähige Beziehungen und kontinuierliche Begleitung setzen verlässliche personelle Strukturen voraus. Diese sehen die Gesprächspartner*innen durch befristete Projektstellen, den Wegfall von Förderungen und drohende Kürzungen gefährdet. Dadurch werden sowohl die kontinuierliche Beziehungsarbeit als auch die Verstetigung bereits aufgebauter Beteiligungsangebote erschwert.

Eine Fachkraft beschreibt diese Situation deutlich:

> *„Es wäre schön, wenn wir nochmal verlässliche Strukturen bekommen und wenn alles nur eine Projektstelle ist, und wir erleben ja gerade den Kahlschlag, also eine Verstetigung kann nur dann erfolgen, wenn die Akteure regelmäßig am Tisch sitzen und die eine jedes Mal überlegen müssen, oh Gott, werde ich verlängert, werde ich nicht verlängert und dann sehen wir es mal wieder. Wo wird als Erstes gekürzt? Also das jedes Mal nur in Projekte zu schieben, ist totaler Mist“ (FG1).*

Welche Folgen der Wegfall etablierter Strukturen haben kann, beschreiben Fachkräfte am Beispiel des früheren Jugendrings im Landkreis (Jugendring Oberlausitz e.V.). Mit dessen Insolvenz 2024 gingen nach 33 Jahren Jugendarbeit-Angebote, Arbeitsmittel, Kontakte und Beziehungen sowie über Jahre aufgebautes lokales Wissen verloren. Nach der Neugründung müssen entsprechende Beziehungen und Unterstützungsstrukturen teilweise erneut aufgebaut werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung wird zudem an vielen Stellen durch ehrenamtlich Engagierte getragen. Die Gesprächspartner*innen beschreiben dabei hohe fachliche und zeitliche Anforderungen. Ehrenamtliche äußern ihnen gegenüber beispielsweise Unsicherheiten, ob sie über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, um Workshops mit Kindern anzuleiten oder z.B. einen Kinderrat zu begleiten. Teilweise liegen die Organisation, Beziehungsarbeit und Verantwortung bei wenigen Personen und werden wesentlich von deren persönlicher Motivation oder einem unmittelbaren persönlichen Bezug (z.B. Elternschaft) getragen. Mehrere Fachkräfte berichten von der Gefahr einer Überlastung bis hin zum Ausbrennen und bewerten eine zunehmende Verlagerung von Kinder- und Jugendbeteiligung auf das Ehrenamt kritisch. Eine Fachkraft formuliert:

> *„Also Kinder- und Jugendbeteiligung braucht fachliche Begleitung, braucht Menschen, die sich dem widmen und nicht im Ehrenamt. Also ich weiß, dass das der große sächsische Trend gerade ist, und wir machen das Beste aus dem Ehrenamt. Aber ich sehe das sehr, sehr kritisch und denke, das ist keine Lösung dafür, wenn man irgendwie möchte, dass die Kinder hierbleiben, dass sie sich engagieren, dass sie Machen statt Meckern“ (I1).*

Auch auf übergeordneter Ebene beschreiben Fachkräfte Lücken in der strukturellen Absicherung. Das 2022 ausgelaufene sachsenweite Programm „Demokratie in Kinderhand“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung unterstützte unter anderem den Aufbau kommunaler Kinderbeteiligungsstrukturen, wurde jedoch nicht fortgeführt. Nach Kenntnis der Fachkräfte besteht

derzeit kein vergleichbares sachsenweites Förderprogramm. Auf Landkreisebene gibt es zudem keine ausdrücklich für Kinder- und Jugendbeteiligung zuständige Stelle; das Thema wird vielmehr als Querschnittsaufgabe behandelt.

Eine weitere strukturelle Herausforderung betrifft Beteiligung auf Landkreisebene. Kinder und Jugendliche interessieren sich nach Einschätzung der Fachkräfte häufig stärker für Themen ihres unmittelbaren Wohnumfeldes als für Prozesse, die weiter entfernte Teile des Landkreises betreffen. Zugleich erschwert die große räumliche Ausdehnung persönliche Treffen. Dies betrifft unterschiedliche landkreisweite Beteiligungsformate, etwa Jugendforen der Feuerwehr oder der PfD sowie die Vernetzung von Schülervertretungen. Kinder und Jugendliche sind von den langen Wegen besonders betroffen, da sie für landkreisweite Treffen aufgrund der schlechten Erreichbarkeit häufig auf Fahrmöglichkeiten durch Erwachsene angewiesen sind. Dies zeigt sich beispielsweise beim Jugendgremium der Kreisjugendfeuerwehr: Treffen der gewählten Jugendsprecher*innen werden an Beratungen oder Delegiertenversammlungen der Erwachsenen gekoppelt, sodass sie ungefähr zweimal im Jahr zusammenkommen. Auch Schülervertretungen sind innerhalb des Landkreises bislang kaum regelmäßig miteinander vernetzt. An einem ostsachsenweiten Treffen nahmen Schülersprecher*innen aus dem Landkreis teil, äußerten jedoch ausdrücklich den Wunsch nach einer Wiederholung.

5.2 KOMMUNALE BETEILIGUNG

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung findet im Landkreis in unterschiedlichen Formen und mit unterschiedlichem Grad der Verstetigung und institutionellen Verankerung statt. Dazu gehören Kinder- und Jugendgremien bzw. Kinderräte, Jugendforen und Beteiligungsinitiativen ebenso wie offenere oder punktuelle Formate, etwa Ideenwerkstätten, Befragungen und anlassbezogene Beteiligungsprozesse. Während einzelne Gremien (z.B. in Kreba-Neudorf) formal an Gemeinderäte angebunden sind, bestehen die Formate überwiegend projektbezogen oder ohne dauerhafte institutionelle Verankerung.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist in Sachsen auf kommunaler Ebene formal vorgesehen. Mehrere Fachkräfte nehmen die Vorgaben jedoch als wenig konkret wahr, da ihnen zufolge weitgehend offenbleibt, wie Kommunen sie praktisch ausgestalten sollen. Beteiligung entsteht nach ihrer Wahrnehmung in vielen Kommunen teilweise erst aus einem konkreten Anlass oder aufgrund einer formalen Verpflichtung und wird nicht überall selbstverständlich in laufende Entscheidungen einbezogen. Eine weitere Grenze tatsächlicher Mitbestimmung zeigt sich dort, wo Ergebnisse nicht den Vorstellungen der beteiligten Erwachsenen entsprechen. Fachkräfte berichten, dass es Erwachsenen teilweise schwerfällt, solche Entscheidungen anzunehmen.

Andere Fachkräfte und kommunalpolitische Akteur*innen erzählen von grundsätzlicher Offenheit für Kinder- und Jugendbeteiligung, zugleich aber von begrenzten personellen Kapazitäten für Organisation und Begleitung. Auch vermeintlich „kostenlose“ externe Angebote benötigen vor Ort Personen, die Räume organisieren, Kontakte herstellen und Prozesse begleiten. Beteiligung kommt deshalb nach der Wahrnehmung mehrerer Fachkräfte häufiger dort zustande, wo freie Träger, Stiftungen oder andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen zusätzliche personelle oder finanzielle Ressourcen einbringen. Kommunen stellen sich solchen Vorhaben meist nicht entgegen, initiieren sie jedoch seltener selbst.

Gerade in kleineren Gemeinden ohne dauerhaft institutionalisierte Beteiligungsstrukturen muss kommunale Beteiligung häufig an vorhandene Treffpunkte, Bildungseinrichtungen und persönliche Kontakte anknüpfen. Die bereits beschriebenen unterschiedlichen Zugänge zwischen Kindern und Jugendlichen prägen auch die kommunale Beteiligungspraxis. Ein*e Akteur*in aus der Kommunalpolitik setzt deshalb bewusst im Grundschulalter an. Kinder sollen früh Ansprechpersonen und Beteiligungswege kennenlernen, auf die sie später als Jugendliche zurückgreifen können. Weitere Fachkräfte teilen diese Einschätzung:

„Wenn man mit Kindern halt schon anfängt, dann wächst das ja eben rein und dann machen die im jugendlichen Alter auch weiter mit“ (FG1).

Andere Fachkräfte warnen jedoch davor, Beteiligung zu stark auf Kinder zu konzentrieren. Sie weisen darauf hin, dass zusätzliche Erwartungen an Jugendliche, sich verbindlich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und weitere Termine wahrzunehmen, auch Druck erzeugen können.

Eine weitere Herausforderung besteht darin, Beteiligungsstrukturen über den Wechsel der beteiligten jungen Menschen hinweg aufrechtzuerhalten. So löste sich ein kommunales Kinder- und Jugendgremium den Schilderungen zufolge nach etwa acht Jahren auf, als die beteiligten Kinder älter wurden; auch Jugendforen müssen jüngere Jugendliche gezielt neu ansprechen, wenn ältere aufgrund von Ausbildung oder Studium weniger präsent sind. Die kontinuierliche Fluktuation junger Beteiligter wird ebenso in weiteren kommunalen Beteiligungsprozessen als Herausforderung für die Verstetigung beschrieben (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung 2026).

Kommunale Beteiligung setzt häufig bei unmittelbar erfahrbaren Fragen des Wohnumfeldes an, etwa bei Freizeitmöglichkeiten, Spielplätzen oder eigenen Treffpunkten. Eine weitergehende Herausforderung sehen Fachkräfte darin, solche konkreten Erfahrungen mit breiteren kommunalen Entscheidungsprozessen und dauerhaft verankerten Einflussmöglichkeiten zu verbinden. Für ein lokales Jugendforum wird etwa als Entwicklungsziel beschrieben, kommunalpolitische Themen stärker einzubeziehen. Vereinzelt berichten kommunalpolitische Akteur*innen zugleich von Widerständen in der Verwaltung oder dem Gemeinderat, wenn Beteiligung dauerhaft institutionell verankert werden soll, etwa durch einen Kinder- und Jugendbeirat.

Nicht alle im Beteiligungsprozess entwickelten Vorschläge lassen sich rechtlich, finanziell oder praktisch umsetzen. Zugleich führen Fachkräfte an, dass Kinder und Jugendliche häufig mit einer schnelleren Umsetzung rechnen und die notwendigen Verwaltungs- und Planungsverfahren erst im Prozess kennenlernen. Gleichzeitig sehen Fachkräfte bei Vorschlägen, die ohne nachvollziehbare Rückmeldung folgenlos bleiben, die Gefahr von Enttäuschung und Vertrauensverlust. Fachkräfte aus der Kinder- und Jugendarbeit übernehmen dabei eine Scharnierfunktion zwischen den beteiligten jungen Menschen und kommunalen Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen. Sie vermitteln Anliegen, klären Zuständigkeiten, stellen etwa Kontakte zur Verwaltung oder zum Bauamt her und unterstützen dahingehend, Aufgaben zwischen Erwachsenen und jungen Menschen aufzuteilen.

5.2.1 Kommunale Kinderbeteiligung

Kommunale Kinderbeteiligung knüpft häufig an konkrete Fragen des unmittelbaren Wohnumfeldes an: Was fehlt im Ort, welche Plätze gefallen den Kindern nicht und was brauchen sie, um sich dort wohlzufühlen? Bei Kinder- oder Dorfrallyes erkunden Kinder beispielsweise ihren Ort, benennen problematische Stellen und entwickeln Verbesserungsvorschläge, die sie anschließend selbst vorstellen und priorisieren. Erwachsene moderieren den Prozess und prüfen rechtliche sowie finanzielle Rahmenbedingungen. Die Ideen reichen von kleineren Veränderungen bis zu längerfristigen Vorhaben wie einem Pumptrack, dessen Umsetzung in einem Fall über mehrere Jahre verfolgt wurde. Daneben bestehen in einzelnen Gemeinden niedrigschwellige Kontaktmöglichkeiten zu kommunalen Entscheidungsträger*innen wie Bürgermeister*innen, auch durch Rathausbesuche, und etwa Kinderbriefkästen oder Kindersprechstunden.

Eine längerfristig angelegte Form der Beteiligung bilden Kinderräte, die jedoch meist nicht formal in kommunalen Strukturen verankert sind. In einer Gemeinde wurden in mehreren Ortsteilen entsprechende Gremien aufgebaut und zunächst fachlich begleitet. Die Kinder entwickelten gemeinsame Regeln, berieten über eigene Ideen und setzten verschiedene Vorhaben im Ort um, etwa die Gestaltung von Bushaltestellen oder ein Kinderfest.

Aus der Begleitung eines Kinderrats beschreibt eine Fachkraft mehrere Herausforderungen. Eine davon liegt in der wechselnden Zusammensetzung der Gruppen. Kommen neue Kinder

hinzu, arbeiten sie teilweise an Entscheidungen weiter, an denen sie selbst nicht beteiligt waren. Die Fachkraft berichtet, dass eine nachträgliche Einbindung zwar möglich ist, die Identifikation mit bereits getroffenen Entscheidungen aber geringer ausfallen kann. Auch unterschiedliche Altersstände, Fähigkeiten und Erwartungen innerhalb einer Gruppe beeinflussen den Beteiligungsprozess. Während einige Kinder klare Strukturen und schriftliches Arbeiten bevorzugen, benötigen andere stärker spielerische oder bewegungsorientierte Zugänge. Größere Altersunterschiede können zudem Ungleichgewichte erzeugen, etwa wenn ältere Kinder bereits selbstständig Briefe verfassen, während jüngere noch nicht sicher lesen und schreiben können. Die Fachkraft sieht hier die Gefahr, dass Anliegen einzelner jüngerer Kinder weniger Raum erhalten. Damit verbunden ist die fortlaufende Abwägung zwischen Unterstützung und Eigenständigkeit: Zu viel Unterstützung kann Selbstständigkeit begrenzen, zu hohe Anforderungen können Kinder überfordern und zum Rückzug führen. Wie viel Begleitung erforderlich ist, muss deshalb an die jeweilige Gruppe und Situation angepasst werden.

5.2.2 Kommunale Jugendbeteiligung

Fachkräfte beschreiben kommunale Jugendbeteiligung im Landkreis vor allem als anlass- oder projektbezogen. Genannt werden unter anderem zeitlich begrenzte Jugendforen, einzelne Jugendbudgets und informellere Formen der Mitsprache; dauerhaft institutionalisierte Beteiligungsstrukturen für Jugendliche sind dagegen kaum vorhanden.

Eine jugendspezifische Herausforderung sehen Fachkräfte in den Erwartungen, mit denen Erwachsene an Beteiligungsprozesse herantreten. Jugendliche nehmen nach ihrer Erfahrung wahr, wenn bereits weitgehend feststeht, wie sie sich beteiligen, organisieren oder verhalten sollen. Solche Vorgaben können die Offenheit des Prozesses begrenzen. Bessere Erfahrungen werden dort berichtet, wo Erwachsene Jugendliche an selbst gewählten Treffpunkten aufsuchen, zunächst zuhören und nicht bereits mit einem fertigen Beteiligungsformat an sie herantreten.

Eine weitere Herausforderung liegt in der digitalen Sichtbarkeit der vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten. Obwohl digitale Plattformen für Jugendliche wichtige Informations- und Kommunikationsräume darstellen (vgl. Kap. 4.1.1), sind Beteiligungsprojekte, Ansprechpersonen und aktuelle Möglichkeiten zur Mitwirkung dort nach der Wahrnehmung der Gesprächspartner*innen häufig nicht oder nicht aktuell auffindbar.

5.3 BETEILIGUNG IN VEREINEN UND FEUERWEHREN

Auch in Vereinen hängt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wesentlich davon ab, welchen Stellenwert ihre Perspektiven innerhalb erwachsenengetragener Strukturen haben. Fachkräfte berichten teilweise von einer geringen Priorisierung ihrer Bedürfnisse und begrenzten tatsächlichen Einflussmöglichkeiten. Eine Fachkraft beschreibt es folgendermaßen:

> *„Ich habe es im Verein zumindest mal erlebt, wo ich dachte, da bin ich raus. Also als Mutter hatte ich den Eindruck gehabt, ich weiß nicht, ob mein Kind hier wirklich mitgenommen wird. … Also dass man Kinder und Jugendliche als neue Mitglieder auch wirklich von Anfang an so auch mal einerseits an die Hand nimmt, dass sie sich angenommen fühlen, hineinwachsen dürfen, und andererseits aber auch, an welcher Stelle werden sie denn wirklich in ihrem So-Sein angenommen und wann werden sie beteiligt? Haben die dann irgendwo eine Einflussnahme, wie dieser Verein auch arbeitet? Und das fehlte mir noch ganz stark“ (FG3).*

Ergänzend berichtet eine Fachkraft von über Jahre wenig veränderten Vereinsstrukturen, in denen neue Beteiligungsmethoden oder andere Formen der Entscheidungsfindung teilweise auf eingeübte Routinen treffen. Zugleich nehmen einzelne Fachkräfte in einigen Vereinen einen Wandel wahr, den sie unter anderem mit engagierten Eltern und einem stärkeren Interesse an Nachwuchsförderung verbinden.

In der Jugendfeuerwehr bestehen klar benennbare Beteiligungsmöglichkeiten. Jugendliche wählen Jugendsprecher*innen, wirken teilweise an Dienstplänen mit und beschäftigen sich in einzelnen Jugendfeuerwehren auch mit Themen wie Umwelt oder Demokratie. Auf Landkreisebene verfügt die Kreisjugendfeuerwehr über ein Jugendforum der gewählten Jugendsprecher*innen. Wie intensiv eine Mitgestaltung tatsächlich stattfindet, unterscheidet sich zwischen den einzelnen Feuerwehren und hängt nach Einschätzung einer beteiligten erwachsenen Person stark von den jeweiligen Betreuer*innen ab. Beteiligung ist in der Feuerwehr vorstrukturiert und findet vor allem dort statt, wo tatsächliche Gestaltungsspielräume bestehen; bei Einsätzen und bestimmten Übungen gelten dagegen feste Zuständigkeiten und Abläufe. Diese klaren Strukturen können zugleich Orientierung geben und Selbstwirksamkeit über konkrete Aufgaben ermöglichen, eröffnen aber nur begrenzte Räume für Selbstorganisation.

5.4 BETEILIGUNG IN KITAS UND SCHULEN

In sächsischen Kitas müssen Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten konzeptionell verankert sein, die entsprechenden Vorgaben werden von einer Fachkraft jedoch als wenig konkret beschrieben. Wie Beteiligung im Alltag tatsächlich gestaltet wird, hängt daher stark vom pädagogischen Personal ab. Gerade bei jüngeren Kindern spielt die Form der Ansprache eine wichtige Rolle: Offene Fragen wie „Was gefällt dir nicht?“ können überfordern, während konkrete Fragen etwa zu einem Essen, Ausflug oder Angebot eine eigene Einschätzung erleichtern. Beteiligung kann beispielsweise bei der Gestaltung des Gruppenraums oder der Planung eines Ausflugs stattfinden.

An Schulen bestehen formalisierte Beteiligungsstrukturen wie Klassen- und Schulsprecher*innen sowie Schülerrät*innen. Deren bloßes Vorhandensein sagt nach Einschätzung der Fachkräfte jedoch wenig über die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten aus. Insbesondere bei der Unterrichtsgestaltung oder grundlegenden Veränderungsvorschlägen nehmen sie geringere Entscheidungsspielräume wahr. Weitergehende Formate wie Klassenräte oder regelmäßige Gesprächsrunden werden als stärker beteiligungsorientiert beschrieben, bestehen jedoch nicht an jeder Schule und hängen wesentlich von einzelnen Lehrkräften und der Unterstützung durch die Schulleitung ab.

Personelle Engpässe erschweren zusätzlich die Umsetzung von Beteiligungsangeboten an Schulen. Fachkräfte berichten, dass Schulen zwar kostenlose externe Angebote anfragen, teilweise jedoch keine Lehrkraft für deren Begleitung bereitstellen können. Dadurch fehlt mitunter eine schulinterne Ansprechperson, die Themen anschließend im Schulalltag weiterführt. Beteiligungsformate treten gegenüber anderen Aufgaben leichter zurück.

5.5 PRÄVENTIVE POTENZIALE VON KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

Die präventiven Wirkungen von Kinder- und Jugendbeteiligung standen nicht im Zentrum der Untersuchung und können hier nur ausschnitthaft betrachtet werden. In den Gesprächen zeigen sich jedoch Hinweise darauf, dass Fachkräfte Beteiligung auch mit präventiven Potenzialen verbinden. Diese sehen sie insbesondere im sozialen Miteinander und im Umgang mit unterschiedlichen Meinungen, Konflikten und Ausgrenzung.

Eine Fachkraft beobachtet in ihrem Arbeitskontext, dass Meldungen zu Mobbing und Ausgrenzung häufiger aus Einrichtungen kommen, in denen Kinder ihrer Wahrnehmung nach weniger beteiligt werden. Sie stellt dabei vorsichtig einen möglichen Zusammenhang her: Beteiligungsprozesse können Kindern Gelegenheiten geben, unterschiedliche Meinungen auszuhalten, Konflikte auszutragen und einen respektvollen Umgang miteinander einzuüben. Auch die Erfahrung, mit der eigenen Perspektive gesehen und gehört zu werden, beschreibt sie als bedeutsam:

> *„Aber ich würde das schon so behaupten tatsächlich, weil ja auch die Beteiligung mit den Kindern, es wird ein tolerantes Miteinander gelebt, ne. Und es werden Werte vermittelt und auch, dass man Meinungen aushalten darf und wie man eben mit Konflikten umgeht und das eben dann schon niederschwellig in dem Kindesalter“ (FG3).*

Ein weiterer möglicher präventiver Ansatz zeigt sich dort, wo Beteiligungsprojekte gezielt für unterschiedliche Gruppen geöffnet und dabei auftretende Vorbehalte nicht ausgeblendet werden. Eine Fachkraft berichtet von einem Kinoprojekt in einer kleinen Gemeinde, bei dem die geplante Einbindung von Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft innerhalb der beteiligten Gruppe eine Diskussion darüber auslöste, wie deren Teilnahme von Besucher*innen aufgenommen werden könnte. Die Fachkraft sieht in solchen Situationen die Möglichkeit, Ausgrenzung und intolerante Einstellungen im gemeinsamen Handeln sichtbar zu machen und zu thematisieren.

Beteiligung ist damit nicht per se als Extremismusprävention zu verstehen. Präventive Potenziale sehen die Gesprächspartner*innen insbesondere dort, wo Kinder und Jugendliche tatsächliche Einflussmöglichkeiten erhalten, unterschiedliche Perspektiven aushandeln können und Konflikte oder Ausgrenzung nicht unbearbeitet bleiben. Beteiligung kann demokratische Handlungserfahrungen ermöglichen, ersetzt jedoch weder die gezielte Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen oder extremistischen Einstellungen noch andere Ansätze der Präventionsarbeit.

6 HERAUSFORDERUNGEN IN BEZUG AUF EXTREMISMUS

Fachkräfte beschreiben im Landkreis Görlitz ein breites Spektrum extremistischer und staatsdelegitimierender Phänomene. Sie nennen vor allem Rechtsextremismus, Reichsbürger*innen bzw. Selbstverwalter*innen, Linksextremismus sowie Islamismus. Die wahrgenommene Relevanz unterscheidet sich dabei je nach Arbeitsfeld. Während für Fachkräfte aus der Verwaltung insbesondere Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen im Vordergrund stehen, legen Fachkräfte aus der Beratung und Prävention Rechtsextremismus als zentrales Arbeitsfeld dar. Linksextreme und islamistische Erscheinungen werden demgegenüber vergleichsweise selten wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich die folgende Analyse auf diese beiden Themenfelder. Diese Schwerpunktsetzung bedeutet jedoch keine Relativierung anderer Formen von Extremismus, sondern ergibt sich aus der besonderen Relevanz dieser Phänomenbereiche im lokalen Kontext des Landkreises.

Der sächsische Verfassungsschutz behandelt Rechtsextremismus sowie Reichsbürger*innen bzw. Selbstverwalter*innen als eigenständige Phänomenbereiche. Zwischen einzelnen Akteur*innen, Ideologieelementen und Argumentationsmustern bestehen jedoch Überschneidungen, unter anderem bei geschichtsrevisionistischen, antisemitischen und nationalistischen Deutungen sowie punktuell in personellen Vernetzungen (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen o.J.a). Der Landesverfassungsschutz ordnet 2,6 % des Reichsbürger- bzw. Selbverwaltermilieus offiziell der rechtsextremen Szene zu (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2026).

6.1 RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremismus umfasst unterschiedliche politische Einstellungen, Ideologieelemente und Handlungsorientierungen. Als gemeinsamer Kern gilt die Annahme einer grundsätzlichen Ungleichwertigkeit von Menschen, häufig verbunden mit ethnisch, rassistisch oder nationalistisch begründeten Gemeinschaftsvorstellungen und der Ablehnung pluralistischer Gesellschaftsformen (Bundesamt für Verfassungsschutz o.J.; Jaschke 2001). Rechtsextreme Ideologien können sich unter anderem aus Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Antifeminismus, autoritären Ordnungsvorstellungen und geschichtsrevisionistischen Positionen speisen (Stöss 2000).

Im Sachsen-Monitor 2023 stimmen je nach abgefragter Aussage etwa 11 % bis 17 % der Befragten explizit rechtsextremen bzw. sozialdarwinistischen Positionen zu; die Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen nahm gegenüber der vorherigen Erhebung um sechs Prozentpunkte zu. Darüber hinaus zeigen sich verbreitete abwertende Einstellungen gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen: 64 % stimmen der Aussage einer gefährlichen „Überfremdung“ Deutschlands zu, 36 % befürworten ein Zuwanderungsverbot für Muslim*innen, 30 % bewerten gleichgeschlechtliche Beziehungen als „unnatürlich“ und 63 % meinen, Deutschland nehme zu viel Rücksicht auf Minderheiten. Auch antisemitische und sexistische Einstellungen sind erkennbar (Schlinkert et al. 2025).

Eine weitere Einstellungsstudie weist zudem auf verbreitete autoritäre und demokratiekritische Deutungsmuster hin, deren Zustimmungsanteile je nach Indikator bei etwa einem Fünftel bis einem Viertel und damit über dem Bundesdurchschnitt liegen (Decker/Kiess/Brähler 2023). Solche Einstellungen sind nicht mit einer rechtsextremen Orientierung gleichzusetzen, können jedoch einen gesellschaftlichen Kontext bilden, in dem einzelne rechtsextreme Deutungen Anschluss finden.

6.1.1 Strukturen, Erscheinungsformen und Dynamiken

Fachkräfte beschreiben im Landkreis Görlitz ein vielfältiges Spektrum rechtsextremer Strukturen, darunter kameradschaftsähnliche Vereinigungen, Kultur- und Szenestrukturen, Parteien[7] sowie bundesweit und grenzüberschreitend vernetzte Akteur*innen. Sie verweisen auf personelle und organisatorische Überschneidungen zwischen unterschiedlichen Teilen der Szene. Rechtsextreme Gruppen sind nach Einschätzung von Fachkräften aus Beratung und Verwaltung in verschiedenen Teilen des Landkreises aktiv, während besonders für dünn besiedelte Gebiete im Norden teilweise Kenntnisse über bestehende Gruppen und Aktivitäten fehlen.

Im Landkreis bestehen organisatorische und räumliche Strukturen. So unterhält das rechtsextremistische „Brigade 8 Chapter Schlesien“[8] in Mücka ein festes Anlauf- und Veranstaltungsobjekt. Auch der bundesweit vernetzte Verein „Ein Prozent“[9] hat einen Vereinssitz in Görlitz. Zugleich wirken rechte Musik-, Kleidungs- und Medienangebote aus dem Landkreis Bautzen in den Landkreis hinein. Orte im Landkreis, etwa Campingplätze im Norden, werden von überregionalen rechtsextremen Akteur*innen für Treffen und Veranstaltungen genutzt. Die beschriebenen Strukturen reichen zudem über den Landkreis hinaus. Eine Fachkraft berichtet von Kontakten zu polnischen Nationalist*innen und gemeinsamen grenzüberschreitenden Aktivitäten.

Für die Stabilität und Ausweitung dieser Strukturen spielen nach Einschätzung von Fachkräften erhebliche materielle und personelle Ressourcen eine Rolle. Rechtsextreme Akteur*innen verfügen demnach über finanzielle Mittel, Immobilien, Veranstaltungsräume und Personen, die viel Zeit in die Organisation und Mobilisierung investieren. Eine Fachkraft beschreibt das Kräfteverhältnis folgendermaßen:

> *„Und wie gesagt, bei denen ist Geld da, die haben die Räume, die haben die Menschen, die ihre Zeit komplett da reininvestieren können, wollen. Also da ist ja immer noch mal eine ganz andere Motivation dahinter. Und es läuft sehr gut. Also wir kommen halt nicht mehr hinterher. Also wir sind nicht mehr in der Prävention, auch nicht im Landkreis. Wir schaffen es noch nicht mal, die Feuer zu löschen“ (FG1).*

Über diese Infrastruktur organisiert die rechtsextreme Szene unterschiedliche politische, kulturelle und freizeitbezogene Angebote. Fachkräfte nennen Rechtsrockkonzerte, Sonnenwendfeiern, Wanderungen, Lieder- und Leseabende, sogenannte Heldengedenken, bürgerwehrähnliche Aktionen sowie die Pflege von Friedhöfen und Gedenkorten. Die beteiligten Gruppen treten dabei nicht immer offen unter ihrem Organisationsnamen auf, veröffentlichen anschließend jedoch professionell gestaltete Beiträge, in denen sie ihre Aktivitäten etwa als Pflege von Brauchtum, Gemeinschaft und soldatischem Gedenken darstellen. Auch Sport dient nach Einschätzung von Fachkräften als gemeinschaftliche Aktivität und Zugang in rechtsextreme Strukturen. Eine Fachkraft berichtet von sogenannten Active Clubs[10] sowie Gruppen, die auf dörflichen Sportplätzen oder bei gemeinsamen Läufen im Wald trainieren. Die „Schlesischen Jungs Niesky“[11] nutzten über längere Zeit sonntags ein öffentliches Volleyballfeld.

---

[7] Zum parteigebundenen Rechtsextremismus im regionalen Umfeld zählen unter anderem der AfD-Landesverband Sachsen, die Freien Sachsen und „Der III. Weg“, die der sächsische Verfassungsschutz als rechtsextremistische Bestrebungen führt. „Der III. Weg“ gründete im Januar 2024 den „Stützpunkt Ostsachsen“, der die Landkreise Bautzen und Görlitz abdecken soll (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2026).

[8] Das „Brigade 8 Chapter Schlesien“ ist ein Ableger der bundesweit bestehenden, rockerähnlich organisierten rechtsextremistischen Gruppierung „Brigade 8“ (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2026).

[9] „Ein Prozent e. V.“ ist ein bundesweit aktiver rechtsextremistischer Verein mit Sitz in Görlitz und Büroadresse in Dresden. Nach Angaben des sächsischen Verfassungsschutzes unterstützt und vernetzt er Akteur*innen und Organisationen der „Neuen Rechten“ und vertritt unter anderem einen ethnisch definierten Volksbegriff (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2026).

[10] „Active Clubs“ sind ein ursprünglich aus den USA stammendes rechtsextremes Organisationskonzept, das lokale (Kampf-)Sportgruppen mit politischer Vernetzung verbindet und insbesondere junge Männer ansprechen soll. In Deutschland entstehen entsprechende Strukturen seit 2024 verstärkt (Bundesamt für Verfassungsschutz 2025).

[11] Die „Schlesischen Jungs Niesky“ sind eine rechtsextreme Gruppierung aus dem Landkreis Görlitz, die der sächsische Verfassungsschutz der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zurechnet (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2026).

Unterschiede zeigen sich zudem in der öffentlichen Sichtbarkeit. Nach Beobachtung einer Fachkraft nutzen Parteien stärker alltagsnahe Formate wie Wanderungen, Parteistände und offene Grillabende, bei denen auch um Mitglieder, Spenden und Nachwuchs für die „Generation Deutschland“ geworben wird. Andere Gruppierungen kommunizieren ihre Angebote stärker über eigene Kanäle.

Fachkräfte berichten außerdem von regelmäßig stattfindenden Demonstrationen z.B. in Niesky und Löbau, zu denen unter anderem rechtsextreme Akteur*innen aus verschiedenen Teilen des Landkreises anreisen. Nach Beobachtung der Fachkräfte verbreiten Redner*innen dort Verschwörungserzählungen und rassistische sowie antisemitische Inhalte. Auch Montagsproteste beschreiben Fachkräfte als Räume, in denen Redner*innen rechtsextreme und menschenfeindliche Aussagen regelmäßig öffentlich äußern. Montagsproteste finden im Landkreis nicht nur in den größeren Städten Görlitz, Zittau und Weißwasser statt, sondern ebenso in kleineren Städten und Ortsteilen wie Löbau, Niesky, Herrnhut sowie Ebersbach und Neugersdorf (Freie Sachsen 2026).

6.1.2 Rechtsextreme Straftaten, Gewalt und Einschüchterungsdynamiken

Fachkräfte und kommunale Akteur*innen berichten von Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen gegen Personen, die sich gegen Rechtsextremismus positionieren. Genannt werden u.a. Beleidigungen und persönliche Drohungen, das gezielte Aufsuchen am Wohnort sowie gefährliche Eingriffe am Eigentum, etwa das Lockern von Radmuttern an Fahrzeugen.

Eine Fachkraft beobachtet in diesem Zusammenhang, dass ältere rechtsextreme Akteur*innen Jugendliche gezielt für riskante oder strafbare Handlungen einsetzen. Auch SUPPORT stellt für ganz Sachsen fest, dass Täter*innen sowie Betroffene rechtsextremer Gewalt jünger werden (SUPPORT/RAA Sachsen e.V. 2024). Auf Seiten der Betroffenen berichtet eine Fachkraft der offenen Jugendarbeit, dass sich insbesondere offen queere oder links positionierte Jugendliche teilweise nicht mehr sicher im öffentlichen Raum fühlen. Sie suchen verstärkt Kontakt zu Gleichgesinnten, weichen teilweise in größere Städte aus und überlegen genauer, an welchen Orten sie sich treffen oder welche Dorffeste sie besuchen.

Fachkräfte berichten außerdem regelmäßig von rechtsextremen Propaganda- und Sachbeschädigungsdelikten, darunter Graffiti sowie dauerhaft in Oberflächen eingeritzten Symbolen und Parolen. Nach Einschätzung der Fachkraft treten solche Vorfälle insbesondere in städtisch geprägten Gebieten auf, in denen viele Menschen aufeinandertreffen.

Zur Einordnung der von den Fachkräften geschilderten Entwicklungen können die polizeilichen Daten zur politisch motivierten Kriminalität herangezogen werden. Fachkräfte aus dem Beratungskontext weisen zugleich darauf hin, dass offizielle Statistiken nur einen Teil der Vorfälle sichtbar machen, da Betroffene Bedrohungen oder Angriffe nicht immer anzeigen und Aktivitäten auf Privatgrundstücken häufig unbekannt bleiben.

Die Zahl der im Phänomenbereich „PMK-rechts“ erfassten Straftaten[12] im Landkreis Görlitz sank von 168 Fällen 2020 auf 122 im Jahr 2021 und 100 im Jahr 2022, stieg anschließend jedoch auf 166 Fälle 2023 und 302 Fälle 2024. Unter den ausgewiesenen Betroffenengruppen befanden sich unter anderem Asylsuchende bzw. Geflüchtete (36 Fälle), Amtsträger*innen (30 Fälle) und Mandatsträger*innen (8 Fälle) (Polizeidirektion Görlitz 2025). Für 2025 liegen Camino keine separat ausgewiesenen Zahlen ausschließlich für den Landkreis Görlitz vor; im gesamten Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Görlitz, der auch den Landkreis Bautzen umfasst, gingen die Fallzahlen gegenüber 2024 um 20 % zurück (Polizeidirektion Görlitz 2026). Der starke

[12] Zur politisch motivierten Kriminalität können unter anderem Propagandadelikte, Volksverhetzung, Beleidigungen, Bedrohungen und Nötigungen, Sachbeschädigungen sowie Gewaltdelikte wie Körperverletzungen, Brandstiftungen oder Landfriedensbruch zählen.

Anstieg im Jahr 2024 ist auch vor dem Hintergrund des intensiven Wahljahres mit Europa-, Kommunal- und Landtagswahl zu betrachten.

Für die Entwicklung rechtsextremer Gewalt und Angriffe stehen unterschiedliche Datengrundlagen zur Verfügung. In der polizeilichen PMK-Statistik wurden für den Landkreis Görlitz 2024 fünf Gewaltdelikte im Phänomenbereich „PMK-rechts“ erfasst. Die zivilgesellschaftliche Opferberatung SUPPORT dokumentierte im selben Jahr 27 rechtsmotivierte Angriffe (SUPPORT/RAA Sachsen e.V. o.J.). Die Zahlen sind aufgrund unterschiedlicher Erfassungskriterien nicht unmittelbar miteinander vergleichbar[13]. Die Zeitreihe von SUPPORT zeigt jedoch einen deutlichen Anstieg: Nach sieben Fällen im Jahr 2020, drei im Jahr 2021 und sechs im Jahr 2022 wurden 2023 17 und 2024 27 Angriffe registriert. 2025 ging die Zahl auf 17 zurück und lag damit weiterhin fast dreimal so hoch wie 2022. Nach Einschätzung der Opferberatungsstellen wurden die Angriffe 2025 vor allem von jungen Personen aus der Neonaziszene verübt.

6.1.3 Aktuelle Erscheinungsformen und Dynamiken im Jugendkontext

Fachkräfte aus Beratung, Bildung und Verwaltung berichten von einer Verjüngung rechtsextremer Szenen und Erscheinungsformen im Landkreis. Teilweise treten nach ihren Beobachtungen bereits 12- oder 13-Jährige in entsprechenden Zusammenhängen in Erscheinung. Bei Jugendlichen nehmen die Gesprächspartner*innen rechtsextreme Positionierungen deutlicher wahr als bei jüngeren Kindern. Rechtsextreme Äußerungen, Symbole oder Zugehörigkeitsbekundungen werten sie nicht grundsätzlich als Ausdruck eines bereits gefestigten rechtsextremen Weltbildes. Ein Teil der Jugendlichen befindet sich vielmehr noch in politischen Orientierungsprozessen, erprobt Positionen und verortet sich innerhalb des eigenen sozialen Umfelds. Politische Unterschiede führen nach Beobachtung einer Fachkraft teilweise zu Konflikten in Freundeskreisen bis hin zum Abbruch von Freundschaften.

Als wichtige Einflüsse auf politische Orientierungen beschreiben Fachkräfte das familiäre und soziale Umfeld sowie digitale Medien. Gerade bei jüngeren Jugendlichen beobachtet bzw. vermutet eine Fachkraft aus der Bildungsarbeit, dass entsprechende Positionen teilweise aus dem Elternhaus oder von älteren Geschwistern übernommen werden. Daneben berichten Fachkräfte von Jugendlichen, die sich bewusst von politischen Positionen ihres Elternhauses abgrenzen. Zusätzlich können Jugendliche über soziale Medien wie TikTok und Instagram innerhalb kurzer Zeit wiederholt mit rechtsextremen Inhalten in Kontakt kommen.

Eine besondere Bedeutung schreiben Fachkräfte dem unmittelbaren sozialen Umfeld und Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu. Diese sind auch vor dem Hintergrund einer stärkeren Sichtbarkeit und Vernetzung rechtsextremer Jugendmilieus relevant (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen o.J.b). Wo solche Akteur*innen und Orientierungen lokale Jugendzusammenhänge prägen und zugleich wenige attraktive oder erreichbare Alternativen bestehen, kann die Zugehörigkeit zu Freundeskreisen und Freizeitkontexten den Zugang zu rechtsextremen Positionen erleichtern.

Fachkräfte berichten zugleich von einer aktiven Ansprache junger Menschen durch rechtsextreme Akteur*innen, die Kontakte aufbauen und Jugendliche längerfristig in bestehende Strukturen einbinden. Teilweise verfügen Personen aus der rechtsextremen Szene über ihre berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit über einen unmittelbaren Kontakt zu jungen Menschen (vgl. Kap. 6.1.4). Nach Einschätzung einer Fachkraft knüpfen sie dabei auch an lokale und ostdeut-

[13] Die polizeiliche PMK-Statistik und die Statistik von SUPPORT beruhen auf unterschiedlichen Erfassungskriterien. Die Polizei erfasst Straftaten, bei denen ein politisch rechtes Tatmotiv festgestellt wird, und weist innerhalb dieser Gesamtzahl unter anderem Gewaltdelikte gesondert aus. SUPPORT dokumentiert demgegenüber rechtsmotivierte Angriffe aus der Perspektive der Betroffenen und kann auch Fälle erfassen, die nicht angezeigt oder polizeilich nicht als politisch motiviert eingeordnet wurden. Die jeweiligen Fallzahlen sind daher nicht unmittelbar miteinander vergleichbar.

sche Zugehörigkeitserzählungen an und bieten Gemeinschaft. Hinzu kommen gezielt auf jüngere Menschen ausgerichtete Freizeitangebote. Als Beispiel wird die völkisch ausgerichtete „Wanderjugend Oberlausitz“ genannt, für die eine Fachkraft zunehmenden Zulauf wahrnimmt.

Einzelne Fachkräfte aus Jugendarbeit und Beratung berichten zudem von rechtsextremen Einflüssen in selbstverwalteten Jugendclubs im ländlichen Raum. Junge Menschen erzählen ihnen dort unter anderem von Musik mit fremdenfeindlichen oder diskriminierenden Inhalten. Eine Fachkraft führt an, dass rechtsextreme Akteur*innen einzelne selbstverwaltete Jugendclubs gezielt aufsuchen. Nach ihrer Schilderung bringen sie beispielsweise Bier und Zigaretten mit, organisieren Partys, vermitteln DJs oder stellen Musiktechnik zur Verfügung und greifen dabei aktuelle Interessen Jugendlicher wie Hard-Tekk[14] auf. Als zusätzliche Herausforderung beschreibt sie eine teilweise geringe pädagogische Begleitung solcher Treffpunkte: Wo Erwachsene vor allem organisatorische Fragen begleiten und nur begrenzte Einblicke in die inhaltliche Nutzung haben, können rechtsextreme Akteur*innen nach ihrer Einschätzung leichter Kontakte aufbauen. Einer befragten Fachkraft aus der Verwaltung lagen dagegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor, sodass die Aussagen auf punktuelle und unterschiedlich sichtbare Entwicklungen und nicht auf einen flächendeckenden Befund verweisen.

6.1.3.1 RECHTSEXTREME ERSCHEINUNGSFORMEN UND HERAUSFORDERUNGEN IM SCHULISCHEN KONTEXT

Auch im schulischen Kontext ist sachsenweit eine Zunahme politisch motivierter Straftaten zu beobachten. Nach Angaben des sächsischen Aktionsplans gegen Extremismus stieg die Zahl der im Phänomenbereich „PMK-rechts“ erfassten Straftaten mit Tatortbezug Schule von 58 Fällen im Jahr 2021 auf 214 Fälle im Jahr 2025[15]. Der Aktionsplan gegen Extremismus ordnet Schulen zunehmend als Resonanzräume gesellschaftlicher politischer Auseinandersetzungen ein. Die Vorfälle verteilen sich über unterschiedliche Regionen und Schularten hinweg (Sächsisches Staatsministerium für Kultus et al. 2026).

Die lokalen Beobachtungen der Fachkräfte umfassen ein breites Spektrum menschenfeindlicher, verschwörungsideologischer und rechtsextremer Äußerungen und Symboliken. Eine Fachkraft aus dem Beratungskontext benennt Reichs- oder Hakenkreuzflaggen. Eine Fachkraft aus der Bildungsarbeit berichtet bereits aus fünften Klassen von rassistischen, homophoben und sexistischen Beleidigungen. Einzelne Schüler*innen nehmen die Abwertung bestimmter Gruppen dabei nicht als problematisch wahr. Bei älteren Schüler*innen begegnen Fachkräften zudem Fake News und Verschwörungserzählungen sowie Aufkleber rechtsextremer Parteien, Kleidung rechtsextremer Marken und weitere Erkennungszeichen der Szene. Zugleich werden abwertende und rechtsextreme Positionen nach Beobachtung einer Fachkraft offener im Unterricht vertreten. In nahezu jeder Klasse gibt es jedoch nach Einschätzung dieser Fachkraft einzelne Schüler*innen, die deutlich widersprechen, während eine größere Gruppe häufig still bleibt.

Schule und familiäres Umfeld stehen dabei in einem wechselseitigen Verhältnis. Schüler*innen tragen nach Beobachtung einer Fachkraft politische Überzeugungen aus dem familiären Bezugssystem in die Schule, bringen aber auch Inhalte politischer Bildungsangebote zurück in ihre Familien. Einzelne Eltern reagieren darauf mit Beschwerden und Vorwürfen hinsichtlich politischer Einseitigkeit. Während allgemeine Hinweise zur Mediennutzung bei Elternabenden überwiegend auf Zustimmung treffen, führen Themen wie Fake News, Faktenchecks oder konkrete

[14] Hard-Tekk ist eine besonders schnelle und harte elektronische Musik- und Ravekultur, die sich vor allem in Ostdeutschland entwickelt hat. Recherchen zeigen rechtsextreme Einflüsse in Teilen der Szene, etwa durch entsprechende Codes und Botschaften, die Verbreitung von Musik in rechtsextremen Social-Media-Kontexten sowie einzelne Akteur*innen mit Bezügen zur rechtsextremen Szene (Müller-Mahn/Wagner 2026)

[15] Die Zahlen bilden nur die polizeilich bekannt gewordenen und als politisch motiviert eingeordneten Vorfälle ab und damit lediglich einen Ausschnitt des tatsächlichen Geschehens.

politische Beispiele eher zu ablehnenden Reaktionen. Zugleich beschreiben Fachkräfte die Einbeziehung von Erziehungsberechtigten in die Präventionsarbeit als wichtig, aber schwierig. Thematische und teilweise auch reguläre Elternabende werden zum Teil nur schwach besucht.

Auch innerhalb der Schulen sehen die Gesprächspartner*innen Unsicherheiten im Umgang mit rechtsextremen Positionen. Fachkräfte führen dies unter anderem auf die Sorge von Lehrkräften und Schulleitungen vor Konflikten mit Eltern, öffentlichen Angriffen und politischen Anfragen zurück. Rechtsextreme Akteur*innen stellen eine Positionierung gegen extremistische und demokratiefeindliche Aussagen nach Wahrnehmung der Fachkräfte wiederholt als Verstoß gegen die parteipolitische Neutralität[16] von Schulen dar und nutzen entsprechende Vorwürfe für öffentliche Angriffe. Welche Dynamik daraus entstehen kann, verdeutlichen die Gesprächspartner*innen am Beispiel eines Workshops an einer Schule im Landkreis, bei dessen Durchführung es nach Einschätzung einer Fachkraft zu Problemen kam. Obwohl die Schule nach Einschätzung einer Fachkraft angemessen reagierte, griffen rechtsextreme Akteur*innen und Medien den Vorfall auf, verbreiteten teilweise falsche oder unbestätigte Behauptungen und stellten das Angebot als „Zwangssexualisierung“ dar. Die Auseinandersetzung weitete sich bis in Bürgerversammlungen und Gemeinderatssitzungen aus und führte nach Angaben der Fachkraft auch unter Schulleitungen, Lehrkräften und Schulsozialarbeiter*innen zu Verunsicherung.

Rechtsextreme politische Bezüge werden nicht ausschließlich bei Schüler*innen und Eltern wahrgenommen. Während Fachkräfte aus der Verwaltung berichteten, dass ihnen keine entsprechenden Fälle unter Lehrkräften bekannt sind, geben andere Gesprächspartner*innen an, einzelne Lehrkräfte mit rechtsextremen politischen Bezügen zu kennen.

Schließlich bestehen aus Sicht der Fachkräfte Herausforderungen bei der nachhaltigen Verankerung von Präventions- und Bildungsarbeit im schulischen Alltag. Schulen fehlen hierfür häufig Zeit und personelle Ressourcen. Geeignete Projekte und Finanzierungsmöglichkeiten müssen teilweise selbst recherchiert und organisiert werden; bestehende Landesangebote sind nicht überall bekannt oder leicht zugänglich. Hinzu kommt die fehlende personelle Kontinuität. Externe Träger arbeiten teilweise auf Grundlage kurzer Projektförderungen, während zugleich Stellen in der Schulsozialarbeit wegfallen. Dies erschwert nach Einschätzung der Fachkräfte den Aufbau verlässlicher Beziehungen und dauerhafter Ansprechstrukturen. Einzelne Projekttage können die Herausforderungen aus ihrer Sicht nicht auffangen, längerfristige Formate lassen sich jedoch schwieriger in den regulären Schulalltag integrieren.

6.1.4 Gesellschaftliche Einbettung rechtsextremer Einstellungen und Strukturen

Insgesamt zeigen die Gespräche rechtsextreme Einstellungen und Akteur*innen nicht ausschließlich innerhalb abgegrenzter Szenestrukturen, sondern auch in alltäglichen sozialen, ehrenamtlichen und institutionellen Zusammenhängen. Fachkräfte berichten von einem teilweise fehlenden gemeinsamen Problembewusstsein und unterschiedlichen Einschätzungen dazu, wo Rechtsextremismus beginnt. Rechtsextreme Akteur*innen greifen dabei unterschiedliche gesellschaftliche Themen auf und versuchen, an bestehende Einstellungen und Konflikte anzuknüpfen. Genannt werden insbesondere Rassismus, aber auch Klimawandelleugnung und die Ablehnung von Geschlechtervielfalt[17].

Zugleich beschreiben Fachkräfte vor allem in kleineren Orten keine durchgängig klare soziale Trennung zwischen Personen mit rechtsextremen Einstellungen oder Bezügen und der übrigen

[16] Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es bei dem Neutralitätsgebot um parteipolitische Neutralität geht, nicht um Neutralität gegenüber Werten oder Menschenfeindlichkeit (Kulturbüro Sachsen e.V. 2025).

[17] Solche Einstellungen und Abwertungen sind nicht grundsätzlich mit einer rechtsextremen Orientierung gleichzusetzen, bilden jedoch einen zentralen Bestandteil rechtsextremer Ideologien und können Anknüpfungspunkte für rechtsextreme Deutungen und Mobilisierung schaffen.

Bevölkerung. Enge persönliche Beziehungen prägen dort auch den Umgang mit politischen Differenzen. Konflikten wird teilweise aus dem Weg gegangen. Anders als in größeren Städten kommt es nach Wahrnehmung der Gesprächspartner*innen seltener zu eindeutigen sozialen Abgrenzungen.

Rassistische Äußerungen werden nach Angaben einer Fachkraft bereits unter Kindern im Kita- und Grundschulalter beobachtet, ebenso von Eltern und Fachpersonal. Fachkräfte berichten zudem von Diskriminierung im Alltag Betroffener, etwa von demonstrativem Ausweichen bis zu offenen Beleidigungen gegenüber Menschen, die als migrantisch wahrgenommen werden. Auch innerhalb formal zugänglicher Angebote zeigen sich Ausgrenzungen. Eine Fachkraft erzählt von migrantischen Kindern, die in Sportvereinen zwar am Training teilnehmen, trotz guter Leistungen jedoch nicht bei Spielen eingesetzt werden. Mehrere Fachkräfte sehen geringe persönliche Kontakte zwischen Zugewanderten und der übrigen Bevölkerung zugleich als einen Faktor, der ablehnende Haltungen stabilisieren kann. Aus einer kleineren Gemeinde wird etwa berichtet, dass dort lebende Geflüchtete einen großen Teil ihres Alltags außerhalb des Ortes verbrachten und deshalb vor Ort nur wenige alltägliche Berührungspunkte entstanden. Das Ausbleiben offener Konflikte wurde gerade mit dieser Distanz erklärt; zugleich blieben Möglichkeiten für Begegnung und lokale Einbindung begrenzt. Fachkräfte führen darüber hinaus Familien mit Migrationshintergrund an, die sich aufgrund ablehnender Haltungen zunehmend unwohl fühlen und erwägen, die Region wieder zu verlassen. Für betroffene Menschen sehen die Befragten nur wenige Orte, die verlässlich Schutz bieten. Genannt werden einzelne kleinere Veranstaltungsorte mit klaren Hausordnungen und Verantwortlichen, die bei Vorfällen eingreifen. Bei größeren Veranstaltungen nehmen die Fachkräfte solche geschützten Räume deutlich seltener wahr.

Fachkräfte beobachten zugleich eine voranschreitende Normalisierung rechtsextremer Aktivitäten und Positionen in Teilen der Zivilgesellschaft sowie auf politischer Ebene. Eine Fachkraft berichtet, dass rechtsextreme Veranstaltungen, Feste und andere Angebote in Teilen der Bevölkerung zunehmend akzeptiert und besucht werden. Besonders sichtbar wird diese Entwicklung nach Einschätzung der Fachkräfte bei Dorf-, Vereins- und Fußballveranstaltungen. Dort werden z.B. rassistische Äußerungen, Fangesänge oder entsprechend umgedeutete Lieder teilweise von größeren Gruppen aufgegriffen. Veranstalter*innen oder andere Anwesende setzen ihnen nach Beobachtung einer Fachkraft aus dem Beratungskontext seltener deutliche Grenzen. Gerade in dieser geringeren Bereitschaft, abwertende oder rechtsextreme Äußerungen zurückzuweisen, sieht eine Fachkraft eine Veränderung:

> *„Was sich aber definitiv verändert hat, ist dieser Offene … In so einem Dorfzelt, wenn da 100, 300 Leute ‚Ausländer raus' grölen und weiter, das wäre vor fünf, sechs Jahren noch mal ganz anders innerhalb der Dorfgemeinschaft untersagt worden. Jetzt ist es eher so, naja, das haben die doch alle nicht so gemeint. Macht da mal kein Fass auf. Das hat sich massiv verändert" (FG2).*

Rechtsextreme Akteur*innen und Personen mit rechtsextremen Einstellungen treten nach Einschätzung einer Fachkraft innerhalb bestehender Vereine und lokaler Institutionen auf. Sie beschreibt es als Strategie, sich etwa in Feuerwehren, Sportvereinen, Kitas und anderen Einrichtungen zu engagieren, dort zunächst wenig aufzufallen und über dieses Engagement Kontakte (auch zu jungen Menschen) aufzubauen[18]. Daraus entstehen in der Praxis schwierige Abgrenzungsfragen. Am Beispiel der Jugendfeuerwehr wird dies besonders deutlich. Eine Fachkraft berichtet, dass der Umgang mit rechtsextremen Äußerungen zwischen den einzelnen Feuerwehren variiert und wesentlich von Führungskräften und Jugendwart*innen geprägt wird. Zugleich erschwert der Mangel an ehrenamtlich Engagierten aus ihrer Sicht einen konsequenten

[18] Die Beobachtung, dass rechtsextreme Einstellungen auch innerhalb ehrenamtlicher Strukturen auftreten, entspricht einem breiteren Befund der Engagementforschung. Eine Sonderauswertung der Leipziger Autoritarismus Studie 2024 zeigt, dass Engagierte zwar insgesamt häufiger demokratische und seltener rechtsextreme Einstellungen aufweisen als Nichtengagierte, zugleich aber auch unter ihnen rechtsautoritäre Einstellungsmuster vorkommen (Hoffmann et al. 2025).

Ausschluss von Personen. Ein ähnliches Dilemma schildert eine Fachkraft bei lokalen Angeboten, die nur deshalb bestehen bleiben, weil entsprechende Personen Verantwortung übernehmen. Fachkräfte beschreiben daher teilweise schwierige Abwägungen zwischen klarer Abgrenzung, dem Erhalt lokaler Strukturen und der Hoffnung, über die Einbindung in gemeinsame Aufgaben und soziale Beziehungen eine weitere Radikalisierung zu verhindern. Dass rechtsextrem eingestellte Personen in bestehenden Gruppen aktiv bleiben, wird zum Teil bewusst in Kauf genommen und von den Befragten selbst als schwieriger Kompromiss beschrieben.

Auch außerhalb ehrenamtlicher Strukturen kann die Sorge vor Konflikten eine eindeutige Positionierung erschweren. Eine Fachkraft berichtet, dass Unternehmen bei einer klaren öffentlichen demokratischen Positionierung teilweise mit negativer Berichterstattung oder anderen Angriffen rechnen. Aus Sorge vor Konflikten innerhalb der Belegschaft oder wirtschaftlichen Nachteilen vermeiden manche Betriebe nach ihrer Wahrnehmung eine eindeutige Positionierung.

6.2 REICHBÜRGER*INNEN BZW. SELBSTVERWALTER*INNEN

Reichsbürger*innen und Selbstverwalter*innen bilden kein einheitliches Milieu, sondern unterscheiden sich in ihren Motiven, Argumentationen und Organisationsformen. Gemeinsam ist ihnen die Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Institutionen oder Rechtsordnung. Während sich Reichsbürger*innen häufig auf den vermeintlichen Fortbestand des Deutschen Reiches berufen, erklären Selbstverwalter*innen sich selbst oder ihr Grundstück teilweise für rechtlich autonom. Zur Begründung greifen Angehörige der Szene unter anderem auf geschichtsrevisionistische Deutungen, Verschwörungserzählungen oder ein selbst definiertes Naturrecht zurück. Die Ablehnung staatlicher Autorität zeigt sich beispielsweise in der Zurückweisung behördlicher Zuständigkeiten und amtlicher Dokumente, in umfangreichen Schreiben an Behörden oder der Errichtung eigener Pseudostaaten und Parallelstrukturen (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2026).

Der Sachsen-Monitor erfasst keine Zugehörigkeit oder Nähe zum Reichsbürger- und Selbstverwaltermilieu. Seine Ergebnisse zeigen jedoch, dass verschwörungsideologische und grundsätzlich staatsmisstrauische Deutungen in der Bevölkerung Anschluss finden. So stimmten 47 % der Befragten der Aussage voll oder eher zu, die Regierung verschweige der Bevölkerung die Wahrheit; 43 % betrachteten Politiker*innen als Marionetten dahinterstehender Mächte und 42 % meinten, Medien und Politik steckten „unter einer Decke“. Ein Drittel der Befragten sah Deutschland inzwischen eher als Diktatur denn als Demokratie. Diese Einstellungen dürfen nicht mit der Leugnung der Bundesrepublik oder einer Zugehörigkeit zum Reichsbürgermilieu gleichgesetzt werden, verdeutlichen aber mögliche gesellschaftliche Anknüpfungspunkte für entsprechende Erzählungen (Schlinkert et al. 2025).

6.2.1 Strukturen, Erscheinungsformen und Dynamiken

Fachkräfte beschreiben Sachsen als einen bundesweiten Schwerpunkt der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene. Auch im Landkreis Görlitz bestehen überregional vernetzte Strukturen und Szeneorte. Eine Fachkraft legt zudem einen gezielten Zuzug von Personen aus entsprechenden Milieus dar und verweist auf den Ruf des Landkreises als Rückzugsraum für die Reichsbürgerszene, in dem man vergleichsweise unbehelligt leben kann. Im Umfeld der Stadt Görlitz benennen Fachkräfte mit Schloss Ober-Neundorf einen überregional relevanten Treffpunkt mit Bezügen zur rechtsesoterischen Anastasia-Bewegung.

Die Ablehnung staatlicher Institutionen zeigt sich maßgeblich im unmittelbaren Kontakt mit kommunalen Verwaltungen. Eine Verwaltungsfachkraft berichtet von umfangreichen pseudojuristischen Schreiben, fiktiven Forderungen oder der Zurückweisung von Zuständigkeiten. Teilweise kommen Beleidigungen, Drohungen oder hohe Schadensersatzforderungen hinzu. Für entsprechende Schreiben kursieren auch Mustervorlagen im Internet.

Eine Herausforderung für die Einschätzung lokaler Entwicklungen insbesondere beim Kauf von Immobilien liegt im Informationsfluss zwischen den Gemeinden und Strukturen des Landkreises bzw. Landes. Nach Aussage einer Verwaltungsfachkraft werden Bestrebungen von Selbstverwalter*innen, aber auch Rechtsextremist*innen (vgl. Kap. 6.1) auf Landkreisebene teilweise erst bekannt, wenn Kommunen entsprechende Hinweise weitergeben. Gleichzeitig bestehen vor Ort nicht überall klar benannte bzw. kurzfristig erreichbare Ansprechpersonen für solche Fälle. Lokale Entwicklungen werden dadurch teilweise nur punktuell oder zeitverzögert sichtbar.

Eine Fachkraft berichtet zudem von einer zweitägigen Veranstaltung in gemeindeeigenen Räumlichkeiten, an der ein Akteur aus einem Netzwerk alternativer Bildungs- und Freilernerangebote Vorträge zu den Themen Lernen und Gesundheit hielt (WissenSchafft Freiheit 2025). Dieser wird zudem mit der sogenannten „Germanischen Neuen Medizin“ in Verbindung gebracht (Amadeu Antonio Stiftung 2024, MDR Fernsehen 2025). Die Fachkraft bewertet die Bereitstellung kommunaler Räumlichkeiten für eine solche Veranstaltung als öffentliche Aufwertung. Aus ihrer Sicht kann dadurch bei Besucher*innen der Eindruck entstehen, die dort vertretenen Akteur*innen und Inhalte seien institutionell geprüft oder gesellschaftlich unproblematisch.

6.2.2 Schulpflichtverletzungen und elternveranlasster Schulentzug

Fachkräfte berichten von einer deutlichen Zunahme längerfristiger Schulpflichtverletzungen im Landkreis. Unter diesen Fällen befinden sich auch Familien aus dem Reichsbürger- und Selbstverwaltermilieu, die das staatliche Schulsystem ablehnen und ihre Kinder dem regulären Unterricht entziehen. Eine zentrale Herausforderung stellt zunächst die klare Zuordnung solcher Fälle dar, da es verschiedenste Gründe und Motivationen für Schulpflichtverletzungen und die Ablehnung des deutschen Schulsystems gibt. Im Falle von Reichsbürger*innen bzw. Selbstverwalter*innen beginnt dies teilweise bereits vor der Einschulung, wenn Kinder nicht zur Schuleingangsuntersuchung oder Schulanmeldung vorgestellt werden und Eltern auf Kontaktversuche nicht reagieren. In anderen Fällen besuchen Kinder zunächst regulär eine Schule und werden später aus dem Unterricht genommen.

Die Corona-Pandemie beschreiben Fachkräfte als einen deutlichen Einschnitt. Im Zuge der Schulschließungen entstanden vermehrt private Lernkreise und informelle Lerngruppen, in denen Eltern ihre Kinder selbst unterrichteten. Ein Teil der Familien hielt auch nach Wiederaufnahme des regulären Unterrichts an solchen Formen fest. Bei länger andauerndem Schulentzug sehen Fachkräfte erhebliche Risiken für die Bildung und soziale Entwicklung. Eine Fachkraft berichtet von Fällen, in denen der Unterricht durch die Eltern keinen altersgemäßen Lernfortschritt sicherstellt. Zudem können regelmäßige Kontakte zu Gleichaltrigen und die Auseinandersetzung mit anderen Sichtweisen eingeschränkt sein. Mit zunehmender Dauer erschwert sich nach ihrer Einschätzung auch die Rückkehr in den regulären Unterricht. Damit können Risiken für einen Schulabschluss und weitere Bildungswege verbunden sein.

Die Bearbeitung solcher Fälle wird nach Angaben von Verwaltungsfachkräften zusätzlich durch die Grenzlage und teilweise unklare Zuständigkeiten erschwert. Sie berichten von Familien, die ihre Kinder gezielt ins Ausland abmelden, ohne dass den beteiligten Stellen anschließend eine neue Anschrift vorliegt[19]. Dadurch lässt sich teilweise nur mit erheblichem Aufwand klären, wo sich die Kinder tatsächlich aufhalten und ob sie eine Schule im Ausland besuchen oder weiterhin in privaten Lernzusammenhängen unterrichtet werden. Fachkräfte aus der Verwaltung beschreiben darüber hinaus teilweise Unklarheiten darüber, welche Aufgaben Schule, Schulverwaltung, Jugendamt, Ordnungsamt, Polizei und Gerichte in solchen Fällen jeweils übernehmen.

[19] Nicht gemeint sind Fälle, in denen Kinder tatsächlich und regulär eine Schule, z.B. in Polen, besuchen. Grenzüberschreitende Schulbesuche sind hiervon zu unterscheiden.

7 RESSOURCEN UND POTENZIALE

Im Folgenden werden die vorhandenen Ressourcen dargestellt, die zur Bearbeitung der zuvor skizzierten Herausforderungen beitragen können. Zunächst werden die Akteurslandschaft und Strukturen betrachtet (Kap. 9.1)[20]. Anschließend werden weitere bestehende Potenziale und Erfahrungen beschrieben, die als wichtige Grundlagen für die Bearbeitung der Problemlagen gelten können (Kap. 9.2).

7.1 AKTEURSLANDSCHAFT UND STRUKTUREN

Im Landkreis Görlitz bestehen verschiedene Strukturen und Akteur*innen, an die Aktivitäten in den Bereichen Kinder- und Jugendbeteiligung, Demokratiebildung und Extremismusprävention anknüpfen können. Diese reichen von kommunalen und öffentlichen Stellen über Kinder- und Jugendhilfe, Vereine und ehrenamtliche Initiativen bis zu Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, lokalen und landkreisweiten Kooperationsstrukturen, überregionalen Fachträgern sowie Unternehmen und Stiftungen. Während einige Akteur*innen bereits mit der PfD zusammenarbeiten bzw. zusammengearbeitet haben, bestehen zu anderen noch Entwicklungsmöglichkeiten bzw. kein Kontakt.

Mit der Partnerschaft für Demokratie (PfD) verfügt der Landkreis über eine etablierte Struktur zur Förderung demokratischen Engagements. Das zugehörige Bündnis ist bereichsübergreifend zusammengesetzt und bündelt eine überschaubare Anzahl vor allem verwaltungsnaher, bildungsbezogener und zivilgesellschaftlicher Perspektiven. Vertreten sind unter anderem Akteur*innen aus der Erwachsenenbildung, Jugend- und Schulsozialarbeit, Schülerinnenvertretung, Kita-Fachberatung, Gleichstellung, Extremismusprävention, digitalen Bildung und dem Bildungsmonitoring. Mit der Seniorenvertretung ist zudem eine generationenbezogene Perspektive eingebunden. Das Bündnis berät über die strategische Ausrichtung, unterstützt die Vernetzung lokaler Akteur*innen und spricht Förderempfehlungen für eingereichte Projektanträge aus. Damit stellt es eine wichtige Schnittstelle zwischen Verwaltung, Fachstrukturen und einzelnen zivilgesellschaftlichen Perspektiven dar. Zugleich legt die Zusammensetzung nahe, dass lokale Initiativen, freie Träger und selbstorganisierte Akteur*innen bislang nur begrenzt abgebildet sind.

Folgende Akteur*innen sind Teil des Bündnisses:

- Fachbereich Beruf, Arbeit und Digitales, Volkshochschule Dreiländereck,
- Seniorenvertretung/Bürgerin,
- Schulsozialarbeiterin, Mobile Jugendarbeit & Soziokultur Weißwasser e.V.,
- Schülervertretung, Kreisschülerrat Görlitz,
- Kita-Fachberaterin, Landratsamt Görlitz,
- Referatsleitung Gleichstellung, Kreisfeuerwehrverband Görlitz e.V.,
- Extremismusbeauftragte, Landratsamt Görlitz,
- Geschäftsführer, Social Web macht Schule gGmbH,
- Bildungsmonitorin, Landratsamt Görlitz.

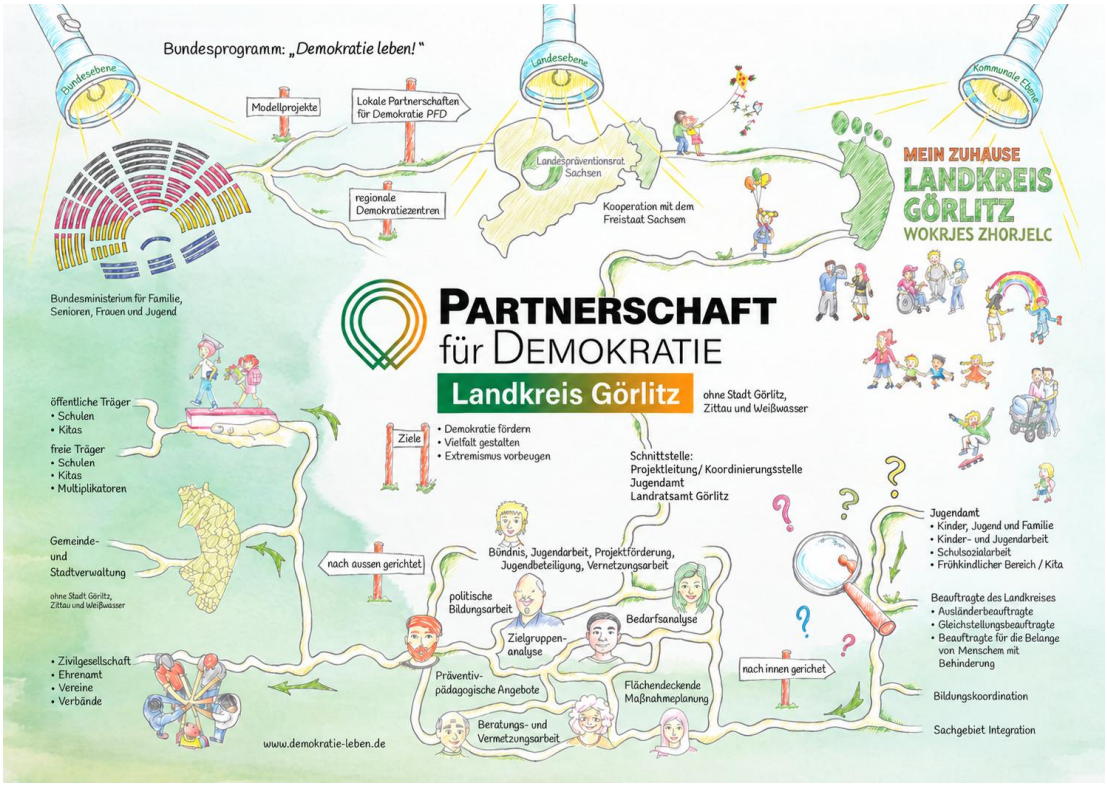
7.1.1 Partnerschaft für Demokratie als Förder-, Beratungs- und Vernetzungsstruktur

Die Partnerschaft für Demokratie (PfD) wird in mehreren Gesprächen als wichtige Unterstützungsstruktur beschrieben. Sie stellt Fördermittel bereit, berät Träger und Kommunen, vermittelt Kontakte sowie externe Expertise und verbindet lokale Vorhaben mit bestehenden Unterstützungsstrukturen. Angesichts begrenzter kommunaler Mittel und knapper Ressourcen für Kinder-

[20] Aufgrund des begrenzten Umfangs der Analyse und der Größe des Landkreises stellt die Aufzählung nur einen Ausschnitt der aktiven Akteur*innen und Strukturen im Landkreis dar. Die hier genannten Akteur*innen und Strukturen sind maßgeblich solche, die die Gesprächspartner*innen von Camino thematisiert haben.

und Jugendarbeit wird sie von einer langjährig mit ihr zusammenarbeitenden Fachkraft als wichtige Ergänzung bewertet.

Abbildung 2: Netzwerkkarte der PfD des Landkreises Görlitz



Eine Funktion der PfD liegt in der finanziellen und beratenden Unterstützung lokaler Vorhaben. Mehrere Beispiele zeigen, dass auch kleinere Förderungen längerfristige Entwicklungen anstoßen können, wenn sie auf vorhandene Ideen und engagierte Personen treffen. So wurde ein zunächst mit 1.000 Euro gefördertes Dorfkino über mehrere Jahre weitergeführt und entwickelte sich zu einem von Jugendlichen mitgetragenen Projekt. Auch ein zunächst mitfinanzierter Jugendclub wird inzwischen selbstständig weitergeführt. Im Kontext der Kinderräte wird ebenfalls von mehrjähriger Zusammenarbeit und Kofinanzierung berichtet. Einzelne kommunale Akteur*innen bewerten zudem die Antragstellung als vergleichsweise unkompliziert und die Weitergabe von Förderinformationen als aktiv und regelmäßig, während freie Träger Kommunikation und Zugänglichkeit teilweise kritischer einschätzen.

Im Rahmen der PfD werden aktuell Jugendforen in Jonsdorf, Rothenburg O.L. und Markersdorf umgesetzt. Die Jugendforen dienen nicht nur der Beteiligung vor Ort, sondern liefern der PfD Hinweise dazu, wie Jugendliche besser erreicht und angesprochen werden können, welche Formate sie ansprechen und welche Faktoren Beteiligung fördern oder erschweren. Zugleich werden konkrete Anliegen auf Gemeinde- und Landkreisebene sowie eigene Projektideen gesammelt. Zu den Angeboten der PfD im Bereich Jugendbeteiligung gehört u.a. ein Planspiel zur Kommunalpolitik, das in den vergangenen Jahren gemeinsam mit Oberschulen in Schleife, Rietschen und Krauschwitz umgesetzt wurde. Das Format ermöglicht jungen Menschen, kommunalpolitische Entscheidungsprozesse praktisch kennenzulernen und eigene Anliegen einzubringen.

Eine weitere zentrale Funktion liegt darin, lokale Erfahrungen und vorhandene Expertise miteinander zu verbinden. Gerade ehrenamtlich getragene Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte organisieren einen gemeindeübergreifenden Erfahrungsaustausch nach Einschätzung einer Fachkraft nicht ohne Weiteres selbst. Die PfD versucht daher, Kontakte zwischen Initiativen

herzustellen und lokale Erfahrungen mit Fördermöglichkeiten und externer Expertise zu verknüpfen, bspw. im Rahmen thematischer Demokratiekonferenzen (z.B. zu Kinderbeteiligung); dies gelingt bislang jedoch nur teilweise und nicht flächendeckend.

Darüber hinaus organisiert die PfD Fachtage (z.B. zum Umgang mit menschenfeindlichen Jugendlichen) unter Einbindung externer Fachakteur*innen und vermittelt spezialisierte Beratungsangebote. Dabei greift sie unter anderem auf das Landesamt für Verfassungsschutz, das Expertennetzwerk Extremismus sowie auf über „Weltoffenes Sachsen“ geförderte Fachträger zurück.

Für die Ansprache und Unterstützung nutzt die PfD bestehende Strukturen und Kontakte. Ämter wie z.B. das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) werden als Multiplikatoren einbezogen. Ein regelmäßiger behördenübergreifender Austausch ist u.a. mit dem kommunalen Präventionsrat (KPR) des Landkreises Görlitz gegeben. Mit dem Kreisschülerrat wurden Wahrnehmungen und Unterstützungsbedarfe zu Extremismus im schulischen Umfeld erhoben. Zum Erhebungszeitpunkt war zudem ein Jugendforum mit rund 50 Mitgliedern von Jugendfeuerwehren aus dem Landkreis geplant. Über die Website der PfD werden bestehende Angebote gebündelt sichtbar gemacht. Dort werden auch externe Projekte wie z.B. FlexJuMa vorgestellt.

Den umfangreichen Aufgaben stehen begrenzte finanzielle und personelle Ressourcen sowie rund 50 Kommunen im Fördergebiet gegenüber.

Grenzen zeigen sich insbesondere bei der Erreichbarkeit unterschiedlicher Zielgruppen. Während Schulen über längerfristige Kooperationen in der Vergangenheit vergleichsweise gut erreicht werden konnten, fällt die Resonanz auf einzelne Workshops und Veranstaltungen inzwischen geringer aus. Erreicht werden vor allem hauptamtliche Fachkräfte aus Schule, Verwaltung oder sozialen Arbeitsfeldern, deutlich seltener ehrenamtlich Engagierte[21]. Zugleich reichen ein relevantes Thema und ein wahrgenommener Bedarf nicht immer aus, um Teilnehmende zu gewinnen. Vergleichsweise gute Resonanz erhalten Formate, die einen direkten Zugang zu Fachakteur*innen wie dem LaSuB oder Landesamt für Verfassungsschutz ermöglichen und Raum für eigene Fragen bieten. Die Erfahrungen der PfD bestätigen auch hier die Bedeutung persönlicher Beziehungen: Kommunen, mit denen bereits gemeinsam Projekte umgesetzt wurden, greifen eher erneut auf die PfD zurück, während breit gestreute Informationen ohne bestehenden Kontakt weniger Resonanz erzeugen.

Auch die Ausdehnung des Fördergebiets erschwert die Reichweite. Die durch das federführende Amt koordinierten Veranstaltungen wie Workshops, Konferenzen oder Fachtagungen finden häufig zentral in der Landratsstadt Görlitz statt, unter anderem wegen kostenfrei nutzbarer Räume. Aufgrund der zentralen Verkehrsanbindungen sind diese für Akteur*innen aus dem ländlichen Raum besser erreichbar. Eine stärkere Dezentralisierung würde zusätzliche finanzielle und organisatorische Ressourcen erfordern.

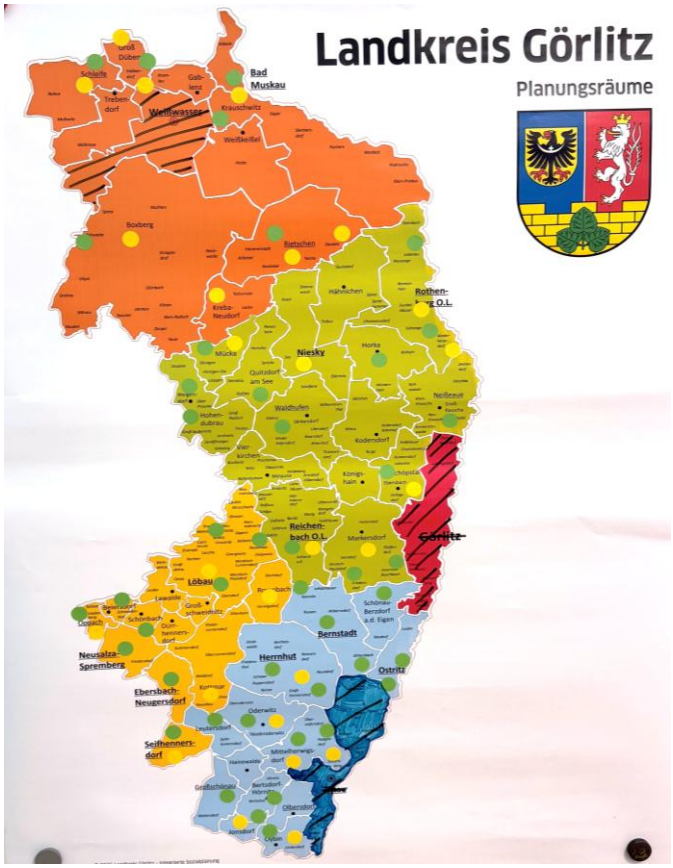
Hinzu kommen eine angespannte Förderlandschaft und teilweise konkurrierende Förderinteressen freier Träger. Bei bislang wenig bekannten oder informellen Initiativen besteht außerdem die Notwendigkeit, deren politische Ausrichtung und Anschlussfähigkeit an die Ziele der Demokratieförderung einzuschätzen, was zu einer vorsichtigeren Ansprache beitragen kann.

Schließlich liegen unterschiedliche Erwartungen an die Vernetzungsfunktion der PfD vor. Auf Seiten der PfD wird eine umfassende landkreisweite Vernetzungsstruktur nicht als alleinige Aufgabe der Partnerschaft gesehen. Mit der im Rahmen von „Weltoffenes Sachsen“ geförderten regionalen Netzwerkstelle der Demokratie-AG Ostsachsen bestehen hierfür eigene personelle und finanzielle Ressourcen (Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt 2026). Trotz personeller Überschneidungen und punktueller

[21] Eine ähnliche Erfahrung zeigte sich auch beim Werkstattgespräch von Camino.

Austauschbeziehungen mit der Demokratie-AG Ostsachsen wird der gegenseitige Informationsfluss von einzelnen Befragten als ausbaufähig beschrieben. Zusätzliche Kapazitäten für die Vernetzung binden aus der Perspektive der PfD Mittel, die dann für Projekte fehlen. Andere Gesprächspartner*innen wünschen sich dagegen eine stärkere Präsenz in den Gemeinden und eine aktivere Ansprache lokaler Vereine, Initiativen und weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

Abbildung 3: Verteilung von PfD-Projekten im Landkreis



Die räumliche Verteilung der PfD-Projekte der Jahre 2023 bis 2026 zeigt Aktivitäten sowohl im Bereich Extremismusprävention (grün) als auch Kinder- und Jugendbeteiligung (gelb) in verschiedenen Teilen des Landkreises. Eine umfänglichere Übersicht der Projekte befindet sich im Anhang. Während Beteiligungsprojekte kontinuierlich einen wichtigen Schwerpunkt bilden, ist für 2026 eine stärkere Gewichtung von Vorhaben der Extremismusprävention erkennbar. Zugleich konzentrieren sich Projekte teilweise wiederholt auf bestimmte Orte, während andere Gemeinden nur vereinzelt oder nicht erreicht werden. Eine flächendeckende Maßnahmengestaltung wird aufgrund des Umfangs des Fördergebietes, vor allem angesichts des der Zuwendung zugrunde liegenden Bewilligungszeitraums und der verfügbaren Mittel, eher als herausfordernd beschrieben.

7.1.2 Kommunale Akteur*innen und Strukturen

Auf kommunaler Ebene verfügt der Landkreis über unterschiedliche politische, administrative und fachliche Ressourcen, die für die Extremismusprävention sowie Kinder- und Jugendbeteiligung relevant sind. Dazu gehören sowohl Bürgermeister*innen, Gemeinde-, Orts- und Stadträte sowie kommunale Verwaltungen in den Städten und Gemeinden als auch Fachstellen und Ämter auf Landkreisebene. Ergänzt werden diese durch bestehende Austausch- und Kooperationsstrukturen zwischen Kommunen und weiteren öffentlichen Akteur*innen.

Eine wichtige Ressource bilden zunächst Bürgermeister*innen und kommunalpolitische Gremien. In mehreren Gesprächen werden Bürgermeister*innen beschrieben, die für Kinder und Jugendliche unmittelbar ansprechbar sind und sich für das Thema Beteiligung engagieren. Diese können dadurch politische Entscheidungsträger*innen nicht nur in formellen Gremien, sondern auch als direkte Ansprechpartner*innen erleben. In einzelnen Beteiligungsprozessen wurden zudem Orts-, Gemeinde- und Stadträte einbezogen und in manchen Fällen Kontakte bis hin zum Landrat hergestellt.

In mehreren Gemeinden bestehen bereits kommunale Beteiligungsformate und -strukturen für Kinder und Jugendliche, die jedoch nur in wenigen Einzelfällen formal bzw. institutionell in kommunalen Regelwerken verankert sind. Zu nennen sind unter anderem Kinderräte in Markersdorf/Friedersdorf, Sohland und Seifhennersdorf sowie MITMACHherwigsdorf in Mittelherwigsdorf. In Markersdorf/Friedersdorf hat sich aus früheren Beteiligungskonferenzen zudem eine regelmäßige Kinder- und Jugendsprechstunde des Bürgermeisters entwickelt.

Daneben bestehen kommunale Austauschbeziehungen. Auf Landkreisebene trifft sich nach Angaben eines/einer Bürgermeister*in eine Runde von etwa zehn Bürgermeister*innen ungefähr alle zwei Monate; dabei werden regelmäßig auch Fragen der Kinder- und Jugendarbeit thematisiert.

Eine zentrale fachliche Ressource auf Landkreisebene im Kontext Extremismus bildet die Extremismusbeauftragte des Landkreises. Ihre Arbeit umfasst sowohl die anlassbezogene Beratung als auch Sensibilisierung und präventive Unterstützung von Gemeinden und weiteren Institutionen. Bei komplexeren Problemlagen bringt sie die jeweils zuständigen Stellen zusammen und organisiert Gesprächsrunden oder Fallkonferenzen. Auf diese Weise können insbesondere kleinere Kommunen auf fachliche Expertise zurückgreifen, beispielsweise bei Fragen des Polizei- und Veranstaltungsrechts oder im Umgang mit Fällen aus dem Reichsbürger- und Selbstverwaltermilieu. Bei weniger komplexen Anliegen erfolgt die Unterstützung niedrigschwelliger, etwa über Handlungshinweise oder bereits erprobte Musterschreiben und -bescheide.

Mit dem Ämternetzwerk der PfD besteht eine Struktur, über die unterschiedliche Bereiche der Kreisverwaltung in die Arbeit der Partnerschaft eingebunden und verwaltungsinterne Abstimmungen ermöglicht werden.

Ergänzend zielt das Projekt „Digital, vernetzt, inklusiv – Bildung im Landkreis Görlitz“, das im Rahmen des Bundesprogramms „Bildungskommunen“ umgesetzt wird, auf eine datenbasierte und bereichsübergreifende Bildungssteuerung. Damit bestehen Anknüpfungspunkte, um aktuelle Herausforderungen wie die Demokratiebildung ressortübergreifend und in Zusammenarbeit mit weiteren Bildungsakteur*innen zu bearbeiten.

Eine weitere Ressource bildet der Fachdienst Prävention der Polizei, der unter anderem im Rahmen von „Prävention im Team Ostsachsen“ (PiT Ostsachsen) mit Schulen zusammenarbeitet und Präventionsangebote beispielsweise für bestimmte Klassenstufen ermöglicht. An einzelnen Schulen bestehen im Rahmen von PiT Ostsachsen Klassenräte zur gemeinsamen Besprechung von Konflikten und Vorfällen.

7.1.3 Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendverbände

Eine wichtige Ressource bilden die Träger, Fachstellen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit. Sie verfügen über direkte Zugänge zu Kindern und Jugendlichen, begleiten selbstorganisierte Aktivitäten und bringen zugleich fachliche Expertise in Beteiligungs- und Präventionsprozesse ein.

Mit dem im Mai 2025 neu gegründeten Jugendring Landkreis Görlitz besteht wieder eine landkreisweite Struktur für Jugendverbände und Jugendarbeit, nachdem der Jugendring Oberlausitz e.V. Ende 2024 Insolvenz anmelden musste. Der Jugendring befindet sich noch im Aufbau und fungiert sowohl als Dachverband seiner Mitgliedsvereine als auch als Ansprechpartner für weitere Akteur*innen. Mit dem Flexiblen Jugendmanagement (FlexJuma) besteht eine konkrete Beratungs- und Unterstützungsstruktur für selbstorganisierte Jugendclubs und Jugendinitiativen. Drei Mitarbeitende unterstützen unter anderem bei Vereinsgründungen, beim Aufbau verbindlicher organisatorischer Strukturen und bei Fragen zu Fördermöglichkeiten. Ergänzt wird diese lokale Unterstützung durch überregionale Fachangebote: Mit „Jugend im Strukturwandel“ (LUPO) bietet der Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. Beratung und Wissensvermittlung für Fachkräfte und Kommunen im Lausitzer Revier an. Eine Fachkraft hebt insbesondere dessen Fachwissen, Vernetzung und Kenntnis unterschiedlicher Beteiligungsmodelle hervor. Auch die

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) wird aufgrund ihrer Expertise zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung und ihrer Weiterbildungsangebote als fachliche Ressource genannt. Mittelherwigsdorf wurde seit 2018 im Rahmen des DKJS-Programms „Jugend bewegt Kommune“ begleitet, ebenso hat sich Seifhennersdorf von der DKJS begleiten lassen.

Eine wichtige lokale Infrastruktur bilden außerdem Jugendclubs, Jugendtreffs und freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit. Zu den konkreten Anlaufstellen und Trägern der Zivilgesellschaft zählen unter anderem Logo Lausitz e. V. mit dem Jugendzentrum H.O.L.Z. in Niesky sowie Pro Kind e. V. in Krauschwitz.

7.1.4 Zivilgesellschaft, Vereine und kirchliche Träger

Eine zentrale Ressource für Demokratieförderung und Beteiligung bilden die zivilgesellschaftlichen, ehrenamtlichen, kulturellen und kirchlichen Strukturen im Landkreis. Gerade außerhalb der größeren Städte sind Vereine, Freiwillige Feuerwehren, lokale Initiativen sowie kleinere Kultur- und Begegnungsorte häufig dauerhaft im Gemeindeleben verankert und eröffnen Zugänge zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Eine besondere Ressource stellen engagierte Einzelpersonen und lokale Schlüsselpersonen dar. In den Gesprächen wird wiederholt deutlich, dass Zugänge nicht allein über Organisationen entstehen, sondern häufig an einzelnen, vielfach engagierten Personen hängen, die vor Ort bekannt und gut vernetzt sind. Dazu zählen beispielsweise engagierte Eltern, Bürgermeister*innen, Vereinsaktive, Jugendfeuerwehrwart*innen sowie weitere Personen, die zugleich in mehreren kommunalen, sozialen oder ehrenamtlichen Zusammenhängen aktiv sind. Sie können Kinder, Jugendliche und Familien persönlich ansprechen, Kontakte zwischen unterschiedlichen Akteur*innen herstellen und Menschen für Angebote oder Beteiligungsprozesse gewinnen. Das Engagement zeigt sich unter anderem an den 424 im Jahr 2025 bewilligten Projekten aus dem Ehrenamtsbudget des Landkreises (Landkreis Görlitz 2025b)

Zu den wichtigen lokalen Strukturen gehören Sport- und Heimatvereine (z.B. FV Heimatverein Eckartsberge e.V.). Fachkräfte beschreiben Vereine insbesondere als wichtige Zugänge zu Kindern und Jugendlichen; zugleich haben viele von ihnen ein eigenes Interesse daran, Nachwuchs zu gewinnen und längerfristig zu binden. Eine weitere wichtige lokale Struktur bilden Freiwillige Feuerwehren, Jugendfeuerwehren, ihre Fördervereine sowie der Kreisfeuerwehrverband Görlitz e.V. Sie bieten Kindern und Jugendlichen Gemeinschaft, Freizeitmöglichkeiten und verlässliche Bezugspersonen. Mit dem Mitmachmobil für Demokratie und Brandschutz besteht ein konkreter Ansatz an der Schnittstelle von Feuerwehr und PfD, Jugendbeteiligung und Demokratiebildung (Partnerschaft für Demokratie Landkreis Görlitz 2026b). Im Werkstattgespräch wurden Sportvereine und Feuerwehren als bereits positiv erprobte Kooperationspartner der PfD und bei kommunalen Beteiligungsprojekten hervorgehoben.

Daneben finden sich weitere zivilgesellschaftliche Vereine und Initiativen mit anderen Schwerpunkten, darunter Sohland lebt! e.V. und die Bürgerinitiative „Sprichst du mit mir?“ in Ebersbach-Neugersdorf.

Auch Kultur- und Begegnungsorte bilden eine relevante zivilgesellschaftliche Infrastruktur. Dazu gehören beispielsweise Bibo e. V. in Reichenbach O.L., die Kulturfabrik Meda in Mittelherwigsdorf sowie das ehrenamtlich betriebene Kunstbauerkino in Großhennersdorf mit dem grenzüberschreitenden Neiße Filmfestival. Solche Orte schaffen über ihre kulturelle Funktion hinaus Räume für Begegnung, Austausch und gemeinschaftliches Handeln.

Zum zivilgesellschaftlichen Spektrum zählen darüber hinaus Akteur*innen mit unterschiedlichen thematischen oder zielgruppenspezifischen Zugängen. Tierra – Eine Welt e.V. tritt sowohl im Zusammenhang mit der „Zeit(ung) für Kinder“ als auch mit einem über Zukunftswege Ost geförderten Jugendbeteiligungsprojekt auf und ist derzeitiger Träger der Demokratie AG Ostsachsen. Als weiterer lokaler zivilgesellschaftlicher Akteur wird die Chancenwerkstatt Oberlausitz (CWO)

in Markersdorf genannt. Eine Fachkraft berichtet, dass über die Chancenwerkstatt migrantische Jugendliche in das Dorfkino Markersdorf eingebunden werden konnten.

Eine lokalspezifische Ressource stellt die sorbische Kultur- und Traditionspflege, insbesondere im Raum Schleife, dar. Ihre Verankerung in Vereinen und im Gemeindeleben verweist auf gewachsene gemeinschaftliche Strukturen und Netzwerke.

Auch Kirchen und kirchliche Träger verfügen über etablierte lokale Strukturen und Zugänge zu Kindern, Jugendlichen, Familien und weiteren Bevölkerungsgruppen. Im Werkstattgespräch wurden kirchliche Strukturen zudem als Orte gemeinschaftlicher Vernetzung und der Vermittlung demokratischer Werte hervorgehoben. Zu den relevanten Akteur*innen zählen insbesondere das IBZ St. Marienthal, die Brüdergemeinde Herrnhut, der CVJM Löbau und das Sankt-Wenzeslaus-Stift Markersdorf (Bistum Görlitz). Nach Einschätzung einer Fachkraft reagieren einzelne kirchliche Strukturen aufmerksam auf rechtsextreme Entwicklungen, suchen hierfür Kooperationen mit spezialisierten freien Trägern und nutzen Weiterbildungsangebote.

7.1.5 Bildungsinstitutionen

Horte, Kitas und Schulen stellen durch ihren alltäglichen Kontakt zu Kindern und Jugendlichen wichtige Orte für Beteiligung und Prävention dar. Fach- sowie Lehrkräfte als auch Leitungen sind gerade in kleinen Gemeinden zentrale Schlüsselpersonen. Bei kommunal getragenen Kitas und Schulen kann darüber hinaus eine direkte Verbindung zwischen Beteiligung in der Einrichtung und der Gemeinde entstehen, etwa wenn Anliegen der Kinder in kommunale Zusammenhänge weitergetragen werden. Auch die Schulsozialarbeit bietet eine wichtige Ressource und arbeitet mit Jugendhilfe, Präventionsakteur*innen und weiteren Netzwerkpartner*innen zusammen.

Fachkräfte nennen Horte und Kitas als zentrale Einrichtungen, um Beteiligung früh zu vermitteln. Sie beschreiben niedrigschwellige Formen, wie Morgen- und Montagsrunden, Rückmeldungen zu Ausflügen und Angeboten oder Essensbewertungen mit Smileys.

Innerhalb der Schulen bestehen unterschiedliche Formen der Schülerbeteiligung und -vertretung. Klassen- und Schülersprecher*innen sind formal verankert. An einzelnen Schulen gibt es Klassenräte, in denen Kinder Konflikte und Vorfälle gemeinsam besprechen. Mit dem Kreisschülerrat ist darüber hinaus eine schulübergreifende Interessenvertretung vorhanden. Einzelne (Grund-)Schulen werden von Fachkräften als besonders engagiert beschrieben. Über ihre Fördervereine werben sie zusätzliche Mittel für außerschulische Projekte ein. Auch die PfD fördert zahlreiche außerschulische Projekte und Workshops an Schulen, unter anderem zu Demokratiebildung, Medienkompetenz und Extremismusprävention. Über vorhandene Schulkooperationen wurden nach Aussage einer Fachkraft mehr als 800 Jugendliche zum Thema digitaler Extremismus erreicht.

Mit „Lernen durch Engagement“ (LdE) werden zudem Unterrichtsinhalte mit gesellschaftlichem Engagement verbunden, indem Schüler*innen reale Bedarfe aufgreifen und eigene Vorhaben entwickeln sowie umsetzen. Ein Beispiel im Landkreis ist das LdE-Projekt „Skater-Spaß Herrnhut“, bei dem sich Schüler*innen für die Erneuerung eines örtlichen Skaterplatzes einsetzen (Beutler 2026). Beteiligung kann zudem unmittelbar an Unterrichtsinhalte anknüpfen: So sind kommunale Entscheidungsprozesse und Beteiligungsmöglichkeiten in den sächsischen Lehrplänen für Gemeinschaftskunde an Gymnasien und Oberschulen verbindlich vorgesehen. Kommunale Beteiligung kann beispielsweise durch Besuche in Rathäusern oder Gemeinderäten und durch Kontakte zu Bürgermeister*innen und anderen lokalen Akteur*innen mit konkreter Beteiligungspraxis verbunden werden. Dieses Potenzial kann noch weiter ausgeschöpft werden.

Für ältere Jugendliche und junge Erwachsene sind die beruflichen Schulen in Löbau und Niesky weitere wichtige Bildungsorte. Hinzu kommt die Hochschule der Sächsischen Polizei in Rothenburg/O.L. als Hochschule mit möglichen Anknüpfungspunkten insbesondere zu Prävention und öffentlicher Sicherheit. Mit der Volkshochschule Dreiländereck besteht ein Bildungsakteur, der

unter anderem Fördermittel der Sächsischen Landesmedienanstalt für Angebote zu Medienkompetenz, Fake News und Verschwörungserzählungen einsetzen und externe Referent*innen einbinden kann. Im Bereich Jugendbeteiligung war die Volkshochschule auch an einem Jugendforum und einer Jugendideenkonferenz in Markersdorf beteiligt.

Mit der Hochschule Zittau/Görlitz ist ein weiterer Wissenschafts- und Bildungsakteur in der Region vorhanden. Insbesondere über den Studiengang Kindheitspädagogik ergeben sich Anknüpfungspunkte für Projekte mit Kitas und Kommunen. Studentische Projekte können Beteiligungsprozesse zeitlich begrenzt begleiten. Allerdings können reguläre Hochschulmodule förderrechtlich nicht über die PfD finanziert werden.

Zur lokalen Bildungsinfrastruktur gehören außerdem lokale Bibliotheken als niedrigschwellige Orte für Information, Medien, Kultur und Begegnung. Beispiele im Fördergebiet sind die Stadtbibliotheken in Ebersbach-Neugersdorf und Löbau.

Mit dem Deutschen Zentrum für Astrophysik entsteht eine weitere neue Ressource in der Region. Das DZA förderte im Rahmen eines Ideenwettbewerbs zwölf Projekte aus den Landkreisen Görlitz und Bautzen mit jeweils 5.000 Euro und begleitete diese wissenschaftlich. Dazu gehört ein von „LÖBAULEBT e.V." geplantes Feriencamp, in dem Jugendliche eine virtuelle Mondbasis entwickeln und sich mit Raumfahrt, KI und Zukunftstechnologien auseinandersetzen; auch Projekte aus Rietschen verbinden wissenschaftliche Themen mit Kultur und niedrigschwelliger Bildung (Hörcher 2026). Eine Fachkraft nennt weitere zukunftsorientierte Angebote (z.B. KI-Workshops, in denen Jugendliche eigene Chatbots entwickeln) als Möglichkeit, konkrete Zukunftsthemen und berufliche Fähigkeiten mit der Region zu verbinden.

7.1.6 Netzwerke und Kooperationsstrukturen

Im Landkreis finden sich verschiedene lokale und regionale Netzwerke sowie Kooperationsstrukturen, über die Akteur*innen aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Bildung und weiteren Bereichen zusammenarbeiten. Im Werkstattgespräch wurde insbesondere hervorgehoben, dass teilweise dieselben engagierten Fachkräfte in unterschiedlichen Netzwerken aktiv sind. Dadurch können Informationen, Kontakte und Erfahrungen zwischen verschiedenen thematischen Zusammenhängen weitergetragen und bestehende Vertrauensbeziehungen für neue Kooperationen genutzt werden.

Zu den kreisweit tätigen Strukturen zählen der Kommunale Präventionsrat des Landkreises Görlitz, in dem unter anderem Landkreisverwaltung, Polizei, Kommunalpolitik, Jugendhilfe, Kirchen und Bildungsakteur*innen zusammenarbeiten. Mit der Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz (ENO) besteht zudem ein kreisweit tätiger Entwicklungs- und Vernetzungsakteur, der Kommunen, Vereine und weitere regionale Akteur*innen unter anderem bei der Projektentwicklung und Förderfragen unterstützt.

Daneben sind mehrere thematisch ausgerichtete regionale Netzwerke vorhanden. Für die Demokratiearbeit ist insbesondere die Demokratie-AG Ostsachsen relevant, ein Netzwerk freier Träger aus den Bereichen Demokratiebildung, Beteiligung und Engagement, das sich auch zu rechtsextremen und demokratiefeindlichen Entwicklungen in Ostsachsen austauscht und im Rahmen von „Weltoffenes Sachsen" als regionales Netzwerk gefördert wird. Die Netzwerkstelle Kulturelle Bildung des Kulturraums Oberlausitz-Niederschlesien vernetzt Bildungs-, Kultur- und weitere Akteur*innen in den Landkreisen Görlitz und Bautzen und unterstützt Kooperationen sowie Projektentwicklungen. Mit dem Forum Beteiligung Lausitz besteht zudem ein regionales Netzwerk für Akteur*innen, die Beteiligungsprozesse gestalten; es bietet unter anderem Erfahrungsaustausch, kollegiale Beratung, Weiterbildung und Vernetzung.

Auch auf kommunaler Ebene finden sich lokale Netzwerke. In Mittelherwigsdorf entwickelten sich aus einzelnen Beteiligungsformaten mit MITMACHherwigsdorf dauerhaftere Strukturen, an denen unter anderem Schule und Hort, Verwaltung und Gemeinderat, Vereine, Kirche, Schul-

förderverein und Elternschaft beteiligt sind. Ebenfalls werden aus anderen Gemeinden Kooperationen zwischen kommunalen Akteur*innen, Vereinen, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie engagierten Einzelpersonen beschrieben.

Eine weitere regionale Kooperations-, Beratungs- und Förderstruktur bilden die LEADER-Regionen[22] und ihre Regionalmanagements. In den Lokalen Aktionsgruppen wirken Kommunen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und weitere regionale Akteur*innen an der Entwicklung ihrer Region und der Auswahl von Projekten mit. Die Regionalmanagements beraten bei der Projektentwicklung und Förderung und unterstützen die Vernetzung vor Ort. In der LEADER-Region Kottmar sind unter anderem die Beteiligung, Vernetzung und Stärkung bürgerschaftlichen Engagements in der regionalen Entwicklungsstrategie verankert.

7.1.7 Überregionale Fach- und Beratungsakteur*innen

Ergänzend zu den Akteur*innen im Landkreis stehen verschiedene überregionale Fach-, Beratungs- und Förderstrukturen zur Verfügung, die Kommunen, Schulen, Träger und Initiativen mit Beratung, Qualifizierung, Prozessbegleitung und erprobten Bildungs- und Beteiligungsformaten unterstützen.

Zu den sachsenweit tätigen zivilgesellschaftlichen Fachstellen gehören insbesondere das Kulturbüro Sachsen e.V. (u.a. mit der Mobilen Beratung Ost), das Kommunen, Vereine, Initiativen und weitere Akteur*innen im Umgang mit Rechtsextremismus und menschenfeindlichen Entwicklungen berät, sowie das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC). Das NDC bietet politische Bildungsarbeit und unterstützt Schulen beim Umgang mit Diskriminierung und menschenverachtenden Einstellungen; gemeinsam mit dem Landesamt für Schule und Bildung begleitet es zudem Schulentwicklungsgruppen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Demokratielernen (SEGD). Mit Open Saxony richtet sich ein weiteres Angebot des NDC an sächsische Unternehmen. Auch die Aktion Zivilcourage e. V. ist im Landkreis aktiv und qualifiziert unter anderem Jugendliche für Peer-Formate, in denen sie selbst Workshops für Gleichaltrige durchführen.

Die Sächsische Generationenagentur unterstützt und vernetzt generationenübergreifendes Engagement, unter anderem über das Generationenbotschafterprogramm und den Sächsischen Generationenpreis; eine Fachkraft verweist auch auf eine beteiligte Person aus Ebersbach-Neugersdorf.

Darüber hinaus werden bundesweit tätige Träger mit erprobten Beteiligungs- und Demokratiebildungsformaten bereits von der PfD eingebunden. Dazu zählen unter anderem Politik zum Anfassen e.V., Peoples Theater e. V. und Creative Change e.V., die mit Planspielen, theaterpädagogischen und interaktiven Formaten Beteiligung, Konfliktbearbeitung und demokratische Kompetenzen fördern.

Auf Landesebene ergänzen staatliche Beratungs-, Präventions- und Förderstrukturen diese Angebote. Für Schulen stellt das Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) unter anderem Informationen, Leitfäden und Fördermöglichkeiten zur Demokratieförderung bereit. Nach Einschätzung einer Fachkraft werden diese Optionen von den Schulen im Landkreis bislang nicht überall genutzt. Der 2026 veröffentlichte Aktionsplan gegen Extremismus an Schulen bündelt bestehende Unterstützungsangebote und sieht unter anderem zusätzliche Fortbildungen, Unterstützung bei Schutzkonzepten, verbesserte Zugänge zu Beratungsstellen sowie feste Ansprechpartner*innen bei Polizei und Justiz vor. An die im sächsischen Aktionsplan vorgesehenen Austausch- und Beratungsformate (z.B. für Lehrkräfte) kann im Landkreis unmittelbar angeknüpft werden. Für das Schuljahr 2026/27 ist hierfür eine Pilotphase in der Modellregion Ostsachsen

[22] EADER ist ein Förderansatz der Europäischen Union zur Entwicklung ländlicher Räume. Kennzeichnend ist ein Bottom-up-Ansatz, bei dem lokale öffentliche, private und zivilgesellschaftliche Akteur*innen über regionale Entwicklungsstrategien und die Auswahl von Vorhaben mitentscheiden.

vorgesehen (Sächsisches Staatsministerium für Kultus et al. 2026). Für den Umgang mit extremistischen und menschenfeindlichen Entwicklungen stehen darüber hinaus das Demokratiezentrum Sachsen mit Mobiler Beratung, Opfer- und Betroffenenberatung, Fach- und Distanzierungsberatung sowie Ausstiegsangeboten zur Verfügung. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ist in diesem Kontext zu nennen. Im Expertennetzwerk Extremismus Sachsen arbeiten verschiedene staatliche Stellen bei komplexeren Problemlagen zusammen. Mit ASS-Komm – Allianz Sichere Sächsische Kommunen unterstützt das Innenressort Kommunen beim Aufbau kommunaler Präventionsstrukturen. Schließlich stellen „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) und die Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung wichtige Förderinstrumente für Demokratiearbeit, Netzwerke und Beteiligungsstrukturen von Kommunen und Zivilgesellschaft dar.

Auf Bundesebene bietet das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ weitere Unterstützungsstrukturen; mit dem Projekt „Aktiv vor Ort“ der NaturFreunde Sachsen besteht aktuell auch ein Bezug zum Landkreis Görlitz über die Fokusregion Oberlausitzer Oberland und die Ortsgruppe Löbau (NaturFreunde Sachsen e.V. o.J.).

7.1.8 Unternehmen und Stiftungen

Unternehmen und Wirtschaftsakteur*innen werden den Schilderungen zufolge bislang eher punktuell einbezogen, von mehreren Fachkräften jedoch als Ressource beschrieben, die stärker genutzt werden könnte. Potenziale sehen sie insbesondere bei der finanziellen und materiellen Unterstützung, bei Fachwissen, Bildungs- und Berufsorientierungsangeboten sowie der Förderung lokaler Infrastruktur. Als mögliche Partner kommen neben regionalen Unternehmen wie dem Omnibusverkehr Oberlausitz (OVO) auch die Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien, die Volksbank Löbau-Zittau eG und die Volksbank Raiffeisenbank Niederschlesien eG in Betracht. Dass solche Kooperationen bereits punktuell bestehen, zeigt etwa der Skatepark Niesky, dessen Aufbau von den Stadtwerken Niesky und der Sparkasse Oberlausitz-Niederschlesien mit Spenden unterstützt wurde. Auch lokale Sport- und Jugendfeuerwehrprojekte werden von regionalen Unternehmen gefördert. Eine Fachkraft nennt des Weiteren Angebote lokaler Unternehmen, bei denen Jugendliche selbst Anwendungen wie Chatbots entwickeln, als Möglichkeit, Digitalisierung und künstliche Intelligenz mit praktischen Kompetenzen und beruflichen Perspektiven zu verbinden. Eine weitere Fachkraft führt zudem lokale Gewerbevereine als Anknüpfungspunkte an, die Berufsorientierung für Jugendliche organisieren.

Eine andere Ressource bilden private Stiftungen und Fördernetzwerke. Besonders relevant ist Zukunftswege Ost, eine Gemeinschaftsinitiative von Stiftungen, Unternehmen und weiteren Förderpartnern zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. Neben Mikro- und Jugendförderungen werden in ausgewählten Fokusregionen längerfristig Kooperationsnetzwerke zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und weiteren Akteur*innen aufgebaut; der Landkreis Görlitz gehört zu diesen Fokusregionen. Eine Fachkraft sieht darin besonderes Potenzial, weil Stiftungen teilweise über Fördermittel verfügen, zugleich aber konkrete Vorhaben und Ansprechpartner*innen vor Ort fehlen; Akteur*innen wie das Flexible Jugendmanagement könnten hier vermittelnd wirken. Zukunfts- und Stiftungsfestivals werden entsprechend auch als wichtige Gelegenheiten genannt, um persönliche Kontakte zwischen Engagierten, Stiftungen und weiteren Förderpartner*innen anzubahnen.

7.1.9 Räumliche Schwerpunkte vorhandener Ressourcen

Im Werkstattgespräch wurden für die einzelnen Planungsräume unterschiedliche Schwerpunkte bei vorhandenen Trägerstrukturen, ehrenamtlichem Engagement und weiteren lokalen Ressourcen benannt.

Für den Planungsraum 5 (ohne Zittau) wurden eine vielfältige Trägerlandschaft aus Vereinen und Trägern der Jugendhilfe, großes ehrenamtliches Engagement, eine gute Vernetzung der Träger sowie deren Einblicke in extremistische Strukturen und Sensibilität für entsprechende

Problemlagen hervorgehoben. Für die Planungsräume 4 und 5 (ohne Zittau) wurden zudem engagierte Fachkräfte der Schulsozialarbeit und Schulleitungen, engagierte Gemeinden im Bereich Beteiligung und Extremismusprävention sowie lokales Engagement in Sportvereinen und Feuerwehren genannt. Im Planungsraum 4 wurde außerdem auf eine Trägervielfalt insbesondere in eher größeren Orten wie Löbau, Seifhennersdorf und Oppach verwiesen. Für den Planungsraum 2 wurden weiterhin vorhandene Trägerstrukturen etwa in Markersdorf, Niesky und Rothenburg, zugleich aber größere Lücken in anderen Gemeinden und besondere Problemlagen in einzelnen Orten angeführt (z.B. Rechtsextremismus in Mücka). Als Ressourcen gelten dort engagierte Ehrenamtliche in einzelnen Gemeinden, zahlreiche Gemeindefeste und weiteres ehrenamtliches Engagement außerhalb der Präventionsarbeit sowie Sportvereine als Anknüpfungspunkte. Für den Planungsraum 1 (ohne WSW) wurden engagierte Akteur*innen und Ehrenamtliche in einzelnen Gemeinden, einzelne engagierte Gemeinden und Schulleitungen sowie die sorbische Kultur als Ressourcen hervorgehoben.

7.2 POTENZIALE UND ERFAHRUNGEN

Im Landkreis Görlitz bestehen bereits verschiedene Potenziale und Erfahrungen, die für die Bearbeitung der beschriebenen Problemlagen relevant sind. Folgend werden die Erfahrungen und Potenziale in der Zusammenarbeit und im Umgang mit den lokalen Herausforderungen dargelegt.

7.2.1 Vielfältige Beteiligungserfahrungen

Im Landkreis bestehen in verschiedenen Gemeinden und Ortsteilen vielfältige Erfahrungen mit unterschiedlichen Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung.

Abbildung 4: Eindrücke lokaler Kinder- und Jugendbeteiligung



Die bisherigen Erfahrungen zeigen zunächst, dass Beteiligung niedrigschwellig und nah an der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ansetzen kann. In mehreren Gemeinden bildeten Formate wie Dorfrallys und Ideenkonferenzen einen Ausgangspunkt für Beteiligung.

Im Landkreis bestehen unterschiedliche Erfahrungen mit der Entwicklung eigener Jugendorte. Neben klassischen Jugendclubs wurden auch alternative Lösungen erprobt, etwa ein gemeinsam mit Jugendlichen entwickelter Bauwagen (Flexibles Jugendmanagement im Landkreis Görlitz 2023). In einer anderen Gemeinde wurde ein ausgedienter Linienbus auf dem Sportplatz gemeinsam von Jugendlichen und Erwachsenen zu einem Jugendtreff ausgebaut. Der Treffpunkt ist damit unmittelbar an die örtliche Sport- und Freizeitinfrastruktur angebunden. Aus dem

Jugendclub heraus wurden später auch weitere Angebote auf dem Gelände mitgestaltet (Sächsische Zeitung 2021).

Mehrere Beispiele zeigen außerdem, dass konkrete Freizeit- und Gestaltungsvorhaben einen Einstieg in weiterführende Beteiligung ermöglichen können. Als besonders wirksam werden solche Erfahrungen dort beschrieben, wo Kinder und Jugendliche nicht nur mitentscheiden, sondern selbst an der Umsetzung beteiligt sind und Verantwortung übernehmen. Bei der Planung einer Calisthenics-Anlage und einzelner Skateparks wurden Jugendliche nicht nur zu ihren Wünschen befragt, sondern auch mit dem Bebauungsplan, der Baugenehmigung, der Fördermittelabrechnung und dem Abschlussbericht vertraut gemacht. In einer anderen Gemeinde beschäftigten sich Kinder im Rahmen eines Kinderrats mit Rederecht, Abstimmungen, Mehrheitsentscheidungen und Konsens und begleiteten eigene Vorhaben bis zur Umsetzung, etwa die Einrichtung einer Tischtennisplatte. Bei einem Dorfkino in einer Gemeinde eigneten sich die Beteiligten über mehrere Jahre zunehmend praktische Kenntnisse zu Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungsorganisation, Spenden, Trägerschaft und Versicherungsfragen an. Eine Fachkraft beschreibt diesen Lernprozess ausdrücklich als Selbstwirksamkeitserfahrung: Bereits erfolgreich bewältigte Aufgaben stärkten das Zutrauen, bei späteren Vorhaben erneut selbst aktiv zu werden. Dabei können auch vermeintlich kleinere, aber tatsächlich relevante Aufgaben Bedeutung gewinnen. Eine Fachkraft berichtet, dass bereits die Einbeziehung in den wichtigen E-Mail-Verkehr motivierend wirken könne. Kinder und Jugendliche erleben dadurch, dass sie nicht nur bei einzelnen Aktivitäten „mitmachen“, sondern in reale organisatorische Abläufe einbezogen werden und ihnen Verantwortung zugetraut wird.

Dabei kann sich Beteiligung über einzelne Projekte und Formate hinaus verstetigen. An einem Jugendtreff in einer kleinen Gemeinde übernehmen ältere Jugendliche organisatorische Aufgaben und geben diese schrittweise an Jüngere weiter; dieser Wechsel hat bereits mehrfach funktioniert, wie eine Fachkraft berichtete. Auch ehemalige Mitglieder von Kinderräten blieben teilweise in anderen Zusammenhängen aktiv oder ansprechbar, etwa in Jugendforen, Kulturprojekten oder Peer-Formaten. Selbst dort, wo Kinderräte nicht unverändert fortgeführt wurden, gingen aus den Erfahrungen neue Zugänge hervor, darunter eine regelmäßige Kinder- und Jugendsprechstunde und die spätere Einbeziehung von Kindern bei Bauvorhaben. Teilweise blieben auch informelle Kommunikationswege, etwa Chatgruppen, über das eigentliche Projekt hinaus bestehen und konnten für spätere Beteiligungsfragen erneut genutzt werden. Im Rahmen des Projekts „AnFangAn – Kinderbeteiligung auf dem Land“ wurden die Erfahrungen aus der Beteiligungsarbeit zudem gemeinsam mit Kindern in einem Buch über den Kinderrat dokumentiert (Hempel/Büchner 2025). Inhalt und Gestaltung bestimmten die Kinder selbst. Verstetigung zeigt sich somit nicht nur in der dauerhaften Fortführung eines bestimmten Gremiums, sondern auch in weiterbestehenden Kontakten, erworbenen Kompetenzen, neuen Beteiligungswegen und der Sicherung gemachter Erfahrungen.

Eine wiederkehrende Erfahrung betrifft die Bedeutung persönlicher Beziehungen und lokaler „Türöffner*innen“. Beteiligungsprozesse können auf bereits bestehenden Kontakten aus Bildungs-, Kultur-, Vereins- oder Freizeitangeboten aufbauen; bekannte Ansprechpersonen müssen Vertrauen nicht erst neu herstellen. Als hilfreich werden insbesondere Personen beschrieben, die vor Ort vernetzt sind, Kontakte herstellen und den Zugang zu bestehenden Gruppen oder Einrichtungen ermöglichen. Dabei werden kurze Wege und persönliche Bekanntheit als Vorteile der kleineren Gemeinden beschrieben.

Neben der Ansprache ist die Rückkopplung mit Politik und Verwaltung bedeutsam. Kinder besuchten in einzelnen Gemeinden Orts- und Gemeinderäte, lernten deren Aufgaben kennen und erprobten Abstimmungen sowie Entscheidungsverfahren. Besonders anschaulich waren Videobotschaften im Kontext eines Kinderrats, über die Kinder ihre Anliegen an politische Gremien übermittelten und teilweise Antworten erhielten. Wenn Wünsche nicht umgesetzt werden konnten, wurden beispielsweise Bauvorschriften oder Eigentumsverhältnisse kindgerecht erklärt.

Nach Einschätzung der Fachkraft konnten Kinder dadurch Grenzen kommunalen Handelns besser nachvollziehen; zugleich bemühten sich politische Entscheidungsträger*innen stärker um verständliche Antworten.

Schließlich zeigen die Erfahrungen die Bedeutung von Sichtbarkeit und Anerkennung. Bei einem Dorfkino in einer Gemeinde präsentierten die beteiligten Kinder und Jugendlichen ihr Projekt beim kommunalen Neujahrsempfang, erhielten öffentliche Rückmeldungen und warben Spenden und Unterstützung für die Fortführung ein. Die befragte Fachkraft verbindet diese Resonanz mit zusätzlicher Motivation, das Projekt weiterzuführen. Darüber hinaus können sichtbare Beteiligungserfahrungen über die unmittelbar Beteiligten hinauswirken, wenn bereits aktive Kinder und Jugendliche in ihren Freundeskreisen als Multiplikator*innen zeigen, welche Gestaltungsmöglichkeiten bestehen. Auch die sichtbare Beteiligung Jugendlicher an Festen und anderen Aktivitäten kann ihre Wahrnehmung im Ort verändern. In einer Gemeinde beschreibt der/die Bürgermeister*in beispielsweise, dass generationenübergreifende Kontakte und gegenseitige Unterstützung dazu beitragen, das Engagement Jugendlicher sichtbarer zu machen und ihre Interessen und Perspektiven in der Dorfgemeinschaft stärker anzuerkennen. Vergleichbare generationenübergreifende Aktivitäten werden aus einer weiteren Gemeinde berichtet.

7.2.2 Strukturwandel und Zukunftsthemen als Anknüpfungspunkte für Beteiligung

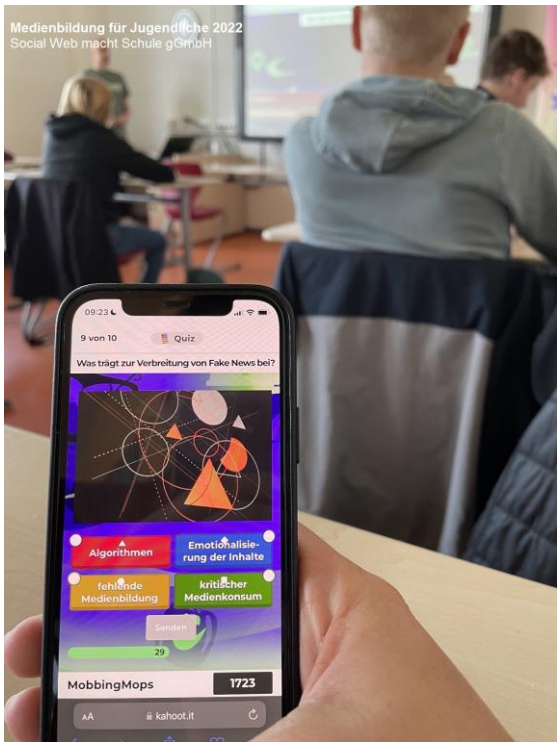
Der Strukturwandel in der Lausitz bietet einen weiteren Anknüpfungspunkt für Kinder- und Jugendbeteiligung. Dies gilt insbesondere für den nördlichen Landkreis, in dem der Ausstieg aus der Braunkohle und die damit verbundenen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Veränderungen besonders unmittelbar wirksam werden. Dabei geht es nicht allein um neue Arbeitsplätze oder Unternehmensansiedlungen, sondern auch um Fragen der Mobilität, des Lebensumfelds, der Daseinsvorsorge und damit um die zukünftigen Lebensbedingungen junger Menschen. Entsprechend werden im Strukturwandel des Landkreises neben wirtschaftlichen Vorhaben gleichfalls Infrastruktur, Mobilität, Bildung, Kultur und Lebensumfeld als Handlungsfelder bearbeitet.

In den Gesprächen wird Beteiligung in diesem Zusammenhang mit der Frage verbunden, welche Zukunft junge Menschen für sich in der Region sehen. Vor dem Hintergrund von Einwohnerverlust und fehlendem Nachwuchs beschreibt eine Fachkraft ein wachsendes Bewusstsein dafür, Kindern und Jugendlichen Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Zugehörigkeit zu eröffnen. Damit verbindet sie die Hoffnung, dass eine positive Beziehung zum Wohnort auch eine spätere Rückkehr nach der Ausbildung oder dem Studium begünstigen kann. Ebenso wird Beteiligung in anderen Gemeinden von kommunalen Entscheidungsträger*innen mit der Frage verknüpft, ob Jugendliche ihren Wohnort als einen Ort erleben, an dem sie sich wohlfühlen und eine eigene Zukunft sehen. Damit können die konkreten Zukunftsthemen einen Zugang zu Beteiligung eröffnen.

7.2.3 Erfahrungen mit erfolgreicher gemeinsamer Problembearbeitung im Kontext Rechtsextremismus und Reichsbürger*innen

Für den Umgang mit demokratiefeindlichen und rechtsextremen Entwicklungen liegen im Landkreis unterschiedliche Erfahrungen vor. Dabei zeigen sich sowohl Ansätze für Prävention als auch Erfahrungen mit der gemeinsamen Bearbeitung konkreter Problemlagen.

Abbildung 5: Medienbildung für Jugendliche



Im schulischen Bereich werden Präventionsangebote insbesondere dann als hilfreich beschrieben, wenn sie nicht als einmalige Workshops durchgeführt, sondern in längerfristige Zusammenhänge eingebettet werden. Eine Fachkraft bewertet Angebote zu rechtsextremen und verschwörungsideologischen Positionen vor allem dann positiv, wenn sie mit Elternabenden verbunden werden. Schüler*innen erhalten dadurch die Möglichkeit, Positionen, mit denen sie etwa im familiären Umfeld konfrontiert sind, gemeinsam zu reflektieren. Zugleich können Jugendliche gestärkt werden, die rechtsextremistischen oder menschenfeindlichen Aussagen bereits widersprechen. Auch Peer-Ansätze werden positiv bewertet. Jugendliche übernehmen dabei selbst Verantwortung und lernen, Angebote für Gleichaltrige durchzuführen. Eine Fachkraft verbindet dies mit Kompetenzentwicklung und Selbstwirksamkeit. Für den direkten Umgang mit rechtsextremen oder menschenfeindlichen Aussagen wird zugleich eine Verbindung von klarer Haltung und offenem Gespräch hervorgehoben. Wenn Jugendliche zunächst sprechen können und ihre Aussagen aufgegriffen werden, zugleich aber Grenzen gegenüber menschenfeindlichen Positionen deutlich bleiben, sind sie eher für weitere Gespräche und Reflexion erreichbar. Voraussetzung dafür sind nach den Erfahrungen der Fachkräfte jedoch die persönliche Ansprechbarkeit und möglichst bereits bestehende Vertrauensbeziehungen.

Bei komplexeren lokalen Problemlagen zeigen die Erfahrungen, dass die Verbindung behördlicher, kommunaler und gesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten wirksam sein kann. Ein aktuelleres Beispiel ist der Umgang mit dem Schloss Bärwalde, das vom sogenannten „Königreich Deutschland“ genutzt wurde. Als dort 2023 eine größere Veranstaltung geplant wurde, stimmten sich Gemeinde und weitere zuständige Behörden über ein mögliches Verbot und dessen Durchsetzung ab (Knappe 2023). Parallel setzte die Gemeinde mit einem öffentlichen Gesprächsformat ein eigenes Zeichen und bezog dabei auch Vertreter*innen aus Politik, Kirche und Gesellschaft ein. In der weiteren Bearbeitung kamen unterschiedliche rechtliche, ordnungsbehördliche und sicherheitsbezogene Instrumente zum Einsatz; das Schloss wurde schließlich beschlagnahmt und versiegelt (Junghanß 2026).

Ein älteres Beispiel ist Ostritz. Gegen die wiederkehrenden rechtsextremen Großveranstaltungen entwickelten sich dort neben behördlichen Maßnahmen breite zivilgesellschaftliche Gegenaktivitäten. Stadt, Einwohner*innen, Kirchen, Vereine und weitere Initiativen organisierten unter anderem die Ostritzer Friedensfeste; beim später geplanten „Kampf der Nibelungen“ nutzte die Stadt zugleich ihre rechtlichen Möglichkeiten und untersagte die Veranstaltung. Eine Fachkraft beschreibt das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Kirche, Verwaltung und Polizei als erfolgreich (Sächsische Zeitung 2018).

Für die Einschätzung problematischer Entwicklungen erweist sich die Verbindung von lokalem Erfahrungswissen und spezialisierter fachlicher Expertise als hilfreich. Hinweise können zunächst bei unterschiedlichen Akteur*innen sichtbar werden und erst in der Zusammenschau ein aussagekräftigeres Bild ergeben. Fachkräfte aus der offenen Jugendarbeit können beispielsweise Entwicklungen wahrnehmen, die in stärker institutionell gebundenen Strukturen zunächst nicht sichtbar werden; entsprechende Beobachtungen wurden in der Vergangenheit in fachliche Austauschrunden eingebracht und dort gemeinsam eingeordnet. Der systematische Austausch über lokale Ansätze und Problemlagen bleibt daher eine fortlaufende Aufgabe, erschwert unter anderem durch die Größe des Landkreises und begrenzte personelle Ressourcen. Auch bei komplexeren Fällen wird beschrieben, dass kleinere Gemeinden Kenntnisse über lokale Personen und Entwicklungen einbringen können, während spezialisierte Stellen rechtliches und fachliches Wissen beitragen.

Als entlastend benennen Fachkräfte aus der Verwaltung, auf bereits erprobte Vorgehensweisen zurückgreifen zu können. Handlungshilfen, Musterschreiben oder schon verwendete Bescheide können weitergegeben und an neue Fälle angepasst werden, anstatt Lösungen jeweils vollständig neu entwickeln zu müssen. Gerade für kleinere Gemeinden kann dies die Handlungssicherheit erhöhen.

8 STRATEGIEN, BEDARFE UND EMPFEHLUNGEN

Auf Basis der dargestellten Problemlagen, Ressourcen und Potenziale werden im Folgenden Bedarfe und mögliche Entwicklungsansätze aufgeführt. Die formulierten Empfehlungen sind als Vorschläge zu verstehen und nicht als verbindliche Handlungsaufforderungen. Sie sollen vielmehr als Reflexionsgrundlage für die strategische Weiterentwicklung der Partnerschaft für Demokratie (PfD) dienen.

Kinder- und Jugendbeteiligung fachlich stärken und Erfahrungen zwischen Kommunen weitergeben

Die Analyse zeigt, dass gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung in hohem Maß von den beteiligten Erwachsenen abhängt. Dies betrifft kommunale Akteur*innen ebenso wie Fachkräfte in Schulen, Vereinen oder anderen Einrichtungen. Fortbildungs- und Beratungsangebote sollten deshalb nicht nur konkrete Methoden vermitteln, sondern auch dafür sensibilisieren, was Beteiligung aus Sicht von Kindern und Jugendlichen bedeutet, welche Entscheidungsspielräume tatsächlich bestehen und wie Ergebnisse zurückgespiegelt und weiterverfolgt werden können.

Zugleich bestehen im Landkreis bereits unterschiedliche Erfahrungen mit Kinderräten und anderen kommunalen Beteiligungsformaten, die bislang nur begrenzt zwischen Gemeinden und Trägern weitergegeben werden. Statt Modelle jeweils neu zu entwickeln, sollten erprobte Verfahren, Materialien und Erfahrungen stärker gebündelt und zugänglich gemacht werden. PfD, Jugendring und bestehende Fachnetzwerke könnten einen solchen Good-Practice-Austausch unterstützen.

Kommunale Beteiligungsprozesse sollten möglichst nicht von einzelnen engagierten Personen abhängen. Erfahrungen aus dem Programm „Jugend bewegt Kommune“ sprechen dafür, Verantwortung auf lokale Steuerungsgruppen bzw. „Verantwortungsgemeinschaften“ zu verteilen, in denen Verwaltung, Politik, Bildung, Vereine und weitere Akteur*innen zusammenwirken. Auch die Erfahrungen aus Mittelherwigsdorf zeigen den Wert einer solchen breiten lokalen Zusammenarbeit. Zugleich benötigen Kommunen teilweise fachliche Unterstützung von außen. Dazu können die Qualifizierung erwachsener Begleitpersonen, die Sensibilisierung kommunaler Entscheidungsträger*innen, die Moderation von Entwicklungsprozessen sowie der Austausch über Kommunengrenzen hinweg gehören (Deutsche Kinder- und Jugendstiftung 2026).

Lokale und regionale Vernetzung der PfD stärken

Die PfD sollte ihren Kontakt zu lokalen Vereinen, Initiativen, freien Trägern und engagierten Einzelpersonen weiter ausbauen. Eine wichtige Grundlage bilden dabei persönliche Kontakte, die teils bereits über Beratungsgespräche, Gremienarbeit und Ämternetzwerke aufgebaut und gepflegt werden. Dazu können weitere lokale „Türöffner*innen“ identifiziert werden – Personen, die in ihrem jeweiligen Bereich gut vernetzt sind, Vertrauen genießen und einen Zugang zu weiteren Akteur*innen vermitteln können. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch den Bündnismitgliedern zu, die Informationen und Kontakte aus ihren jeweiligen Bereichen in das Bündnis hinein- und aus diesem heraustragen können. Besonderer Handlungsbedarf besteht hinsichtlich des nördlichen Kreisgebiets, zu dem mehrere befragte Fachkräfte geringere Einblicke und Kontakte beschreiben. Vorhandene Akteur*innen und Netzwerke im Norden sollten deshalb gezielt angesprochen und stärker in die Kommunikation der PfD einbezogen werden. Dabei können auch Kontakte und Erfahrungen der PfD Weißwasser sowie anderer dort bereits verankerter Strukturen genutzt werden.

Über den Landkreis hinaus sollte der bereits bestehende Austausch mit anderen Partnerschaften für Demokratie in Ostsachsen fortgeführt und nach Möglichkeit intensiviert werden. Der Austausch mit den PfD in Weißwasser, Görlitz, Zittau und Bautzen kann dazu beitragen, regionale Entwicklungen und Problemlagen sowie Erfahrungen mit geeigneten Handlungsansätzen gemeinsam in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus kann ein Austausch mit PfD in anderen groß-

flächigen, ländlich geprägten Landkreisen sinnvoll sein. Im Unterschied zu städtischen PfD stehen diese vor vergleichbaren strukturellen Herausforderungen, etwa großen Entfernungen, heterogenen Teilräumen und der Schwierigkeit, mit begrenzten Ressourcen eine dezentrale Präsenz sicherzustellen. Der Erfahrungsaustausch kann dazu beitragen, geeignete Ansätze für die Arbeit in großen und ländlichen Fördergebieten zu identifizieren.

Vernetzungsrollen klären und bestehende Strukturen besser aufeinander beziehen

Im Landkreis bestehen bereits unterschiedliche Netzwerke und Kooperationsstrukturen. Im Werkstattgespräch wurden deren Überschneidungen unterschiedlich bewertet: Während einige Akteur*innen Doppelstrukturen vermeiden und Zuständigkeiten klarer abgrenzen möchten, sehen andere gerade personelle Überschneidungen als Ressource, weil dadurch Informationen, Kontakte und gewachsene Vertrauensbeziehungen zwischen verschiedenen Zusammenhängen weitergetragen werden können. Zugleich zeigen sich unterschiedliche Erwartungen daran, welche Aufgaben welche Netzwerke übernehmen und welchen Beitrag sie zur Koordination, zum Austausch oder zur konkreten Unterstützung leisten sollen.

Zwischen PfD, Demokratie-AG Ostsachsen, freien Trägern und weiteren beteiligten Akteur*innen sollte deshalb transparenter geklärt werden, welche Erwartungen an eine Vernetzung bestehen und wer welche Aufgaben übernehmen kann. Dies betrifft insbesondere Zuständigkeiten, Informationswege, gegenseitige Vermittlung und die Frage, welche Leistungen mit den jeweils vorhandenen Ressourcen realistisch erbracht werden können. Der Handlungsbedarf liegt damit weniger im Aufbau weiterer Netzwerke als in einer besseren Abstimmung darüber, wie vorhandene Strukturen zusammenwirken und weitere lokale Akteur*innen gemeinsam erreicht werden können.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit weiter stärken und Betroffenenperspektiven stärker berücksichtigen

Angesichts der im Landkreis beschriebenen rechtsextremen Strukturen und menschenfeindlichen Einstellungen erscheint es sinnvoll, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kontinuierlich weiterzuführen und weiterzuentwickeln. Neben Prävention und politischer Bildung kann dabei auch die Perspektive von Menschen, die von Diskriminierung und menschenfeindlichen Einstellungen betroffen sind, stärker berücksichtigt werden.

Dazu gehört, demokratisch engagierte Akteur*innen zu stärken, Zugänge zu fachlicher Beratung zu vermitteln und Betroffenenperspektiven systematischer in die Arbeit der PfD einzubeziehen. Dies betrifft sowohl die Auswahl und Ausgestaltung geförderter Projekte als auch die Arbeit des Bündnisses. Gerade weil Fachkräfte rechtsextreme Einstellungen und Akteur*innen nicht nur in abgegrenzten Szenestrukturen, sondern auch in Vereinen, lokalen Institutionen und alltäglichen sozialen Zusammenhängen wahrnehmen, sollten Fragen des Minderheitenschutzes und Umgangs mit menschen- und demokratiefeindlichen Positionen stärker als Querschnitt der Arbeit berücksichtigt werden.

9 LITERATURVERZEICHNIS

Amadeu Antonio Stiftung (2024): Bürger*innen ohne Reich – Das Milieu der Reichsbürger*innen in Sachsen. Leipzig. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/05/Handreichung-Reichsbuerger-Netz.pdf, 22.09.2026

Bertelsmann Stiftung (2023a): Kommunenseite Landkreis Görlitz. In: Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/kommunen/goerlitz-lk, 01.07.2026

Bertelsmann Stiftung (2023b): Bildungsbericht – Görlitz, Landkreis. In: Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/bildungsbericht+goerlitz-lk, 01.07.2026

Bertelsmann Stiftung (2023c): Integrationsbericht – Görlitz, Landkreis. In: Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/integrationsbericht+goerlitz-lk, 01.07.2026

Bertelsmann Stiftung (2023d): Sozialbericht – Görlitz, Landkreis. In: Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/sozialbericht+goerlitz-lk, 01.07.2026

Bertelsmann Stiftung (2023e): Demografiebericht – Sachsen. In: Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/demografiebericht+sachsen, 15.09.2026

Bertelsmann Stiftung (2023f): Integrationsbericht – Sachsen. In: Wegweiser Kommune. https://www.wegweiser-kommune.de/berichte/integrationsbericht+sachsen, 15.09.2026

Beutler, Anja (2026): Fünf Gymnasiasten wollen desolaten Skaterplatz in Herrnhut reparieren, , 23.09.2026

Bundesamt für Verfassungsschutz (2025): Verfassungsschutzbericht 2024. Köln. https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2025-06-10-verfassungsschutzbericht-2024.pdf, 22.09.2026

Bundesamt für Verfassungsschutz (o.J.): Rechtsextremismus. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html, 04.06.2026

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht – Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin

Decker, Oliver et al. (Hg.) (2024): Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen / Leipziger Autoritarismus Studie 2024. 1. Aufl. 2024. Gießen

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023): Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie – Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern. https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf, 20.11.2025

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (2026): Beteiligung verankern, Zukunft gestalten – Erfahrungen und Erfolgsgeschichten aus sächsischen Kommunen. Dresden. dkjs_jugend-bewegt-kommune_beteiligung-verankern-zukunft-gestalten.pdf. 22.09.2026

Dresselhaus, Julia/Kiess, Johannes (2026): Demokratiearbeit in polarisierten Zeiten. Die sächsischen Partnerschaften für Demokratie und Innovationsprojekte 2025. In: Demokratie in Sachsen 2025 – Von vielen Seiten unter Druck. Leipzig, S. 29–48

Fehser, Stefan/Tillmann, Frank/Reißig, Birgit (2024): Partizipation und Abwanderung von Jugendlichen in ländlichen Regionen. Eine quantitative Untersuchung zivilgesellschaftlicher Teilhabe von Jugendlichen unter sozialgeografischen Gesichtspunkten. In: Grunert, Cathleen/Ludwig, Katja (Hg.): Jugend - Ländliche Räume - Peripherie(sierung). Wiesbaden, S. 103–124

Flexibles Jugendmanagement im Landkreis Görlitz (2023): Jugendclub Uhsmannsdorf. In: FlexJuma. https://flexjuma.de/jugendkultur/projekte/2023/jugendclub-uhsmannsdorf/, 22.09.2026

Flexibles Jugendmanagement im Landkreis Görlitz (o.J.): Stellungnahme zur Situation der präventiven Jugendarbeit im Raum Ebersbach-Neugersdorf, Leutersdorf und Seifhennersdorf. In: FlexJuma. https://flexjuma.de/news/stellungnahme-zur-situation-der-praeventiven-jugendarbeit-im-raum-ebersbach-neugersdorf-leutersdorf-und-seifhennersdorf/, 22.09.2026

Freie Sachsen (2026): Freie Sachsen – Telegram-Kanal. In: Telegram. https://t.me/s/freiesachsen?before=13154&, 22.09.2026

Hempel, Elisa/Büchner, Beate (2025): Der Kinderrat Sohland 2024: Vom Wiesenfest und anderen Abenteuern... 24.09.2026

Hoffmann, Hannah/Schachler, Vivian/Schlicht, Julia/Brähler, Elmar/Decker, Oliver (2025): Engagement und politische Einstellungen – Herausforderungen und Perspektiven in einer sich wandelnden Gesellschaft

Hörcher, Marc (2026): Sternengucker-Bar, Mond-Planspiel, Astro-Quiz: DZA fördert Ideen mit 60.000 Euro, 24.09.2026

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wiesbaden

Jugel, David/Hertel, Celina M. (2024): Demokratische Bildung im ländlichen Raum. Dresden. https://kreisjugendring-rv.de/wp-content/uploads/2025/09/Jugel_Hertel_2024_demokratische-Bildung-im-laendlichen-Raum-1.pdf, 23.06.2026

Junghanß, Constanze (2026): Nach Auszug der Reichsbürger: Das hat der neue Eigentümer mit Schloss Bärwalde vor. 22.09.2026

KJF Görlitz / LJF Sachsen (2025): Jahresbericht der Jugendfeuerwehr

Knappe, Constanze (2023): Boxberg zeigt Flagge gegen Reichsbürger. 22.09.2026

Kulturbüro Sachsen e.V. (2025): Im Auftrag des Grundgesetzes: Das Neutralitätsgebot für Mitarbeitende von Verwaltung und Behörden. https://kulturbuero-sachsen.de/handreichung-im-auftrag-des-grundgesetzes/

KuWeit gGmbH/Volkshochschule Dreiländereck (2025): Ergebnisse der Jugendbefragung 2025 im Landkreis Görlitz

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2026): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2025. Dresden

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (o.J.a): Reichsbürger und Selbstverwalter. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/reichsburger-und-selbstverwalter-4065.html, 22.09.2026

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (o.J.b): Subkulturell geprägtes sowie unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial. In: Landesamt für Verfassungsschutz – sachsen.de. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/subkulturell-gepraegte-rechtsextremisten-4175.html, 22.09.2026

Landkreis Görlitz (2025a): Der Landkreis Görlitz. In: Landkreis Görlitz. https://www.kreis-goerlitz.de/der-Landkreis-Goerlitz.htm?waid=132, 28.09.2026

Landkreis Görlitz (2025b): 61.000 Euro für ehrenamtliche Akteure – Zweite Antragsphase zum Ehrenamtsbudget startet Ende September. In: Landkreis Görlitz. https://www.kreis-goerlitz.de/Bekanntmachungen/61-000-Euro-fuer-ehrenamtliche-Akteure-Zweite-Antragsphase-zum-Ehrenamtsbudget-startet-Ende-September.html, 22.09.2026

Landkreis Görlitz (2026): Übersicht der Unterbringung im Bereich Asyl-/Ausländerrecht im Landkreis Görlitz. https://www.kreis-goerlitz.de/city_info/display/dokument/show.cfm?id=430081&region_id=349, 01.07.2026

Landkreis Görlitz (o.J.a): Ehrenamt im Unbezahlbarland 2026. In: Ehrenamt im Unbezahlbar-Land. https://ehrenamt.unbezahlbar.land/, 22.09.2026

Landkreis Görlitz (o.J.b): Geschichte. In: Landkreis Görlitz. https://www.kreis-goerlitz.de/der-Landkreis-Goerlitz/Allgemeines/Geschichte.htm?waid=393&, 22.09.2026

Landratsamt Görlitz (2023): Jugendhilfeplanung Landkreis Görlitz - Bestand, Bedarfermittlung und Bewertung

MDR Fernsehen (2025): Exakt vom 4. Juni. In: Exakt. https://www.mdr.de/video/mdr-videos/g/video-929760.html

Müller-Mahn, Henrike/Wagner, Patrick (2026): Hardtekk und Hitlergrüße. Wie Rechtsextreme eine Techno-Szene unterwandern. https://www.ardmediathek.de/video/y-kollektiv/hardtekk-und-hitlergruesse-wie-rechtsextreme-eine-techno-szene-unterwandern/ard/Y3JpZDovL3JhZGlvYnJlbWVuLmRlL2QwNThjMTNmLWQzYWUtNGQ1OS1hM2YxLWE5YTU4NDhhY2VmMS9lcGlzb2RlL3VybjphcmQ6c2hvdzo2MjA5YjVhYmQ4ODZhN2Fj, 22.09.2026

NaturFreunde Sachsen e.V. (o.J.): Projekt: „Aktiv vor Ort: Vielfalt, die verbindet – Teilhabe, die bewegt“. In: NaturFreunde Sachsen. https://lvsachsen.naturfreunde.de/aktivvorort, 22.09.2026

Partnerschaft für Demokratie Landkreis Görlitz (2024): Antrag der PfD des Landkreises Görlitz für die Förderperiode 2025

Partnerschaft für Demokratie Landkreis Görlitz (2026a): Gesamtzielerreichung 2026

Partnerschaft für Demokratie Landkreis Görlitz (2026b): Mitmachmobil für Demokratie und Brandschutz. In: PfD Landkreis Görlitz. https://www.demokratie-leben-landkreisgr.de/projekte-jugendbeteiligung/Mitmachmobil_fuer_demokratie_und_brandschutz.html, 22.09.2026

PiT Sachsen (2025): Metaanalyse PiT Kinder-und Jugendbefragung Sachsen 2025

Polizeidirektion Görlitz (2025): Auswertung Fallzahlen PMK

Polizeidirektion Görlitz (2026): Auswertung der Kriminalitätslage des Jahres 2025 im Bereich der Polizeidirektion Görlitz. In: Medienservice Sachsen. https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1096082

Sächsische Zeitung (2018): „Die Stadt nicht den Nazis überlassen“, 22.09.2026

Sächsische Zeitung (2021): Jonsdorf: Alter Linien-Bus wird zum neuen Jugendtreff, 22.09.2026

Sächsisches Staatsministerium für Kultus/Sächsisches Staatsministerium des Innern/Sächsisches Staatsministerium der Justiz/Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (2026): Aktionsplan gegen Extremismus an Schulen. Dresden. https://www.politische.bildung.sachsen.de/download/26_08_18_Aktionsplan_Extremismus.pdf

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (2026): Regionale Netzwerke 2026–2028. In: Demokratie in Sachsen. https://www.demokratie.sachsen.de/regionale-netzwerke-2023-2025-7429.html, 22.09.2026

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (2018): Fünfter Sächsischer Kinder- und Jugendbericht – Mitmachen | Mitgestalten | Mittendrin. Jugendbeteiligung im Freistaat Sachsen. Dresden. 23.06.2026

Schlinkert, Simon/Krüger, Stefan/Klaus, Dr. Susanne/Mühle, Dr. Robert/Voss, Max/Mertes, Michael/Schlinkert, Reinhard (2025): Sachsen-Monitor 2023

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2022): Landratswahl 2022 – Wahlergebnisse. In: Wahlen – sachsen.de. https://wahlen.sachsen.de/landratswahlen-2022-wahlergebnisse.php?detailed=true&landkreis=14626&, 22.09.2026

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2024a): Landtagswahl 2024 – Wahlergebnisse. In: Wahlen – sachsen.de. https://wahlen.sachsen.de/landtagswahl-2024-wahlergebnisse.php, 22.09.2026

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2024b): Kreistagswahl 2024 – Wahlergebnisse im Landkreis Görlitz. In: Wahlen – sachsen.de. https://wahlen.sachsen.de/kreistagswahlen-2024-wahlergebnisse.php?landkreis=14626&detailed=true&_ptabs=%7B%22%23tab-stimmenverteilung%22%3A1%7D, 22.09.2026

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2025): Bundestagswahl 2025 – Wahlergebnisse. In: Wahlen – sachsen.de. https://wahlen.sachsen.de/bundestagswahlen-2025-wahlergebnisse.php, 22.09.2026

Stegemann, Tim/Keltek, Defne (2025): Kinderrechte-Index 2025. Teilindex „Recht auf Beteiligung“. Umsetzung im Vergleich der Bundesländer. Berlin. https://shop.dkhw.de/Kinderrechte-Index-2025-03-Analysepapier-Teilindex-Recht-auf-Beteiligung, 22.09.2026

Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn

SUPPORT/RAA Sachsen e.V. (2024): Rechtsmotivierte, rassistische und antisemitische Gewalt in Sachsen 2023. https://www.raa-sachsen.de/support/statistik/statistiken/rechtsmotivierte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-sachsen-2023-8207, 22.09.2026

SUPPORT/RAA Sachsen e.V. (o.J.): Statistik – Jährliche Statistik zu rechtsmotivierten und rassistischen Angriffen und Beratungsfällen. https://www.raa-sachsen.de/support/statistik, 22.09.2026

Valtin, Anne/Eckl, Verena/Klische, Lukas/Reimann, Kristoph/Theel, Tobias (2024): Studie „Das ist mein Recht!“ – Verwirklichung der UN-Kinderrechtskonvention in Sachsen aus der Perspektive sächsischer Kinder und Jugendlicher. Dresden

WissenSchafft Freiheit (2025): Vortrag von Elias Leppe. In: Telegram. https://t.me/WissenSchafftFreiheit/1700. https://wissenschafftfreiheit.com/impressum/, 22.09.2026

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico/Eden, Marco/Schröter, Franziska (Hg.) (2025): Die angespannte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. Bonn.

10 ANHANG

Die folgenden Übersichten aus den Förderjahren 2023 bis 2026 dienen zur Orientierungshilfe für die bisherige Maßnahmenplanung der PfD und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

10.1 PROJEKTÜBERSICHT 2023

Radioinitiative DLE e.V.	Von den Wurzeln bis heute	Größschönau Oybin Neugersdorf Großhennersdorf	**Demokratiebildung**
BBZ Bautzen e.V.	Stadtspiel Löbau	Löbau	**Jugendbeteiligung**
Reit- & Fahrverein DLE e.V.	Dialogforum - Bildung der Zukunft	Großschönau	**Demokratiebildung**
Social Web macht Schule gGmbH	Medienbildung für Jugendliche	Löbau Großschönau Schleife Rietschen Seifhennersdorf	**Extremismusprävention**
KuWeit gGmbH	jungeVHS:Starke Schule	Rothenburg O.L. Mücka Bernstadt	**Extremismusprävention**
Hillersche Villa gGmbH	Das Wort ergreifen mit Anne Frank: Poetry Slam	Herrnhut	**Extremismusprävention**
Hillersche Villa gGmbH	Das Wort ergreifen mit Anne Frank: Filmgespräch	Herrnhut	**Extremismusprävention**
Familien- und Behindertenferienstätte im Sächsischen Gemeinschaftsverband gGmbH	Bewegter Jugendclub	Jonsdorf	**Jugendbeteiligung**
Black Dog e.V.	Unser Cafe – unser Programm	Reichenbach O.L.	**Jugendbeteiligung**
Ev.Luth.Kirchenverband Löbau Zittau	Weihnachts-Jugendfeuer	Lückendorf Oybin Ebersbach	**Jugendbeteiligung**
KuWeit gGmbH	Weihnachten im Jugendclub	Jonsdorf	**Jugendbeteiligung**
Jugendclub Schönau-Berzdorf e.V.	Junge Weihnacht	Schönau-Berzdorf	**Jugendbeteiligung**

KuWeit gGmbH	Errichtung & Betrieb einer Tauschbibliothek	Mittelherwigsdorf	**Jugendbeteiligung**
KuWeit gGmbH	Weihnachtsmarkt für die Schule	Boxberg	**Jugendbeteiligung**
Politik zum Anfassen e.V.	Pimp your town! Planspiel zur Kommunalpolitik	Schleife	**Jugendbeteiligung**
Förderverein Schule Daubitz e.V.	Präventionskurs-Glückskids	Daubitz	**Kinderbeteiligung**
Waldhäusl e.V.	Auf der Suche nach dem WIR	Oderwitz	**Kinderbeteiligung**
Sohland lebt e.V.	Kinderräte für die Gemeinde Markersdorf	Markersdorf	**Kinderbeteiligung**
Lilo e.V.	DemokraTHEA - Kinder und Theater	Mittelherwigsdorf	**Kinderbeteiligung**

Weitere Kooperationspartner/Maßnahmen:

Tierra – Eine Welt e.V.	Vortragsreihe Kinderschutzkonzept Kinderrechte in der Kita stärken	**Demokratiebildung**
Aktion Zivilcourage e.V.	Seminar Umgang mit Konflikten von Kindern	**Demokratiebildung**

10.2 PROJEKTÜBERSICHT 2024

Social Web macht Schule gGmbH	Medienbildung für Jugendliche	Löbau Großschönau Schleife Rietschen Seifhennersdorf	**Extremismusprävention**
FV SCHKOLA Gersdorf e.V.	Umgang mit Medien von Kindern	Markersdorf	**Extremismusprävention**
KuWeit gGmbH	jungeVHS:Starke Schule	Großschönau Schleife Rothenburg O.L. Ostritz	**Extremismusprävention**
Kunstbauernkino e.V.	Female Perspectives	Großhennersdorf Mittelherwigsdorf Löbau Ebersbach	**Extremismusprävention**
Euro-Schulen-Sachsen gGbmbH	Werde zum Faktenchecker	Herrhut Löbau Ostritz Neusalza-Spremberg	**Extremismusprävention**
Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V.	Entwicklungsmodul Machtergreifung 1933 im historischen Kontext	Großhennersdorf	**Extremismusprävention**
Radau e.V.	Lust auf Farbe: Jugendliche gestalten eine Bushaltestelle	Rosenbach	**Jugendbeteiligung**
KuWeit gGmbH	Kino Markersdorf	Markersdorf	**Jugendbeteiligung**
KuWeit gGmbH	Kinderfest	Kreba-Neudorf	**Kinderbeteiligung**
KuWeit gGmbH	Jugendclub Halbendorf: Frische Luft, Frischer Look	Halbendorf	**Jugendbeteiligung**

KuWeit gGmbH	Arbeitseinsatz Jugendclub	Groß Düben	**Jugendbeteiligung**
Politik zum Anfassen e.V.	Pimp your town! Planspiel zur Kommunalpolitik	Rietschen	**Jugendbeteiligung**
Politik zum Anfassen e.V.	Denkbaukasten	Krauschwitz	**Jugendbeteiligung**
Sohland lebt e.V.	Von AnFangAn Kinderbeteiligung auf dem Land	Markersdorf Reichenbach O.L.	**Kinderbeteiligung**
Lilo e.V.	DemokraThea – mobiles Kindertheater	Oderwitz	**Kinderbeteiligung**
Hillersche Villa e.V.	Großhennersdorfer Theaterferien	Großhennersdorf	**Kinderbeteiligung**
Waldhäusl e.V.	Gemeinsam sind wir stark	Oderwitz	**Kinderbeteiligung**

Weitere Kooperationspartner/Maßnahmen:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen / Expertennetzwerk Extremismus Sachsen / Landesdirektion Sachsen / K3B-Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung VFB Salzwedel e.V.	Fachtag zum Umgang mit Reichsbürgern und sog. Selbstverwaltern	**Extremismusprävention**
B3-Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e.V.	Deeskalierende Kommunikation und Grundlagen der Eigensicherung (im Umgang mit Reichsbürgern)	**Extremismusprävention**
B3-Institut für Beratung, Begleitung und Bildung e.V.	Argumentations- und Handlungsstrategien gegen Menschenfeindlichkeit und Rassismus	**Extremismusprävention**

Tierra – Eine Welt e.V.	Vortragsreihe zum Kinder-schutzkonzept Kinderbeteiligung in Kita	**Demokratiebildung**

10.3 PROJEKTÜBERSICHT 2025

Social Web macht Schule gGmbH	Demokratiebildung im digitalen Raum	Seifhennersdorf Schleife Rothenburg O.L. Großschönau	**Extremis-muspräven-tion**
Social Web macht Schule gGmbH	Mission-Mobbing-Mops	Markersdorf Reichenbach O.L.	**Demokratiebil-dung**
Euro-Schulen-Sachsen gGmbH	Werde zum Faktenche-cker	Herrnhut Löbau	**Extremis-muspräven-tion**
FV SCHKOLA Gersdorf e.V.	Dorfdigitale - gemein-sam gegen Desinfor-mationen	Markersdorf	**Extremis-muspräven-tion**
Patrons of Sciences and Art e.V.	Fremde-Vertrauen-Neubeginn	Großschönau	**Extremis-muspräven-tion**
Politik zum Anfassen e.V.	Pimp your town! Plan-spiel zur Kommunalpo-litik	Krauschwitz	**Jugendbeteili-gung**
Peoples Theater e.V.	Demokratie inklusive	Kodersdorf	**Demokratiebil-dung**
Creative Change e.V.	Act Now 25	Schleife	**Demokratiebil-dung**
Peoples Theater e.V.	Mitdenken Mitgestalten	Seifhennersdorf	**Demokratiebil-dung**
Familien- und Behindertenferi-enstätte im Sächsischen Ge-meinschaftsverband gGmbH	Winterbus - Treffpunkt mit Geschmack	Jonsdorf	**Jugendbeteili-gung**
Schulförderverein Grundschule Mittelherwigsdorf e.V.	Jugendkino im MIT-MACHherwigsdorf	Mittelherwigsdorf	**Jugendbeteili-gung**

Dorfclub Radgendorf e.V.	Erzählcafe Dorfgeschichten im Advent	Mittelherwigsdorf	**Demokratiebildung**
KuWeit gGmbH	Vom Ich zum DU zum WIR	Waldhufen Rietschen Uhsmannsdorf Vierkirchen Sproitz Kodersdorf Nieder-Seifersdorf	**Kinderbeteiligung**
Förderverein Grundschule Jonsdorf e.V.	Tag der offenen Tür des lebendigen Adventskalenders	Jonsdorf	**Kinderbeteiligung**

Weitere Kooperationspartner/Maßnahmen:

Politik zum Anfassen e.V.	Mobiler Escape Room zur Kommunalpolitik	**Demokratiebildung**
Gemeinde Bad Muskau Romano Sumnal e.V.	1. Dialogforum / Netzwerktreffen	**Demokratiebildung**
Goldjungs.Berlin Agentur für Changemanagement UG	Kommunikationstraining im Umgang mit demokratiefeindlichen Äußerungen im päd. Alltag	**Extremismusprävention**
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen / Landesdirektion Sachsen / Landesamt für Schule und Bildung / Expertennetzwerk Extremismus Sachsen / Goldjungs.Berlin Agentur für Changemanagement UG	Fachtag Umgang mit menschenfeindlichen Einstellungen bei Jugendlichen	**Extremismusprävention**

Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen (Open Saxony)	Online-Workshop zu Verschwörungsideologien Ursachen, Gefahren und Umgangsmöglichkeiten	**Extremismusprävention**
Pädagogische Fachkräfte Freunde-Programm	Fachtag zu Kinderbeteiligung in Kitas	**Demokratiebildung**

10.4 PROJEKTÜBERSICHT 2026

Social Web macht Schule gGmbH	Antidiskriminierungsarbeit im digitalen Raum mit Kindern	Bertsdorf-Hörnitz Bad Muskau Horka Kreba-Neudorf Jonsdorf	**Extremismusprävention**
Social Web macht Schule gGmbH	Antidiskriminierungsarbeit im digitalen Raum mit Jugendlichen	Boxberg Herrnhut Kodersdorf Löbau	**Extremismusprävention**
Social Web macht Schule gGmbH	Demokratiepädagogische Prävention in Kitas in kommunaler Trägerschaft	landkreisweit	**Extremismusprävention**
Kulturverein Ornament e.V.	Gleiche Welt – gemeinsam gegen Extremismus	Markersdorf Löbau Rothenburg O.L.	**Extremismusprävention**
Patrons of Sciences and Art e.V.	Was bedeutet Demokratie für dich ?	Großschönau	**Extremismusprävention**
Academy – intercultural specialized communication e.V.	Demokratie.digital.erleben – Projekttage auf Schloss Krobnitz	Reichenbach O.L.	**Extremismusprävention**
Brandenburgischer Kulturbund e.V.	Mein Vater – Opfer der NSU	Löbau	**Extremismusprävention**
Freundschaftsverein Tczew Witten e.V.	Theater bewegt: Demokratie im Spiel	Mücka Krauschwitz	**Extremismusprävention**
Tierra-Eine Welt e.V.	Digitaler Selbstlernkurs zum Kinderschutzkonzept	Landkreisweit	**Extremismusprävention**
Freunde und Förderer der Grundschule Jonsdorf e.V.	Jonsdorfer Kinder gestalten Gemeinschaft	Jonsdorf	**Kinderbeteiligung**

Peoples Theater e.V.	Active Democracy!	Schöpstal Ostritz	**Demokratiebildung**
Peoples Theater e.V.	Mitdenken_mitbewegen	Seifhennersdorf	**Jugendbeteiligung**
Creative Change e.V.	Act Now 26	Schleife Herrnhut	**Demokratiebildung**
Schulförderverein der Grundschule Mittelherwigsdorf e.V.	Open-Air-Jugendkino	Mittelherwigsdorf	**Jugendbeteiligung**
Tierra-Eine Welt e.V.	Dein Platz – Deine Stimme	Landkreisweit	**Jugendbeteiligung**
Logo Lausitz e.V.	Jugend gestaltet Zukunft	Niesky	**Extremismusprävention**
Förderer- und Historikerverein der FFW Eckartsberg e.V.	Mitmachmobil für Demokratie und Brandschutz	Mittelherwigsdorf	**Demokratiebildung**
ZSG Jonsdorf e.V.	Jonsdorfer Jugend gestaltet Gemeinschaft	Jonsdorf	**Jugendbeteiligung**
Jugendring Landkreis Görlitz e.V.	Jugendkonferenz und mobiler Jugendclub	Landkreisweit	**Jugendbeteiligung**
Förderverein Grundschule Seifhennersdorf e.V.	Naturheilpark – Generationen verbinden	Seifhennersdorf	**Demokratiebildung**

Weitere Kooperationspartner/Maßnahmen:

Zivilgesellschaft Gemeinde Markersdorf	Jugendforum Markersdorf + Jugendbeteiligungsprojekt	**Jugendbeteiligung**
Zivilgesellschaft Gemeinde Jonsdorf	Jugendforum Jonsdorf + Jugendbeteiligungsprojekt	**Jugendbeteiligung**
Zivilgesellschaft Stadtverwaltung Rothenburg O.L.	Jugendforum Rothenburg + Jugendbeteiligungsprojekt	**Jugendbeteiligung**
Romano Sumnal e.V. Gemeinde Bad Muskau	2. Dialogforum Bad Muskau	**Demokratiebildung**
Kulturforum Görlitzer Synagoge	Jüdische Gedenkwoche in Niesky und Rothenburg O.L.	**Extremismusprävention**
DFR Landesverband Sachsen e.V.	Ideenwerkstatt Kittlitz (Löbau)	**Kinderbeteiligung**
KreisSchülerRat Landkreis Görlitz	Netzwerktreffen/Sommerfest	**Jugendbeteiligung**
Sankt-Wenzeslaus-Stift Jauernick-Buschbach	Gelöste Stimmen – DDR Geschichte Musikalischer Themenabend	**Demokratiebildung**
Präventionskurs Glückskids Grundschule Bad Muskau	Präventionskurs gegen Mobbing und Ausgrenzung	**Kinderbeteiligung**

Kölnischen Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit e.V. / Stadtbibliothek Ebersbach-Neugersdorf / Oberschule Rothenburg O.L.	Wanderausstellung „Du Jude – Alltäglicher Antisemitismus in Deutschland“	**Extremismusprävention**
Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen	Informationsveranstaltung zu den Erkennungsmerkmalen extremistischer Gruppierungen im Landkreis Görlitz	Extremismusprävention

CAMINO
WERKSTATT FÜR FORTBILDUNG, PRAXISBEGLEITUNG UND FORSCHUNG IM SOZIALEN BEREICH GGMBH

MAHLOWER STR. 24 • 12049 BERLIN
TEL +49(0)30 610 73 72-0
FAX +49(0)30 610 73 72-29
MAIL@CAMINO-WERKSTATT.DE
WWW.CAMINO-WERKSTATT.DE